



**Sozialdemokratische Partei
Deutschlands**

SCHLESWIG-
HOLSTEIN

SPD

STARK IM NORDEN.

**DIE POLITISCHE ARBEIT DER
SPD SCHLESWIG-HOLSTEIN 2011 bis 2013**

*Bericht zum ordentlichen Landesparteitag
am 27. und 28. April 2013 in Büdelsdorf*



WER NICHTS WEISS, MUSS ALLES GLAUBEN.

MARIE VON EBNER-ESCHENBACH

Demokratie
braucht
Bildung!

**Gustav-Heinemann-Bildungsstätte
Gesellschaft für Politik und Bildung Schleswig-Holstein e.V.
Bad Malente-Gremsmühlen**

www.heinemann-bildungsstaette.de

WIEDER REGIERUNGSPARTEI IN SCHLESWIG-HOLSTEIN!	4
BERICHTE DER BEISITZER/INNEN IM SPD-LANDESVORSTAND	7
DER SCHLÜSSEL FÜR DIE ZUKUNFT DER SPD: VERTRAUEN ZURÜCKGEWINNEN	13
POLITISCHE BILDUNGSARBEIT 2011-2013	17
ZEHN JAHRE ERFOLGREICH AUF KONSOLIDIERUNGSKURS	19
DIE ARBEIT DES LANDESPARTEIRATES	21
BERICHT DER REVISIONSKOMMISSION	22
BERICHT DER LANDESSCHIEDSKOMMISSION	23
LANDESPARTEITAGE DER SPD SCHLESWIG-HOLSTEIN	24
ARBEITSGEMEINSCHAFTEN, FOREN UND ARBEITSKREISE	
SCHWUSOS	26
MIGRATION UND VIELFALT	27
SELBSTAKTIV	28
60PLUS	29
AFA	30
AFB	31
AGS	32
ASF	33
ASG	34
ASJ	34
JUSOS	35
AK DIGITALE GESELLSCHAFT	37
AK SPD, KIRCHEN UND RELIGIONSGEMEINSCHAFTEN	38
UMWELTFORUM	39
EUROPAFORUM	40
FORUM FAMILIE	41
SGK	42
DIE ARBEIT DER SPD-LANDTAGSFRAKTION	43
DIE ARBEIT DER LANDESGRUPPE DER SPD-BUNDESTAGSABGEORDNETEN	48
EINZELBERICHTE DER SECHS BUNDESTAGSABGEORDNETEN	49
WAS GENAU MACHT EIGENTLICH...DIE GESCHICHTSWERKSTATT?	55
DIE ARBEIT IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT	56

HERAUSGEBER DES RECHENSCHAFTSBERICHTS 2011-2013:

SPD-Landesverband Schleswig-Holstein, Kleiner Kuhberg 28-30, 24103 Kiel

Verantwortlich: Christian Kröning, Redaktion und Gestaltung: Nina Thielscher

Texte (soweit nicht namentlich gekennzeichnet): Christian Kröning, Nina Thielscher

WIEDER REGIERUNGSPARTEI IN SCHLESWIG-HOLSTEIN!

Politischer Bericht für die Jahre 2011-2013 des Landesvorsitzenden

Ralf Stegner und der Stellvertreter Bettina Hagedorn und Andreas Breitner

Die Arbeit und Amtszeit des Landesvorstandes war erfolgreich: Schleswig-Holstein hat wieder eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung! Schleswig-Holstein hat nach den lähmenden schwarz-gelben Regierungsjahren den politischen Wechsel und Torsten Albig in das Amt des Ministerpräsidenten gewählt. Seither arbeitet eine Regierungskoalition aus SPD, Bündnis90/DIE GRÜNEN und dem Südschleswigschen Wählerverband SSW mit großer Energie und Kompetenz erfolgreich an den vereinbarten Politikzielen und an den vielen Baustellen der Landespolitik – begleitet von viel Sympathie der Bürgerinnen und Bürger für das neue Regierungsteam, seinen neuen Stil und seine Entscheidungen. Die neue Landesregierung wird getragen von drei politisch und personell starken Landtagsfraktionen, die den gemeinsamen Erfolg wollen.

Die zentrale Aufgabe des Landesvorstandes war es, den Landtagswahlkampf zusammen mit Torsten Albig vorzubereiten. Als die CDU noch mit dem Sturz und Austausch ihres damaligen Spitzenkandidaten beschäftigt war, sind wir mit unserem „Demokratiesommer“ an den Start gegangen und hatten schnell die politische Dominanz im Lande errungen. Noch nie zuvor hat eine Partei ein Wahlprogramm mit soviel Bürgerbeteiligung erarbeitet. In fünfzehn Zukunftsgesprächen des Spitzenkandidaten im ganzen Land, mit der Möglichkeit für alle politisch Interessierten auf unserer Homepage bei der Programmdiskussion der SPD mitzumachen und mit einem für alle offenen BürgerparteiTag haben wir neue Maßstäbe gesetzt. In dem Programm haben wir die richtigen Schwerpunkte gesetzt: wirtschaftlich stark, sozial gerecht, finanziell solide und gute Bildung als Königsweg in eine erfolgreiche Zukunft des Landes. Konkret: sozialgerechte Politik mit Mindestlöhnen, Tariftreuegesetz, Gleichstellung von Männern und Frauen, Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren, Einführung eines beitragsfreien Kita-Jahres im Laufe der Wahlperiode, schrittweise Entwicklung des Schulsystems zum Gemeinsamen Lernen für Alle, mehr Engagement für das duale Ausbildungssystem, Ausstieg aus der Atomkraft und Energiewende, Rekommunalisierung von Stromnetzen und eine vorsorgende Finanzpolitik im Dreiklang von Einsparungen, Einnahmeverbesserungen und Strukturformen. Brigitte Fronzek und Uwe Döring danken wir für die kompetente und straffe Leitung unserer Programmkommission und für den enormen Fleiß, den beide in diese Arbeit investiert haben.

Es ist dem Landesvorstand gelungen, die Partei nach dem Mitgliederentscheid vom Februar 2011 wieder zu einen. Wir haben die Niederlage von 2009 gemeinsam und solidarisch aufgearbeitet und waren deshalb in der Lage geschlossen und kraftvoll in den Landtagswahlkampf zu ziehen.

Dieser Wahlkampf der SPD war geprägt von Leidenschaft, Optimismus und dem Willen der Partei unser Land wieder zu regieren.

Am 6. Mai 2012 konnten wir die beeindruckende Reihe gewonnener Wahlen in Hamburg und Nordrhein-Westfalen fortsetzen. Mit 30,4% haben wir 5% dazu gewonnen.

Damit haben wir unser wichtigstes Wahlziel erreicht: die Ablösung von Schwarz-Gelb und eine Regierungsmehrheit in Schleswig-Holstein links von der Mitte.



Allerdings: Aus diesem Wahlergebnis lässt sich die Herausforderung für die noch in diesem Jahr anstehende Kommunalwahl im Mai und die Bundestagswahl im September 2013 klar erkennen. Die Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl 2012 lag bei nur 60,1% und damit 13% unter der Beteiligung der letzten, zeitgleich zur Bundestagswahl stattfindenden Landtagswahl 2009. Insgesamt entschieden sich bei der Landtagswahl 2012 403.783 mit der Zweitstimme für die SPD, also 3.860 Wähler/innen weniger als 2009.

Während wir 51.000 Stimmen früherer Wähler/innen von CDU, FDP, Grüne und Linke dazu gewonnen haben, sind 59.000 SPD-Wähler/innen von 2009 dieses Mal nicht zur Wahl gegangen. Hier zeigt

sich, wie schwer und langwierig es ist, das in den vergangenen zehn Jahren verloren gegangene Vertrauen in die SPD zurück zu gewinnen: In diesem Zeitraum haben wir bundesweit sechs Millionen unserer Wählerinnen und Wähler verloren, das ist rund die Hälfte unserer Wähler/innen. Hier lässt sich ganz klar der strategische Schlüssel für Wahlerfolge in der Zukunft erkennen.

Viele der früheren SPD-Wähler gehen nicht mehr zur Wahl. Wenn die Wahlbeteiligung sinkt, geht dies zu allererst zu Lasten der SPD. Nach vielen Irrungen und Wirrungen der jüngsten Parteigeschichte, geht es weiterhin darum, verloren gegangenes Vertrauen zurück zu gewinnen.

Das Bewusstsein, dass das Eintreten für Arbeitnehmerinteressen, für die sozial Schwächeren und das Allgemeinwohl zur unverhandelbaren Identität der Sozialdemokratie gehört, ist mittlerweile wieder zurück im Zentrum der SPD. Und daran hat die SPD Schleswig-Holstein durch ihre Positionierungen und ihr Engagement in der Bundespartei einen wichtigen Anteil. Das gilt für unsere Initiativen in der Steuerpolitik, in der Rentenpolitik, in der Bildungspolitik oder in der Umwelt- und Energiepolitik.

In diesem Jahr wird die SPD 150 Jahre alt. Dieses Parteijubiläum im Jahr unserer Kommunalwahl und der Bundestagswahl ist eine einzigartige Chance, zu zeigen, wofür die Sozialdemokratie kämpft. Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung hat sich vor 150 Jahren gegründet als Gegenwehr zu Entrechtung, zu schreiender Not, und Ausbeutung durch das neue System des Industriekapitalismus. Sie stand auf gegen Kapital, Obrigkeitsstaat im Kaiserreich und Militarismus.

Die SPD ist von Beginn an die Partei, die das Allgemeinwohl über die Kapital- und Machtinteressen einzelner Gruppen stellt; die das Allgemeinwohl gegen diese Interessen verteidigt und ausbaut. Wir sind und müssen Gerechtigkeitspartei bleiben. Willy Brandts Credo, dass Politik nur etwas taugt, wenn sie das Leben der Menschen besser macht, zielt genau auf die ab, die uns brauchen, die auf uns setzen, die uns aber nur vertrauen, wenn wir das ernst meinen mit der Gerechtigkeit als Maßstab und Kompass unserer Politik.

Arbeit von der man leben kann, gute Bildung, bezahlbare Wohnungen, ein modernes Gesundheitssystem für alle, ordentliche Pflege bis hin zu Umwelt und Wasser – all dies darf nicht kurzfristigen unternehmerischen Renditeinteressen unterworfen werden, sondern muss dem Allgemeinwohl dienen, demokratisch gestaltet und entschieden werden. Wir wollen unseren Tag der Ortsvereine am 4. Mai nutzen, um in ganz Schleswig-Holstein zu Beginn der heißen Phase des Kommunalwahlkampfes zu zeigen, woher wir kommen und was unsere Zukunftsziele sind. Denn unsere SPD lebt unverändert von dem Einsatz und dem Engagement ihrer vielen tausend Mitglieder an der Basis. Hier entscheiden sich unsere Wahlergebnisse, die Stärke und die Zukunft der SPD.

Das gilt für die Kommunalwahl am 26. Mai, für die der Landesverband den Ortsvereinen und Kreisverbänden soviel inhaltliche, organisatorische und personelle Unterstützung gibt wie irgend möglich. Und das gilt ebenso für den bevorstehenden Bundestagswahlkampf. Wir haben in den elf Wahlkreisen starke Kandidatinnen und Kandidaten nominiert und wählen auf dem Landesparteitag unsere Landesliste. Das politische Meinungsklima in Schleswig-Holstein ist gut für uns. Mit zwei inhaltlich und personell überzeugenden Wahlkämpfen wollen wir im Mai und September wieder die stärkste politische Kraft in Schleswig-Holstein werden.

2005 bis 2013 haben wir in Schleswig-Holstein so viele Wahlkämpfe geführt wie nie zuvor in einer vergleichbaren Zeitspanne: drei Landtagswahlen, drei Bundestagswahlen und zwei Europa und Kommunalwahlen. Dazu viele Bürgermeisterdirektwahlen. Eine gute Vorlage für die Kommunalwahl sind dabei zum Beispiel die überzeugenden Wahlsiege von Tordis Batscheider in Neustadt, Hatice Kara in Timmendorfer Strand, Pierre Gilgenast in Rendsburg und Susanne Gaschke in Kiel.

Bei der Konzentration auf diese Wahlkämpfe musste die Arbeit an offenkundigen Baustellen der Partei (Mitgliederentwicklung, Altersstruktur, Ortsvereinsgrößen, Überlastung vieler Ehrenamtler durch



zu viele Ämter und Mandate) zu kurz kommen. In einer ersten Diskussion im Landesvorstand über die Aufgaben der kommenden Jahre haben wir einige Felder benannt, die unseren Einsatz künftig stark erfordern: die Nachwuchsförderung, die Integration von neuen Mitgliedern in die Parteiarbeit, die stärkere Vernetzung der Partei mit den Vereinen und Verbänden, die Verankerung in die Gesellschaft (beispielsweise die Zusammenarbeit mit jungen Betriebsräten) oder eine intensivere Vernetzung der sozialdemokratischen Parteien im Ostseeraum, die alle vor ähnlichen Herausforderungen stehen.

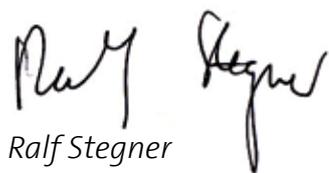
2007 haben wir drei erstmals als Team gemeinsam für die Spitze der SPD Schleswig-Holstein kandidiert. Die erfolgreiche Arbeit der vergangenen Jahre möchten wir in dem beschriebenen Sinne fortsetzen. Deshalb werden wir auf dem Landesparteitag am 27. und 28. April wieder für die Ämter des Landesvorsitzenden und der beiden stellvertretenden Vorsitzenden zur Wahl stellen. Dafür werden wir euch auf dem Parteitag erneut um euer Vertrauen bitten.

Unser Dank gilt den beiden aus dem Landesvorstand ausscheidenden Mitgliedern.

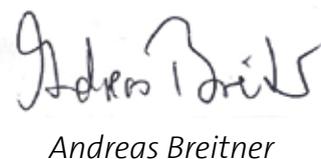
Jörg Wenghöfer hat in den vergangenen zehn Jahren die finanziellen Geschicke der Landespartei verantwortet. Er musste manche in der Partei unpopuläre Entscheidung treffen, um die politische Handlungsfähigkeit und die Wahlkampffähigkeit der Partei finanziell abzusichern. Jörg hat es durch eine große Energieleistung geschafft, die Finanzen der Partei zu konsolidieren. Dass er sein Ziel der vollständigen Entschuldung bis 2013 nicht schaffen konnte, lag an den beiden vorgezogenen Landtagswahlen, deren Kosten den Zeitplan verschoben haben.

Gesa Tralau hat sich in der Familienpolitik engagiert und war Sprecherin des Forums Familie. Der Familiensommer ist mit ihrem Namen verbunden. Gesas Hoffnungen gesundheitlich wieder soweit zu genesen, dass sie ihre politische Arbeit wieder aufnehmen kann, haben sich leider nicht erfüllt. Sie hat sich deshalb dazu durchringen müssen aus dem Vorstand auszuscheiden, was uns sehr leid tut.

Wir bedanken uns bei den Kreisvorsitzenden, den AG-Vorsitzenden und den Mitgliedern des Landesparteirats für eine gute und intensive Zusammenarbeit. Unser Dank gilt allen unseren Kommunalpolitikern und -politikerinnen und den Aktiven in den Ortsvereinen, die unsere Partei erst zu einer lebendigen Volkspartei machen. Wir grüßen herzlich alle unsere Mitglieder, die der SPD die Treue gehalten und für die Sozialdemokratie vor Ort in den Städten und Gemeinden, in den Vereinen und Verbänden und in den Betrieben eintreten.


Ralf Stegner


Bettina Hagedorn


Andreas Breitner



BERICHTE DER BEISITZER/INNEN IM SPD-LANDESVORSTAND

KRISTIN ALHEIT

Nachdem ich vor zwei Jahren unter anderem mit dem Ziel, in der Partei für die Gestaltung der Herausforderungen des demografischen Wandels bei uns im Land Konzepte zu entwickeln, angetreten war, fiel mir bei der Verteilung der Aufgabenfelder unter anderem der Bereich Wirtschaft zu. So gehörten die Weiterentwicklung von wirtschaftspolitischen Positionen und die Repräsentanz der Landespartei im Bereich der Wirtschaftspolitik bis zu meiner Ernennung als Sozialministerin im letzten Jahr zu einem meiner zentralen Aufgabenfelder. Insbesondere in Vorbereitung auf die Landtagswahl habe ich mehrere informelle Gespräche geführt, unter anderem mit dem UV-Nord und in Begleitung unseres Spitzenkandidaten Torsten Albig mit den Industrie- und Handelskammern. Darüber hinaus habe ich Veranstaltungen der Handwerkskammern und anderer wirtschaftspolitischer Vereine und Verbände besucht.

Im Meinungsaustausch mit den verschiedenen unternehmerisch Tätigen konnte ich für die Positionen der SPD werben und auch Impulse zurück in die Partei tragen. Meine Ideen und auch Gesprächsergebnisse flossen in ein 2011 verfasstes Strategiepapier ein, welches der Unterstützung der öffentlichen Positionsbeschreibung des Spitzenkandidaten zur Landtagswahl in Einzelfragen der Wirtschaftspolitik diente. Darüber habe ich mich bei der großen Gemeinschaftsaufgabe der Erstellung des Regierungsprogramms mit eingebracht. Nach der gewonnenen Wahl und den erfolgreichen Koalitionsverhandlungen können wir sagen: Diese Arbeit haben wir gemeistert! Mein persönlicher Dank als zuständiges Mitglied des Landesvorstandes gilt allen, die sich intensiv im Bereich der Wirtschaftspolitik in die Verhandlungen um das Regierungsprogramm und den Koalitionsvertrag eingebracht haben.

Nach dem Regierungswechsel und mit der Übernahme des Amtes als Ministerin habe ich meine zentrale Rolle im Landesvorstand darin gesehen, die Bindung der Regierung und seiner sozialdemokratischen Mitglieder an die Partei zu festigen. Dies nicht nur im Landesvorstand, sondern auch vor Ort in den Ortsvereinen, auf Kreisparteitagen und bei Veranstaltungen der Arbeitsgemeinschaften. Insbesondere in der Sozial-, Familien- und Gleichstellungspolitik halte ich das gemeinsame Werben für unsere Ziele, einen aktiven inhaltlichen Austausch und eine anhaltende Schaffung neuer Impulse für eine gute Regierungsarbeit für unabdingbar.

Ich danke den anderen Mitgliedern des Landesvorstandes in der Amtsperiode 2011-2013 für die gute Zusammenarbeit und den Mitgliedern unserer Partei für das in mich gelegte Vertrauen.

WOLFGANG BAASCH

„Soziale Gerechtigkeit und die Verteilungsfrage müssen wieder ins Zentrum der SPD-Politik!“

Armut hat viele unterschiedliche Gesichter. In unserem reichen Land sprechen wir von Kinderarmut, Bildungsarmut, Familienarmut, Altersarmut, arm trotz Arbeit.

Fast 1,4 Millionen Menschen beziehen ergänzend ALG II (Hartz IV) - Leistungen, obwohl sie arbeiten, und davon sind 350.000 Menschen in sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigungen. Arbeitslosigkeit ist nach wie vor eine der wichtigsten Ursachen, warum Menschen in Armut geraten. Arbeitslosigkeit führt zu finanzieller Not, dem Verlust sozialer Sicherheit und dem Gefühl nicht gebraucht zu werden.

Armut vorzubeugen und Armut zu bekämpfen ist eine der wichtigsten politischen Ziele der SPD.

Wir müssen die soziale Spaltung unserer Gesellschaft bekämpfen. Wir brauchen soziale Mindeststandards und eine soziale Absicherung, die Armut verhindert. Dazu gehört die Einführung des flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohns ebenso, wie die Umsetzung des Prinzips „Gleicher Lohn

für gleiche Arbeit“! Wir müssen der prekären Beschäftigung entschieden begegnen. Dazu gehört die Stärkung des Tarifsystems und der Tarifbindung sowie die Sozialversicherungspflicht ab dem ersten Euro Einkommen!

Armut in unserem reichen Land bedeutet aber auch wachsenden Reichtum. Wenn die Reichen immer mehr Vermögen anhäufen und Deutschland mittlerweile ein Steuerparadies ist, was die vermögensbezogenen Steuern betrifft, dann besteht hier ein krasses Missverhältnis zur Einkommens- und Vermögensentwicklung der großen Mehrheit der Bevölkerung. Der reiche Teil der Gesellschaft muss an den sozialen Aufgaben, an der Bekämpfung von Kinderarmut, der Stärkung der Familien, der Vermeidung von Altersarmut und der Finanzierungen unserer Sozialversicherungen beteiligt werden.

Nach meiner erneuten Wahl in den Schleswig-Holsteinischen Landtag, bin ich wieder zum Sozialpolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion gewählt worden. Ich bin damit Vorsitzender des Arbeitskreises Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie, Gleichstellung und Europa der SPD-Landtagsfraktion.

Ich habe aktiv im „Gewerkschaftsrat“ der Landespartei mitgearbeitet.

Ich habe mich an den Aktivitäten des „Forum Familie“ beteiligt.

Im November 2012 habe ich die Gründung der neuen „AG SelbstAktiv“ von Menschen mit Behinderung in der SPD unterstützt. Nicht erst seit Inkrafttreten der UN Behindertenrechtskonvention ist das Ziel einer inklusiven Gesellschaft auch eine politische Herausforderung für die SPD. Aber mit der „AG SelbstAktiv“ wird auch in der SPD die Forderung „Nicht ohne uns, über uns!“ Realität.

Im Oktober 2011 bin ich zum Landesvorsitzenden der Arbeiterwohlfahrt Schleswig-Holstein gewählt worden. Die AWO als Mitgliederverband und wertebundenes Unternehmen mit sozialdemokratischen Wurzeln ist dabei für die Politik der SPD ein wichtiger aber auch kritischer Ratgeber in allen gesellschaftlichen und sozialen Fragen. Darüber hinaus halte ich für die SPD Schleswig-Holstein weiter Kontakt zu vielen „sozialen Initiativen und Verbänden“.

STEFAN BOLLN

Anfang des Jahres wurde in einer Diskussionsrunde irgendwo im Land Schleswig-Holstein bemerkt, dass die Grünen gehörigen Respekt für die grüne Politikfraktion der SPD Schleswig-Holstein haben. Das stimmt. Auch wenn die Grünen sich als umwelt- und energiekompetentere Partei darstellen, wird die maßgebende Energie- und Umweltpolitik im Land von Sozialdemokraten gestaltet. Beide Politikbereiche sind ohne uns nicht wirklich schlagkräftig. Das freut mich persönlich sehr. Auch viele Experten sind Sozialdemokraten. Wenn es auch nicht immer bekannt sein darf.

Die Lösung der Energiefrage ist eine dringende soziale Frage. Ebenso der Erhalt der Umwelt. Deshalb ist Umwelt-, aber auch Energiepolitik ein Kern unserer Politik.

Für diesen Bereich trage ich nunmehr seit 2005 als Sprecher im Landesvorstand die Verantwortung. Zusammen mit der Landtagsfraktion und vielen Ehrenamtlichen in den Kreisen ist die SPD sehr gut aufgestellt. Aktuelle Veranstaltungen zur Energiewende vor Ort oder der Veranstaltung „Biologische Vielfalt in den Kommunen“ zeugen von positiver Aktivität.

Seit 2005 bin ich im Landesvorstand. Es war nicht immer leicht und einige Krisen gab es zu überstehen. Seit dem Mitgliederentscheid wurde es anders. Der anschließende Regierungswechsel und die Wahl von Torsten Albig zum Ministerpräsidenten bilden den neuen Auftakt, soziale Politik für die Menschen zu machen. Im Mittelpunkt: Der Mensch. Insbesondere Menschen, welche sich nicht immer selbst vertreten können.

Als Sprecher des umWeltforums und als umwelt- und energiepolitischer Sprecher des Landesvorstands bedanke ich mich bei allen, die helfen gute, soziale Politik zu machen. Insbesondere Carl-Friedrich Wodarz für die Arbeitsgruppe „Ländliche Räume & Landwirtschaft“, Eckart Kuhlwein

für sein Arbeit für das umWeltforum, Nina Scheer als Energieexpertin, sowie stellvertretend für die Landtagsfraktion den MdLs Sandra Redmann und Olaf Schulze.

SERPIL MIDYATLI

Den Politikwechsel gestalten!

Die vergangenen zwei Jahre im Landesvorstand waren durch die Gestaltung des Politikwechsels in Schleswig-Holstein geprägt. Eine der Voraussetzungen dafür ist ein gutes und eng mit der Bevölkerung, betroffenen Gruppierungen und der Partei abgestimmtes Wahl-/Regierungsprogramm.

In der Programmkommission haben wir sorgfältig und in enger Zusammenarbeit mit unseren Gremien ein Regierungsprogramm entworfen. Nicht zuletzt das Zuhören während des Demokratiesommers und die Diskussion mit befreundeten Verbänden haben uns inhaltlich gestärkt. Auf dem Landesparteitag in Lübeck haben wir in großer Einigkeit unser Regierungsprogramm unter dem Titel: „Gerechtigkeit und neues Vertrauen – Für ein starkes Schleswig-Holstein“ beschlossen.

Inhaltlich gut gerüstet konnte der Wahlkampf beginnen. Wir haben gekämpft, Einsatz gezeigt um am 06. Mai den Politikwechsel einzuleiten. Unser Wahlziel, mit Torsten Albig wieder einen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten zu stellen, wurde bekanntlich erreicht. Dies war eine Gemeinschaftsleistung von Spitzenkandidat, Landesvorstand, Parteigremien und vor allem den Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern vor Ort.

Politikwechsel – geht nur mit Vertrag!

Die Koalitionsverhandlungen hatten begonnen. Wolfgang Baasch und ich hatten für die SPD den Bereich Arbeit, Soziales, Gesundheit, Kinder, Jugend und Gleichstellung mit unseren Koalitionspartnern verhandelt.

Nach intensiven und konstruktiven Verhandlungen gelang es bereits nach drei Wochen einen Koalitionsvertrag noch vor der Sommerpause vorzulegen. Diesem haben am Ende alle drei Parteien einstimmig zustimmen können. Mir war wichtig, dass dieser Vertrag klar sozialdemokratische Handschrift trägt. Soziale Gerechtigkeit, Vielfalt und Chancengleichheit für alle Menschen in unserem Land gehören als Querschnitt in jeden Bereich. Dies haben wir erreicht, darauf können wir stolz sein.

Innerparteiliche Veränderungen: AK Integration wird AG „Migration und Vielfalt“

Durch weisen Beschluss des Bundesparteitages am 06.12.2011 erlangte der Arbeitskreis Migration/Integration den Status einer Arbeitsgemeinschaft. Dafür hatten wir uns schon lange eingesetzt. Nun war es endlich soweit.

Wir haben uns auch nicht lange bitten lassen und zu einer Vollversammlung nach Neumünster eingeladen. Über 70 Genossinnen und Genossen sind unserer Einladung gefolgt und haben einen bunten und vielfältigen Landesvorstand gewählt - dieser hat bereits erfolgreich seine Arbeit aufgenommen. Hier Patin zu sein macht mich besonders stolz. Es ist schön zu sehen, dass das Thema nun in unserem Landesverband von vielen Genossinnen und Genossen geschultert und prominent vertreten wird.

Neben dem Landesvorstand gibt es bereits in Kiel und Lübeck Arbeitsgemeinschaften auf Kreisebene. Diese zu stärken und auch in anderen Kreisen zu etablieren, wird eines der Aufgaben des neugewählten Landesvorstandes sein.

BIRTE PAULS

Dänemark - Pflege - Demografie

Auch in den letzten zwei Jahren haben wir uns regelmäßig mit dänischen und skandinavischen Sozialdemokraten ausgetauscht. Diese Treffen waren geprägt von Themen der sozialen Sicherung, Bildungs- und Arbeitsmarkt- und Verkehrspolitik und natürlich auch die Diskussion um die Fehmarn-Belt-Querung und Jyllandroute.

Gegenseitige Besuche sowie die Teilnahme an Veranstaltungen haben auch hier die Entfernungen in den Köpfen geringer werden lassen.

Neu gegründet hat sich das Wachstums-Zentrum/ Vækst Centret das die Stärken in Sachen Logistik, Gesundheit, Kultur und Wirtschaft besser über die Grenzen vernetzen soll. Dazu hat eine eintägige Konferenz in Sønderborg stattgefunden. Außerdem hat an der Uni in Flensburg eine offene Regionalkonferenz stattgefunden, an der sich alle Akteure aber auch viele interessierte Bürgerinnen und Bürger einbringen konnten, Ideen wurden gesammelt.

Wir begrüßen die grenzüberschreitenden Studiengänge an der Sønderjyllands Universität und der Uni Flensburg und den Ausbau Richtung Europauniversität. Leider hat die lebendige Bewerbung Sønderborgs für die Region als europäische Kulturhauptstadt 2017 keinen Erfolg gehabt, diese Bewerbung, die wir intensiv unterstützt haben, hat aber dazu geführt, dass die kaum noch vorhandene Grenze in den Köpfen der Menschen noch kleiner geworden ist.

Am Rande der Fraktionsreise nach Kopenhagen haben einige Gespräche mit Vertretern der deutschen Minderheit und dem Folketingabgeordneten Benny Engelbrecht stattgefunden.

Geplant sind in diesem Jahr verschiedene Treffen zu den Themen, welche die grenzüberschreitende Zusammenarbeit betreffen. Nach Abschluss dieser Treffen werden wir ein gemeinsames Arbeitspapier vorlegen.

Nachdem die deutsch-dänische Zusammenarbeit von der CDU/ FDP-Regierung eher stiefmütterlich behandelt wurde und sogar durch deren rückwärtsgewandte Minderheitenpolitik starken Schaden genommen hat, sind wir jetzt wieder bei einer nachbarschaftlichen gemeinsamen Politik auf Augenhöhe angekommen. Die Fehler der Vergangenheit sind natürlich auch, aber nicht nur durch finanzielle Gleichstellung der Schulen der dänischen Minderheit wieder korrigiert worden.

Wir haben der deutschen Minderheit in Dänemark eine vertragliche Planungssicherheit gegeben. Sinti und Roma haben wir nach 20-jähriger Diskussion als anerkannte nationale Minderheit in die Landesverfassung aufgenommen, wie wir es in unser Parteiprogramm geschrieben haben.

Ein anderes Thema ist und war das Thema Demografie/ Gesundheit.

In guter Zusammenarbeit mit einigen Genossinnen und Genossen, die im Gesundheitsbereich oder der Seniorenpolitik engagiert sind, haben wir unter dem Titel „Menschenwürdig älter werden in Schleswig-Holstein“ ein Papier entwickelt, das mit den Kernaussagen Zugang zum Wahlprogramm gefunden hat. Herzlichen Dank nochmals für die gute Zusammenarbeit! Das Papier können wir gerne noch einmal vorstellen, es bietet gute Ansätze auch für die Kommunalpolitik.

Es beschäftigt sich mit Wohn- und Lebensverhältnissen unserer älteren Generation. Ein ganz wichtiges Thema dabei ist die Sicherung und Weiterentwicklung des Pflegeberufes. Ich muss gestehen ich bin mächtig stolz darauf, dass wir das erste Bundesland sind, dass die Einrichtung einer Pflegekammer auf den Weg gebracht hat und ich daran etwas mithelfen durfte. Dieser Schritt findet zurzeit große Beachtung in der ganzen Bundesrepublik, weil auch in anderen Ländern diesbezüglich diskutiert wird. Die Pflegekammer alleine wird natürlich kein Allheilmittel sein.

Es reicht auch nicht aus, Image-Kampagnen für die Pflege zu starten, wir müssen dringend für gute Rahmen- und Arbeitsbedingungen, sowie für eine attraktivere Ausbildung sorgen, damit wir junge Menschen auch dauerhaft für die Pflege begeistern können, um dem jetzt schon vorhandenen Fachkräftemangel wirksam entgegen treten zu können.

Das kann nur gelingen, wenn wir uns im ständigen Dialog mit den Akteuren aus der Pflege aber auch aus der Seniorenpolitik, wie z.B. die AG 60plus, befinden - das will ich gerne weiterhin tun.

Außerdem war ich Mitglied der Programmkommission für unser Wahlprogramm.

Herzlichen Dank für die gute Zusammenarbeit im Landesvorstand und den hauptamtlichen Kolleginnen und Kollegen des Landesverbandes, aber auch an vielen anderen Stellen mit den Genossinnen und Genossen vor Ort!

MATHIAS STEIN

Seit dem Parteitag 2011 in Husum trage ich Mitverantwortung im Landesvorstand unserer Partei. Wenn ich zurückblicke, erscheint mir diese Zeit wie ein Langstreckenlauf mit vielen Ereignissen, einiges an Arbeit und auch Mühen – aber auch viel Freude. Besonders geprägt haben mich die vielen spannenden Begegnungen mit den Genossinnen und Genossen, sei es in Wahlkämpfen, Gremiensitzungen oder bei politischen Aktionen.

Innerhalb des Landesvorstandes habe ich verschiedene Aufgaben übernommen, die mir auch nach zwei Jahren großen Spaß machen. Sicherlich gibt es an der einen oder anderen Stelle noch Baustellen die vorangebracht werden müssen. Doch mit der Zusammenarbeit vieler ehrenamtlicher und auch hauptamtlicher Genossinnen und Genossen sind wir in diesen Aufgabengebieten weitergekommen. Die Aufgabe des Datenschutzbeauftragten des Landesverbandes habe ich seit Sommer 2011 übernommen. Ich habe mich bemüht als Ehrenamtlicher die gesetzlich verschriebenen Aufgaben zu erfüllen. So habe ich im Verlaufe einer Personalversammlung des SPD Landesverbandes über dieses Thema berichtet. An einem Treffen der Datenschutzbeauftragten der Bezirke und Landesverbände mit dem Datenschutzbeauftragten des Parteivorstandes konnte ich teilnehmen und aktiv an einer Neufassung der Datenschutzrichtlinie des Parteivorstandes mitwirken. Leider ist diese Neufassung bisher noch nicht durch die Generalsekretärin eingeführt worden. Daneben konnte ich in wenigen Konfliktfällen beratend zur Seite stehen.

Ein Herzensanliegen ist es mir die SPD Schleswig-Holstein als Mitgliederpartei zu erhalten und auszubauen. Aus diesem Grund habe ich die Aufgaben eines Mitgliederbeauftragten des Landesverbandes sehr gern übernommen. Die Bundespartei hat 2011 im Rahmen der Organisationsreform beschlossen, diese Position auf jeder Gliederungsebene einzuführen. In dieser Funktion habe ich dem Landesvorstand und den Verantwortlichen in den Kreisen Zahlen über die aktuelle Mitgliederentwicklung aufbereitet und bereitgestellt. Ein erstes Treffen der Mitgliederbeauftragten der Kreisverbände fand im November 2012 statt. Hierbei ging es neben den Aufgaben der Mitgliederbeauftragten auch um die Begleitung des Projekts „Neue Mitglieder, mehr SPD!“. Ziele dieses Projektes ist es neue Mitglieder besser in die Partei zu integrieren und zu verhindern, dass Mitglieder nach kurzer Zeit frustriert die Partei verlassen. Getragen und begleitet wird dieses Projekt von Christian Kröning, Sönke Rix, Herman Bock als Honorarkraft und mir.

Leider musste das zweite Treffen der Mitgliederbeauftragten im Februar aufgrund der wenigen Rückmeldungen aus den Kreisverbänden abgesagt werden, dennoch bin ich bemüht das Thema der Mitgliederbetreuung und auch Mitgliederengewinnung weiter zu verankern. Zu diesem Thema habe ich schon verschiedene Kreisverbände besucht und freue mich natürlich auf jede Einladung. Dabei habe ich festgestellt, dass es in den Ortsvereinen und Kreisverbänden bereits viele gute Ideen und Praxisbeispiele für mehr Mitgliederbindung und auch Mitgliederengewinnung gibt. Hinsichtlich der Mitgliederentwicklung verweise ich zwar auf den gesonderten Bericht. Eine positive Entwicklung möchte ich aber an dieser Stelle nicht unerwähnt lassen: Für das Kalenderjahr 2012 haben die Kreisverbände Lübeck, Stormarn und Dithmarschen eine positive Mitgliederentwicklung. Ich hoffe wir schaffen es gemeinsam, dass es 2013 mehr Kreisverbände werden, die diesen Erfolg vermelden können.

Politisch habe ich für den Landesverband den Bereich der Verkehrspolitik begleitet. Ich habe mich bemüht, eine Vernetzung verkehrspolitischer Interessierter im Rahmen eines Gesprächskreises zu initiieren. Leider hat es im Berichtszeitraum lediglich drei Termine gegeben. Hierzu haben wir uns bei einem Termin mit den Vorstellungen der Bundestagsfraktion zur neuen Bundesverkehrswegepla-

nung auseinandergesetzt. Wir konnten hierzu in Zusammenarbeit mit der SPD-Landtagfraktion eine Stellungnahme abgeben. Ein weiterer Termin fand nach der Regierungsbildung in Schleswig-Holstein mit unserem neuen Landesverkehrsminister Reinhard Meyer statt. In diesem Politikfeld war die Zusammenarbeit mit der „alten“ und „neuen“ Landtagsfraktion sehr eng und vertrauensvoll. Ich habe mich bemüht, regelmäßig an den Sitzungen des zuständigen Arbeitskreises der Fraktion teilzunehmen. Als Landesvorstandsmitglied habe ich insbesondere zur Situation am Nord-Ostsee-Kanal öffentlich Stellung bezogen.

Politik für Menschen, die hart arbeiten und oft wenig Anerkennung und Lohn erhalten, ist für mich ein Kernanliegen sozialdemokratischer Politik. Aus diesem Grund bin ich froh, auch diesen Bereich im Landesvorstand begleiten zu können. Neben der Mitgliedschaft im Gewerkschaftsrat der Partei ist dieses dokumentiert in der Betreuung – betreut und betreut werden – der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA). An deren Landesvorstandssitzungen habe ich regelmäßig teilgenommen. Abschließend bedanke ich mich bei allen Genossinnen und Genossen mit denen ich – ob haupt- oder ehrenamtlich – als Landesvorstandsmitglied zusammenarbeiten durfte.

GESA TRALAU

Gemeinsam mit dem Forum Familie hatte ich im Berichtszeitraum ein Positionspapier zur „Jugend-, Kinder-, und Familienpolitik“ erarbeitet. Dieses war dann auch Grundlage für unsere Beteiligung am Regierungsprogramm und den Koalitionsvertrag.

Gemeinsam mit dem Forum Familie und in Zusammenarbeit mit der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte wurde von mir eine Seminarreihe speziell für Frauen mit Familie ins Leben gerufen. Unser erster Workshop „Wir machen Politik! Seminar für Frauen und Alleinerziehende“ fand im März 2012 statt. Als Referenten konnten wir Heide Simonis, Torsten Albig, Brigitte Fronzek, Serpil Midyatli, Lars Winter u.v.m. gewinnen (siehe Foto Seite 18). Für die Kinderbetreuung konnten wir unsere Falken gewinnen, so dass für alle gesorgt war. Der Workshop fand soviel Gefallen und Zuspruch, dass im September 2012 ein weiterer Workshop „Genderbudgeting“ stattfand.

Im Sommer 2011 fand unser traditioneller Familiensommer in Truppenkamp statt. Bei schlechtem Wetter mit 1500 Besuchern eine immer noch sehr gut besuchte und gern angenommene Veranstaltung der SPD. Leider mussten wir aufgrund von personellen Engpässen nach der Landtagswahl den Familiensommer in 2012 ausfallen lassen.

Aus gesundheitlichen Gründen konnte ich mich über einen sehr großen Zeitraum nicht wie von mir selber gewünscht einbringen. Ich bedanke mich sehr bei Sönke Rix, der meine Arbeit erfolgreich fortgesetzt und ausgebaut hat. Ich bin mir sicher, dass das Forum Familie, die Seminarreihe und der Familiensommer der SPD SH bei ihm in den allerbesten Händen ist.

Ich werde nicht wieder für den Landesvorstand kandidieren und bedanke mich bei allen Genossinnen und Genossen, ganz besonders den Mitarbeiter/Innen in der Landesgeschäftsstelle, den Mitgliedern des Landesvorstandes, Ralf und Torsten für die vielen aufmunternden Gespräche und den großen Zuspruch. Es war eine wunderbare Zeit die ich nicht missen möchte. Danke!

DER SCHLÜSSEL FÜR DIE ZUKUNFT DER SPD: VERTRAUEN ZURÜCKGEWINNEN!



Zur Arbeit und Entwicklung der Parteiorganisation

Bericht von Christian Kröning, Landesgeschäftsführer

I.

In den Jahren zwischen 2005 und 2013 ist die SPD zur Wahlkampfmaschine geworden. Allein in Schleswig-Holstein haben wir in dieser Zeit zehn große Wahlkämpfe geführt: drei Landtagswahlen, drei Bundestagswahlen, zwei Europawahlen und zwei Kommunalwahlen. Dazu quer durchs Land eine Vielzahl von kommunalen Direktwahlen. In den vergangenen beiden Jahren stand die Vorbereitung und Organisation des Landtagswahlkampfes 2012 im Zentrum unserer Arbeit. Gegenwärtig stehen wir im Kommunalwahlkampf und arbeiten an der Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes im September.

Es geht weiter darum, in den vergangenen zehn Jahren verlorenes Vertrauen der Menschen in die SPD zurück zu gewinnen. Bei der Bundestagswahl und der Landtagswahl, die am 27. September 2009 auf einen Tag zusammenfielen, hatte die SPD eine heftige Niederlage erlitten: Die SPD kam bei dieser Bundestagswahl auf bundesweit 23% (-11,2%) und in Schleswig-Holstein auf 26,8% (-11,4%). Bei der Landtagswahl haben wir 25,4% (-13,2%) erzielt. Auch bei der Europawahl im Juni 2009 hat die SPD mit 20,8% (in Schleswig-Holstein 22,9%) ihr historisch schlechtestes Ergebnis erlitten. Insgesamt hat die SPD zwischen 1998 und 2009 zehn Millionen Wähler/innen verloren, etwa 200.000 Mitglieder haben die SPD verlassen – davon rund 8.000 in Schleswig-Holstein.

In meinem Bericht vor zwei Jahren an gleicher Stelle habe ich die Ergebnisse unserer vielen Diskussionen, Mitgliederversammlungen und Veranstaltungen in allen Kreisverbänden über die Ursachen der Wahlniederlagen im Jahre 2009 zusammengetragen. Die folgenden zehn Punkte wurden damals in nahezu allen Diskussionen immer wieder genannt:

1. Die Kritik an der Agenda 2010, Hartz IV, Rentenalter 67.
2. Das historische Versprechen Aufstieg durch Bildung ist nicht mehr glaubwürdig.
3. Der Basta-Regierungstil der Schröder-Regierung.
4. Die Beteiligung an Großen Koalitionen schadet der SPD.
5. Die Rolle der Spitzenkandidaten.
6. Die häufigen Wechsel im Amt des Vorsitzenden der Bundes-SPD.
7. Die Mitglieder fordern mehr Beteiligung.
8. Die Schwächung der Organisationskraft der SPD, mangelnde Unterstützung für die Arbeit vor Ort.
9. Rückgang der Mitgliederzahlen, der Aktiven, die Alterstruktur der Partei.
10. Die frühere starke gesellschaftliche Verankerung der SPD hat sich teilweise aufgelöst. Die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, Sozialverbänden und anderen Vereinen und Verbänden ist immer brüchiger geworden.

Als wir im Mai 2011 in Kiel mit der neuen KAMPA gestartet sind, standen wir noch unter dem Eindruck der Ergebnisse dieser Diskussionen über die Wahlniederlage 2009. Und wir standen unter dem Eindruck des Mitgliederentscheides für die Spitzenkandidatur zur Landtagswahl 2012, der Ende Februar 2011 stattfand. Allein die Vorstellungstour der vier Kandidaten mit rund 5.000 Mitgliedern und Gästen war ein enormer Erfolg. 180 neue Mitglieder haben wir in den Wochen vor dem Mitgliederentscheid aufgenommen. Und vor allem: von unseren 19.000 Mitgliedern hatten 13.300 (70%) ihre Stimme abgegeben.

Wir haben uns 2011 in der KAMPA eingehend mit der **Studie „Vertrauen in Deutschland“** beschäftigt, die der Professor Peter Kruse (Uni Bremen) im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung erstellt hatte. Im Hinblick auf weiter sinkende Wahlbeteiligungen, die anhaltende Politik- und Parteienverdrossenheit und die globale Finanzkrise war es das Ziel dieser Studie, genauer zu verstehen, woran Menschen ihr Vertrauen knüpfen, welche Erwartungen sie an die Politik haben und welche Themen bei ihnen große Resonanz finden. Diese Studie ist äußerst interessant und deshalb sollen hier einige für unsere Parteiarbeit wichtige Ergebnisse etwas ausführlicher dargestellt werden.

Nach Ansicht der 100 für diese Studie Interviewten hat Deutschland ein hohes Potential für Sicherheit und Stabilität, jedoch nicht für Zukunftsfähigkeit oder die ehrliche Vertretung von Mehrheitsinteressen. Ebenso wenig wird in der deutschen Gesellschaft das Potential gesehen, gegen den Raubbau an Mensch und Umwelt, Lobbyismus, Verbreitung von ungezügelmtem Egoismus und soziale Ungerechtigkeit effektiv anzugehen. In der Studie werden vier Wertemuster der Interviewten unterschieden, mit grundsätzlich verschiedenen Einstellungen:

1. Menschen, welche die Gesellschaft vor allem als Solidargemeinschaft begreifen (25% der Befragten). Sie machen ihr Vertrauen in die Politik davon abhängig, wie sehr Chancengleichheit umgesetzt wird, wie die Wählerinteressen vertreten werden und wie wirksam Verstöße gegen bestehende Regeln und Gesetze geahndet werden. Diese Gruppe erwartet, dass sich die Gesellschaft in Notlagen solidarisiert. Diese Gruppe hasst das Gebaren, Unfähigkeit mit leerem Gerede zu verbergen, wenn Menschen betrogen und falsch informiert oder wenn fortschrittliche Entwicklungen durch Zukunftsangst ausgebremst werden. In dieser Gruppe gibt es einen sehr hohen Grad an Frustration und Resignation. Sie stellt das gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche System in Deutschland in Frage und hat das Vertrauen in die Politik weitgehend verloren.

2. Menschen, die ihr Vertrauen in eine Politik setzen, die ihnen große individuelle Freiräume für die Durchsetzung ihrer eigenen Leistungen Ziele bietet (31%). Diese Gruppe ist durch ein hohes Selbstvertrauen gekennzeichnet, sie setzt auf Wachstum, Eigenverantwortung, Erfahrung und Leistungsförderung. Erstes Ziel ist der Erhalt des Lebensstandards. Gleichzeitig sind die Befürchtungen des eigenen sozialen Abstiegs sowie der Mangel an sicheren individuellen Zukunftsperspektiven Themen, welche die Menschen dieser Gruppe bewegen. Sensibel reagiert die Gruppe zudem auf das Verhalten von Verantwortlichen und Entscheidern, die „das Fähnchen in den Wind hängen“ oder „nahezu jedes Mittel mit dem Zweck rechtfertigen“. Sie verabscheuen „taktisch verlogene Oberflächen“ und sehen in der Bürokratie große Veränderungsbarrieren.

3. Menschen, die ihr Vertrauen in eine Politik setzen, die ihnen eine weitgehende Planungssicherheit für die Zukunft gewährleistet (24%). Dieser Gruppe geht es um umfassende Transparenz, Kontinuität, Verlässlichkeit und Bodenhaftung. Sie schätzt Problemlösungen im Team und will das Bestehende mit Augenmaß verbessern.

Hier geht es darum, dass das Wichtigste im Alltag reibungslos funktionieren muss: Pünktlichkeit im Öffentlichen Personennahverkehr, auf die täglichen Unterrichtszeiten der Kinder muss man sich verlassen können, wenn die Straßen nach dem Winter kaputt sind, müssen sie schnell wieder repariert werden. Sie ist grundsätzlich einverstanden mit dem jetzigen politischen System in Deutschland, fordert aber einen tiefgreifenden Zielwechsel und eine Neudefinition in zahlreichen Bereichen.

4. Menschen die ihr Vertrauen in eine Politik setzen, die sie aktiv an politischen und wirtschaftlichen Prozessen beteiligt (20%). Sie wünschen in Entscheidungen einbezogen zu werden und möchten ein Klima gegenseitiger Wertschätzung schaffen. Besonders wichtig ist dieser Gruppe, dass Probleme kompetent und informiert angegangen werden, dass Wort und Tat in Einklang stehen. Langfristig denken, nachhaltig handeln, weltoffen Ausschau nach Innovationen halten, das ist für diese Gruppe von großem Wert. Sie reagiert sensibel auf Egoismus, kurzsichtiges Durchwurschteln und auf das rücksichtslose Durchsetzen der Teilinteressen von Lobbygruppen.

(Eine Kurzfassung mit den Ergebnissen der Studie ist schnell über Google, Suchwort „Vertrauen in Deutschland“, zu finden)

Tabelle 1 Übersicht über die Wertemustergruppen der Befragten

Wertemuster	Anteil der Befragten	Direkte Demokratie	Repräsentative Demokratie	Typische Resonanzthemen
Solidargemeinschaft	25 %	-	-	Chancengleichheit, Solidarität
Leistungsfähigkeit	31 %	+	+	Eigenverantwortung, Wachstum
Planungssicherheit	24 %	+	+	Transparenz, Verlässlichkeit
Bürgerbeteiligung	20 %	+	-	Partizipation, Nachhaltigkeit

Quelle: Vertrauen in Deutschland - Eine qualitative Wertestudie der Bertelsmann Stiftung, Task Force „Perspektive 2020 – Deutschland nach der Krise“, 2009, „Tabelle 1“, Seite 7

II.

Legt man die Ergebnisse dieser Studie zugrunde, können wir in Schleswig-Holstein sagen, dass wir in den vergangenen beiden Jahren in zwei Punkten die richtigen Schlüsse aus der Niederlage von 2009 gezogen haben.

1. Die SPD in Schleswig-Holstein war und ist immer **Gerechtigkeitspartei** gewesen. Wir haben die Agenda 2010 zwar solidarisch, aber zähneknirschend mitgetragen und zugleich klar gesagt, wo wir sie für falsch gehalten haben.

In den vergangenen zwei Jahren hat die SPD das Profil der Gerechtigkeitspartei im Land und in den bundespolitischen Debatten weiter geschärft. Dies ist unser Markenkern und der muss für die Wähler/innen klar erkennbar und für sie in der politischen Praxis von Regierung, Verwaltungen, Fraktionen und Partei erfahrbar sein.

2. Wir haben uns in Schleswig-Holstein als die Partei erwiesen, die Bürgerbeteiligung wirklich groß schreibt. In den Landtagswahlkampf sind wir 2012 mit unserem **„Demokratiesommer“** gestartet und haben mit den **Zukunftsgesprächen von Torsten Albig**, mit der **Programmdebatte auf unserer Homepage** und mit dem **BürgerparteiTag** etwas gewagt, was uns bei den Menschen und in den Medien viel Aufmerksamkeit und Sympathie eingetragen hat – und steigende Umfragewerte.

Dass die SPD-geführte neue Landesregierung diesen Weg fortsetzt und schon nach wenigen Monaten mit ihr Dialog und Beteiligung als Markenzeichen verbunden wird, ist eine sehr wichtige Weichenstellung. „Mehr Demokratie wagen“ – das war die Botschaft von Willy Brandts erster Regierungserklärung 1969. Daran sollten wir uns erinnern, wenn wir in diesem Jahr an ihn und seinen 100. Geburtstag erinnern.

Wahlkampf-Luftballon-Aktion in Lübeck



Zukunftsgespräch in Itzehoe



LiebblingslandTag auf Föhr



III.

In den Jahren vieler Wahlkämpfe hat uns allen die Zeit gefehlt, uns intensiver mit den Problemen und Sorgen zu befassen, die wir vielfach beklagt haben, aber nicht wirklich angegangen sind: der Mitgliederrückgang der Volkspartei SPD; der hohe Altersdurchschnitt unserer Mitglieder (59 Jahre); die Probleme der immer kleiner werdenden Ortsvereine; die sinkende Zahl der Aktiven, die immer mehr Aufgaben, Mandate und Funktionen übernehmen müssen; die Routine der Parteiarbeit, die alle nicht gut finden. Und da gibt es eine Entwicklung, die uns weniger bewusst ist: **Wir haben in den vergangenen zwei Jahren eine große Zahl neuer Mitglieder gewinnen können.** Aber die Erfahrung zeigt, dass viele von ihnen die Partei nach wenigen Jahren wieder verlassen – wenn es uns nicht gelingt, sie mit ihren Erwartungen in die Partei zu integrieren und ihnen attraktive Beteiligungsmöglichkeiten zu bieten.

In einer Diskussion des Landesvorstandes wurde kürzlich vereinbart, dass solche **Strukturfragen der Partei** ein wesentlicher Schwerpunkt der Arbeit des im April zu wählenden neuen Vorstandes sein müssen. Der Mitgliederbeauftragte des Vorstandes, Mathias Stein, hat dazu einige statistische Analysen der Mitgliederentwicklung aufbereitet, die wichtige Ansatzpunkte dafür zeigen. Zudem haben wir im November/Dezember 2012 eine Online-Umfrage unter unseren neuen Mitgliedern gestartet, die eine erstaunlich hohe Antwortquote hatte. Diese Umfrage werden wir im Frühjahr 2013 ergänzen durch Gruppendiskussionen mit neuen Mitgliedern in allen vier Regionen des Landes und einen Erfahrungsbericht aus unseren Neumitgliederseminaren. Wir wollen genauere Informationen darüber zu bekommen, welche Erwartungen, Anforderungen und Wünsche unsere neuen Mitglieder an ihre Partei haben. In einem **Neumitglieder-Report** werden wir alles zusammen aufbereiten und mit den Schlussfolgerungen des Landesvorstandes im Herbst dieses Jahres zur Diskussion stellen.

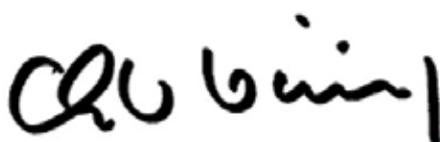
Die wichtigsten Fragen und Themenfelder, um die es bei den Strukturfragen außerdem geht, sind:

- Wie können wir uns als Partei, als Abgeordnete im Bund, im Land und in der Kommunalpolitik wieder stärker in der Gesellschaft verankern und vernetzen – mit Gewerkschaften, Sozialverbänden, Kirchen und den vielen Vereinen und Verbänden?
- Wie finden wir intensivere Zugänge zur Lebenswelt unserer Mitglieder, unserer WählerInnen und unseren politischen PartnerInnen – z.B. zu jungen Betriebsräten?
Wie schaffen wir es hier, uns besser um einzelne Menschen oder Gruppen zu kümmern?
- Wie beteiligen wir die Mitglieder stärker an wichtigen politischen Weichenstellungen?
- Wie schaffen wir es unsere jüngeren Mitglieder besser zu fördern, so dass sie möglichst bald in größerer Zahl Führungsaufgaben und Verantwortung auf Landes-, Kreis- und Ortsvereins-ebene übernehmen können und wollen?
- Wie finden wir Wege aus der Parteiroutine heraus und wie können wir die politische Arbeit interessanter, lebendiger und attraktiver machen?

Wir dürfen uns auf spannende und kontroverse Diskussionen zu diesen Themen freuen.

Eines dürfen wir nicht: Diese Fragen beiseite schieben, weil unser aller Alltag auch ohne dies voll gepackt wäre.

„Der beste Weg, die Zukunft vorauszusagen, ist, sie zu gestalten.“ (Willy Brandt)



Christian Kröning, Landesgeschäftsführer



Willy Brandt während einer Wahlkundgebung in Stuttgart am 20.4.1972, Quelle: FES Bonn

Mitgliederzahlen der Kreisverbände (Stand 28. Februar 2013)

Kreisverband	Mitglieder gesamt	männlich gesamt	männlich in %	weiblich gesamt	weiblich in %
SPD-Kreisverband Kiel	1.596	1.051	65,85	545	34,15
SPD-Kreisverband Neumünster	389	261	67,10	128	32,90
SPD-Kreisverband Plön	1.339	816	60,94	523	39,06
SPD-Kreisverband Rendsb.-Eck.	2.302	1.496	64,99	806	35,01
SPD-Kreisverband Flensburg	325	212	65,23	113	34,77
SPD-Kreisverband Nordfriesland	1.170	781	66,75	389	33,25
SPD-Kreisverband Schl.-Flensburg	1.416	945	66,74	471	33,26
SPD-Kreisverband Dithmarschen	960	617	64,27	343	35,73
SPD-Kreisverband Pinneberg	1.739	1.103	63,43	636	36,57
SPD-Kreisverband Segeberg	1.302	861	66,13	441	33,87
SPD-Kreisverband Steinburg	885	566	63,95	319	36,05
SPD-Kreisverband Lübeck	1.110	715	64,41	395	35,59
SPD-Kreisverband Lauenburg	1.147	778	67,83	369	32,17
SPD-Kreisverband Ostholstein	1.485	954	64,24	531	35,76
SPD-Kreisverband Stormarn	1.328	840	63,25	488	36,75
SPD gesamt	18.493	11.996	64,87%	6.497	35,13%

POLITISCHE BILDUNGSARBEIT 2011-2013

Von Elfriede Marx

Politische innerparteiliche Bildungsarbeit ist in einer globalisierten und sich immer schneller ändernden Welt ungeheuer wichtig. Eine Partei wie die SPD mit ihrer 150-jährigen Geschichte trägt Verantwortung dafür, dass ihre Mitglieder beteiligt, informiert und entsprechend ihren Aufgaben und Fähigkeiten geschult werden. Die Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit ist Pflicht und Verpflichtung einer Partei, die den Dialog mit den Menschen sucht und ihre Werte „Solidarität, Gerechtigkeit und Freiheit“ als Maxime einer Bürgergesellschaft versteht.

Im Berichtszeitraum wurden verschiedene Wahlkampftrainings zur Landtagswahl (2012) und Kommunalwahl (2013), Workshops zur Mitgliederwerbung, Neumitgliederseminare, Engagement im Ehrenamt, Aufbauseminar für Absolventen und Absolventinnen der Kommunalakademie und Kassierer/innenschulung durchgeführt. Ein wichtiger Punkt war die Vernetzung der politischen Bildungsarbeit mit Bildungsträgern und gemeinsame Projekte mit der Parteischule in Berlin.

Für unsere neuen Mitglieder haben wir im Berichtszeitraum sechs Neumitgliederseminare durchgeführt. Die Inhalte werden ständig überarbeitet, ergänzt und aktuellen Anlässen angepasst. Diese Seminare bilden häufig die Grundlage für die Mobilisierung unserer neuen Mitglieder und den Einstieg in eine aktive Parteiarbeit.

In Kooperation mit der FES wurde die Seminarreihe „Engagement im Ehrenamt“ durchgeführt. Sie bietet neu gewählten Vorsitzenden, ihren Stellvertretern und Stellvertreterinnen und solchen, die es werden wollen, in drei Modulen durchgeführt an drei Wochenenden, wichtige Kernkompetenzen. Die Inhalte haben wir in vorherigen Rechenschaftsberichtsberichten ausführlich beschrieben.

Ein Schwerpunkt der gesamten Partei war die Mitgliederwerbung. Dazu gab es einen Workshop der Parteischule für Interessierte, die dann wiederum selbst als Multiplikatoren Mitgliederwerbeworkshops durchführen konnten. Darüber hinaus hat auch der Landesverband mehrere Mitgliederwerbeworkshops durchgeführt.

Gut besucht waren die Schulungsangebote zu den Wahlkämpfen. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass sowohl in Bezug auf Wahlkampfplanung als auch in der Durchführung der Wahlkampfaktivitäten vor allem auf der Straße, immer mehr Professionalität und Kreativität gefragt sind. Hilfreich und wichtig waren auch die Seminare für eine gute und effektive Pressearbeit und den Umgang mit neuen Medien, dem „social networking“. Neu angeboten haben wir Workshops zum Reden schreiben: „Yes we can“ für die Landtagskandidaten und –kandidatinnen. Als richtig und gut hat sich erwiesen, dass sowohl zentrale ganztägige Angebote als auch dezentrale Trainings, die nach inhaltlichen Absprachen vor Ort mit Ortsvereinen und Fraktionen, durchgeführt wurden.

In Zusammenarbeit mit der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte und dem Forum Familie haben wir erstmalig Seminare mit Kinderbetreuung durchgeführt. Dank der bewährten Betreuung durch „Die Falken“ hat das wunderbar geklappt – mit Übernachtung. Frauen und Alleinerziehende konnten intensiv diskutieren, welche Bedingungen sie benötigen um Politik zu machen und welche Fähigkeiten und Netzwerke dazu nötig sind. Politisches Ehrenamt gerade auf kommunaler Ebene braucht andere Strukturen, Organisation und Bedingungen, damit insbesondere Frauen und Alleinerziehende die Möglichkeit haben, mitzuarbeiten. Dieses wichtige Thema sollte auf jeden Fall weiter bearbeitet werden.

Gemeinsam mit der Parteischule haben wir in Schleswig-Holstein das Modellprojekt zur Unterstützung kleiner Ortsvereine „Mit wenig(en) viel erreichen!“ durchgeführt. Dabei ging es um geeignete Hilfestellung bei der Motivation von Mitstreiter/innen, Überzeugungsarbeit bei Andersdenkenden, Gestaltung von Projekten, Versammlungsleitung und Wahlkampf. Die Analyse war teilweise ernüchternd, weil sowohl die Problemlagen von kleinen Ortsvereinen als auch die Akteure so vielfältig sind, dass es kaum möglich ist, dies in einem Workshop zu bearbeiten. In einem Evaluationstreffen wurden die Probleme besprochen und Lösungen für zukünftige Workshops erarbeitet. Diese sollen fortgesetzt werden.

Aufgaben für die nächsten Jahre sind einerseits Fortführung von bestehenden Angeboten aber auch Berücksichtigung individueller Möglichkeiten unserer Genossinnen und Genossen. In Bezug auf die Angebote sollten vermehrt Tagesseminare und inhaltliche Bausteine gerade auch für die Kommunalpolitik geplant werden. Daueraufgabe ist die Mitgliederwerbung und –betreuung. Die Idee, ein Netz von „Kümmerern“ aufzubauen, ist immer noch richtig und wichtig.

Workshop „Wir machen Politik! Seminar für Frauen und Alleinerziehende“



ZEHN JAHRE ERFOLGREICH AUF KONSOLIDIERUNGSKURS

Von Jörg Wenghöfer, Schatzmeister

Liebe Genossinnen und Genossen,

nach zehn Jahren im Amt des Schatzmeisters der Landespartei habe ich mich entschieden, auf dem bevorstehenden Landesparteitag nicht wieder für den Landesvorstand zu kandidieren. Nach einem Jahrzehnt intensiver und teils harter Diskussionen, die naturgemäß mit dieser Aufgabe verbunden sind, möchte ich mich nun anderen politischen und persönlichen Aufgaben zuwenden.



In diesen zehn Jahren sind wir bei der Konsolidierung der Finanzen der Landespartei weit vorangekommen. Wir haben einen umstrittenen, aber letztlich unvermeidlichen Personalabbau von rund 40% durchführen müssen, der uns aber sozialverträglich gelungen ist. Wir haben die Wahlkampfausgaben auf das unabdingbar Notwendige kürzen müssen, eine Erhöhung der Mandatsträgerabgaben unserer Landes-, Bundes- und Europaabgeordneten beschlossen und im Haustarifvertrag mit der Gewerkschaft ver.di in den vergangenen Jahren eine unserer Situation entsprechende zurückhaltende Gehaltsentwicklung durchsetzen können.

Im politischen Teil des Haushalts des Landesverbandes haben wir an vielen Haushaltsstellen kürzen müssen und wir haben bei den Verwaltungsausgaben eine Vielzahl von Einsparungen umgesetzt. Und wir haben eine sehr erfolgreiche Beitragskampagne durchgeführt. Ein wichtiger Schritt bei der erfolgreichen Konsolidierung war die Veränderung der Beitragsverteilung zu Gunsten des Landesverbandes seit 2007. Inzwischen erreichen wir im Haushalt des Landesverbandes einen jährlichen Einnahmeüberschuss von rund 400.000 Euro ohne Wahlkampfkosten. Damit hätten wir unser Ziel, die Verschuldung des Landesverbandes 2013 auf Null zu bringen, zuverlässig erreicht. Gleich zwei vorgezogene Landtagswahlen hintereinander - 2009 und 2012 - haben uns einen Strich durch die Rechnung gemacht und wir haben dieses Ziel auf das Jahr 2016 verschieben müssen.

Aber mit der aktuellen Mittelfristigen Finanzplanung sind die Weichen so gestellt, dass wir mit der gegenwärtigen Haushaltsstruktur das große Ziel erreichen können. Auf dem Parteitag liegen die Rechenschaftsberichte der Landespartei für die Jahre 2011 und 2012 aus, so dass ihr euch davon anhand der konkreten Zahlen überzeugen könnt.

Allerdings: Wir können die vom Landesparteitag beschlossene neue Beitragsverteilung Landesverband 65%, Kreisverbände 5% und Ortsvereine 15% - der Rest geht an die Bundespartei - nicht wieder rückgängig machen. Deshalb beantragt der Landesvorstand auf dem Landesparteitag im April, diese Beitragsverteilung aufrecht zu erhalten. Dabei wissen wir, dass wir die Ortsvereine empfindlich treffen, die sich nicht überwiegend von ihren Mandatsträgerabgaben finanzieren.

Bei dem Antrag F2, in dem der Vorstand beantragt, die Beitragsverteilung unverändert zu lassen, geht es allerdings nicht allein um den Haushalt des Landesverbandes. In den vielen Diskussionen der vergangenen Jahre hat sich gezeigt, dass viele unserer Mitglieder und Aktiven vor Ort, die Ortsvereine, die Kreisverbände und den Landesverband als völlig voneinander getrennte Organisationseinheiten sehen – so als gäbe es in Schleswig-Holstein drei sozialdemokratische Parteien.

In Wahrheit geht es vor allem darum, unsere gemeinsame politische Organisationskraft und Wahlkampfähigkeit zu sichern.

Denn der Landesverband leistet in seinem Haushalt hohe und wichtige finanzielle Beiträge für alle Parteigliederungen:

-Die Arbeit, welche die vom Landesverband bezahlten Mitarbeiter/innen in den Kreisgeschäftstellen leisten, ist gerade für die Ortsvereine eine unverzichtbare Unterstützung. Die aktuelle Besetzung der

Kreisgeschäftsstellen und auch der Landesgeschäftsstelle ist das Minimum, was wir hier für die Organisation der laufenden Aufgaben benötigen.

-Der Landesverband stützt Kreisverbände und Ortsvereine, wenn sie in eine finanzielle Krise geraten sind.

-Der Landesverband unterstützt Kreisverbände und Ortsvereine, wenn sie z.B. Bürgermeister-Direktwahlen finanziell nicht aus eigener Kraft bewältigen können.

-Der Landesverband unterstützt die Ortsvereine durch eine Vielzahl an Dienstleistungen wie z.B. aktuell zur Kommunalwahl (Plakate, Internet-Trainings, Veranstaltungen, Wahlkampf-Workshops etc.).

-Der Landesverband unterstützt Ortsvereine bei der Durchführung von für sie wichtigen Veranstaltungen und Aktionen, wenn sie die dafür notwendigen finanziellen Mittel nicht aus eigener Kraft tragen können.

-Der Landesverband bietet durch seine Seminar- und Fortbildungsangebote einen wichtigen Beitrag zur Aktivierung und Qualifizierung in allen Parteigliederungen.

Der Landesverband ist nicht nur die politische Klammer der SPD Schleswig-Holstein, er ist auch die finanziell organisatorische Klammer, welche die Organisationskraft und die Wahlkampffähigkeit auf allen Ebenen sichert. Der Landesverband hat zudem die Aufgabe Initiativen zur Weiterentwicklung der Parteiarbeit auf allen Ebenen zu ergreifen und in diesen Bereich zu investieren. Viele Landesverbände mussten deshalb in den vergangenen Jahren den gleichen Weg gehen, haben ihren Beitragssanteil auf 65% oder gar mehr erhöht.

Ich bitte Euch deshalb darum, auf dem Parteitag, dem Antrag F2 zuzustimmen, damit die Aufgabe des künftigen Schatzmeisters eine lösbare Aufgabe bleibt.

Bedanken möchte ich mich bei allen, die den Konsolidierungskurs der vergangenen zehn Jahre solidarisch mitgetragen und unterstützt haben: Den Kreisvorsitzenden und Kreiskassierern, den Mitgliedern des Landesparteiates und vielen, die durch ihre Arbeit, ihren Einsatz und ihren Rat dazu beigetragen haben.

Die Arbeit war hart, aber für uns alle letztlich erfolgreich – und sie hat mir auch viel Spaß gemacht.

Anzeige

Sound & Light Service GmbH

**Ihr Partner für
Live-Veranstaltungen**

**DIE
PROFIS**



Eine gelungene Veranstaltung erfordert mehr als eine detaillierte Lichtplanung und erstklassige Tonqualität.

**Wir sind auch für
die SPD im Einsatz!**

S.L.S.
Sound & Light Service GmbH

Sound & Light Service GmbH · An der Strusbek 50 · 22926 Ahrensburg
Tel: 04102-4 75 90 · Fax: 04102-4 75 93 · www.sound-light-service.de

BERICHT ÜBER DIE ARBEIT DES LANDESPARTEIRATS



Von Sönke Rix, Vorsitzender des Landesparteirats

Seit seiner konstituierenden Sitzung am 23. Juni 2011, auf der Sönke Rix zum Vorsitzenden und Anne-Christin Heinrich zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt wurden, hat der Landesparteirat siebenmal getagt.

Bis Mitte 2012 standen dabei die Vor- und Nachbereitung der Landtagswahl 2012 im Vordergrund. Neben der Wahlkampfplanung, den Beratungen über das Regierungsprogramm und über den Koalitionsvertrag hat sich der Landesparteirat noch intensiv mit der Parteireform beschäftigt – unter anderem mit einer munteren Diskussion mit unserer damaligen Bundesgeschäftsführerin Astrid Klug. Darüber hinaus hat MdB Hans-Peter Bartels - als ein weiterer Schwerpunkt - über die Bundeswehrreform informiert.

Mit einem ganztägigen Workshop haben wir im August 2012 den Wahlkampf und die Wahlergebnisse zur Landtagswahl analysiert, worüber ein ausführliches Protokoll gefertigt wurde.

Seitdem steht in erster Linie die Vorbereitung der Kommunalwahl und der Bundestagswahl 2013 im Vordergrund. Daneben haben wir uns 2012 mit dem Neumitgliederprojekt des Landesverbandes und mit der Rentenpolitik auseinandergesetzt, was in einem eigenen Beschluss des Landesparteirates festgehalten wurde.

Daneben befassten wir uns auf unseren Sitzungen mit Anträgen aus den Gliederungen und mit Anträgen, die auf Landesparteitagen nicht mehr behandelt werden konnten.

Der Landesparteirat ist das höchste Beratungsgremium zwischen den Landesparteitagen. Wir verstehen uns als Bindeglied zwischen den Kreisverbänden, der Kommunalen Ebene und der Landes-, Bundes- und Europapolitik. Er beteiligt sich selbstbewusst, konstruktiv und kompetent an den aktuellen politischen Debatten und fungiert als Impulsgeber für den Landesvorstand und die Landtagsfraktion. Auf seinen Sitzungen gibt es regelmäßig einen Bericht des Landesvorstandes (meistens durch Ralf Stegner), der Landtagsfraktion und der Gruppe der schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten.

Zudem gibt es natürlich seit neuestem auch einen Bericht der Landesregierung. Den ersten Bericht hat Innenminister Andreas Breitner zum Thema Innen und Kommunales gegeben, einen weiteren Bericht gab unsere Ministerin Wara Wende zu Bildung und Wissenschaft.

Sitzung am frühen Morgen des Listen-Landesparteitages in Lübeck am 4. Februar 2012



BERICHT DER REVISIONSKOMMISSION

Von Eckart Finger, Vorsitzender der Revisionskommission

Der Landesparteitag der SPD Schleswig-Holstein am 9. und 10. April 2011 in Husum wählte folgende Mitglieder in die Revisionskommission: **Bärbel Bergner, Renate Pfau, Eckart Finger, Hermann Greve und Klaus Vox.**

In der konstituierenden Sitzung am 24. Mai 2011 wurde Eckart Finger erneut zum Vorsitzenden und Hermann Greve zu seinem Stellvertreter gewählt.

Die Informationen aus der Landesgeschäftsstelle, die für die Arbeit der Revisionskommission erforderlich sind, wurden den Revisoren von der Verwaltung des Landesverbandes vor und während der Sitzungen gegeben.

In den bisher acht Sitzungen der Wahlperiode wurden die nachfolgend aufgeführten Themen geprüft bzw. diskutiert:

1. **Einnahmen und Ausgaben des Landesverbandes.**
2. **Wahl des Spitzenkandidaten sowie die damit verbundenen Kosten.**
3. **Prüfung des Haushaltes des Landesverbandes III. und IV. Quartal 2011.**
4. **Prüfung des Haushaltes des Landesverbandes II. und III. Quartal 2012.**
5. **Stand der Beitragskampagne.**
6. **Einzelprüfung von Geschäftsvorfällen im III. Quartal 2011.**
7. **Bericht zum Datenschutz.**
8. **Bericht zu den Wahlkampfaktivitäten.**
9. **Informationen zu den Tätigkeiten der Revisoren anderer Landesverbände.**
10. **Wahlkampfkosten der Landtagswahl 2012.**
11. **Belegprüfungen.**

Anmerkungen zu:

-Punkt 2. Die Kosten für den Mitgliederentscheid zur Nominierung des Spitzenkandidaten zur Landtagswahl 2012 betragen rund 110.000€ (15 Veranstaltungen, Druckkosten, Porto und Rückporto, Auszahlung).

-Punkt 5. Die Beitragskampagne erbrachte eine Erhöhung des Beitragsaufkommens von rund 4.100€/Monat entsprechend rund 49.000€/Jahr für die Gliederungen (Landesverband, Kreisverbände, Ortsvereine und Bundespartei). Die Kampagne hat sich bei Projektkosten von 55.000€ bereits nach 12 Monaten amortisiert.

-Punkt 9. Die Revisionskommission regt an, einen Vergleich mit den Revisionshandlungen in anderen Landesverbänden anzustreben. Sie schlägt vor, den Revisoren der Kreisverbände durch Vorträge von Betriebsprüfern Anregungen zur Prüfung in ihren Kreisverbänden anzubieten. Angestrebt sind Termine im März 2013.

-Punkt 10. Die Kosten des Wahlkampfes zur Landtagswahl 2012 sind unter dem beschlossenen Budget geblieben.

Angemerkt wird zudem, dass die Führung des Haushaltes sich auch in dieser Wahlperiode durch große Sparsamkeit ausgezeichnet hat. Fast alle Ausgaben haben die Vorgaben des Haushaltes zum Teil deutlich unterschritten. Wie unter Punkt 10. berichtet, gilt dies gleichermaßen für den Wahlkampfhaushalt.

Die Revisoren empfehlen dem Parteitag, den Landesvorstand für die Jahre 2011 und 2012 zu entlasten.

LANDESPARTEITAGE DER SPD SCHLESWIG-HOLSTEIN 2011-2013

Ordentlicher Landesparteitag am 9. und 10. April 2011 in Husum

Am 09. und 10. April 2011 fand in der Messe Husum der ordentliche Landesparteitag der SPD Schleswig-Holstein statt.

Im Mittelpunkt des Sonntags stand die Rede des SPD-Fraktionsvorsitzenden im Deutschen Bundestag, Frank-Walter Steinmeier, sowie die Wahl des neuen SPD-Landesvorstandes. Dr. Ralf Stegner wurde als Landesvorsitzender wieder gewählt, ebenso seine Stellvertreter Bettina Hagedorn und Andreas Breitner sowie Schatzmeister Jörg Wenghöfer.

Zu Beisitzern wurden (wieder-)gewählt: Kristin Alheit, Wolfgang Baasch, Stefan Bolln, Serpil Midyatli, Birte Pauls, Mathias Stein und Gesa Tralau.

Der gesamte Landesparteitag ließ es sich zudem nicht nehmen, geschlossen nach draußen zu gehen um einer kleinen Nazi-Demo lautstark die Stirn zu bieten (siehe Foto unten).

Am Sonntag wurden neben der Rede des Spitzenkandidaten zur Landtagswahl 2012, Torsten Albig, auch über 80 Anträge aus unseren Gliederungen beraten. Außerdem wurden turnusgemäß weitere Organisationswahlen wie z. B. zum Landesparteirat, Revisions- und Schiedskommission, Delegierte zum Bundesparteitag durchgeführt.



Außerordentlicher Landesparteitag und Landtagswahlkonferenz am 3. und 4. Februar 2012 in Lübeck

Das wichtigste politische Ereignis in Schleswig-Holstein in 2012 war die Wahl eines neuen Landtages und eines neuen Ministerpräsidenten.

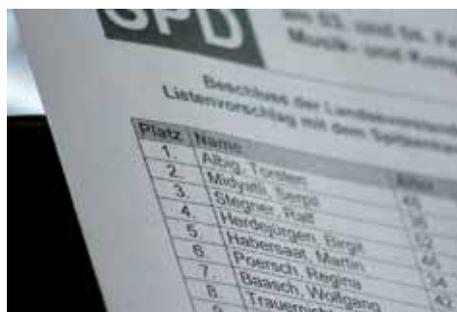
Schleswig-Holsteins Sozialdemokraten/innen stellten auf ihrem Landesparteitag in der Lübecker MuK am 3. und 4. Februar 2012 die inhaltlichen und personellen Weichen für diese Landtagswahl. Im Mittelpunkt dieses Parteitages standen die Diskussion und der Beschluss über das neue sozialdemokratische Regierungsprogramm für die Jahre 2012-2017.

Mit einer bisher beispiellosen öffentlichen Programm-Diskussion – unserem Demokratie-Sommer, einem BürgerparteiTag und einem Diskussionsforum im Internet - haben wir mit den Bürgerinnen und Bürgern und vielen Vereinen und Verbänden Ideen und Vorschläge für dieses Programm entwickelt.

Ein weiterer Höhepunkt des Parteitages war die Wahl der Landesliste der SPD, die durch unseren in einem Mitgliederentscheid gewählten Spitzenkandidaten Torsten Albig angeführt wurde.

Am Samstagmorgen konnten wir Manuela Schwesig in Lübeck für eine Rede begrüßen.

Dieser Parteitag war der Grundstein für einen engagierten und hoch motivierten Wahlkampf der Sozialdemokratie in Schleswig-Holstein.



Außerordentlicher Landesparteitag am 9. Juni 2012 in Neumünster

Die Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 6. Mai 2012 hat deutlich gemacht: Die Bürger und Bürgerinnen wollten den Wechsel mit Torsten Albig als neuen Ministerpräsidenten an der Spitze.

Nach den Sondierungsgesprächen liefen die Koalitionsverhandlungen mit Bündnis'90/DIE GRÜNEN und dem SSW.

Der Koalitionsvertrag wurde am 4. Juni paraphiert und über diesen Koalitionsvertrag für eine neue Zukunft des Landes stimmte die SPD Schleswig-Holstein am 9. Juni auf ihrem außerordentlichen Landesparteitag in den Holstenhallen in Neumünster ab.

Des Weiteren standen Abstimmungen über weitere Anträge, eine Nachwahl zur Landesschiedskommission und die Wahl unserer Delegierten für den neuen Parteikonvent der Bundes-SPD auf dem Programm.



DIE ARBEITSGEMEINSCHAFTEN, FOREN UND ARBEITSKREISE

Im Berichtszeitraum wurden drei neue Arbeitsgemeinschaften gegründet: AG Schwusos, AG Migration und Vielfalt, AG SelbstAktiv

Arbeitsgemeinschaft Schwusos - Schwule, Lesben und Transgender in der SPD



Das Jahr 2012 stand für die Schwusos voll im Zeichen der Umwandlung des Arbeitskreises in den Status einer Arbeitsgemeinschaft. Um dieses vorzubereiten traf sich der damalige SprecherInnenkreis um den Vorsitzenden Uli Poppe auf Einladung des Bundesvorstandes am 18. Februar 2012 mit den Sprechern der anderen Landesarbeitskreise der Schwusos im Willy-Brandt-Haus in Berlin.

Auf der gemeinsamen Sitzung wurde ein Fahrplan aufgestellt, damit die Umwandlung in allen Landesverbänden geordnet und satzungskonform ablaufen kann.

Auf einer parallel stattfindenden Sitzung trafen sich die Verantwortlichen der jeweiligen Länder, um die jährlich stattfindenden Veranstaltungen zum Christopher Street Day (CSD) zu planen. Die Anwesenden diskutierten und berieten, wie der einheitliche Auftritt unserer Partei auf den CSDs bundesweit aussehen soll, welches Motto und welche Give Aways ausgewählt werden sollen.

Auf dem Landesparteitag vom 3. bis 4. Februar 2012 in Lübeck präsentierten wir Schwusos uns und unsere Arbeit mit einem Infostand. Der Zuspruch, die freundlichen Kommentare und Angebote zur Zusammenarbeit freuten uns sehr und zeigten uns, dass die Arbeit der Schwusos auch in Schleswig-Holstein interessiert verfolgt und geschätzt wird.

Aus beruflichen Gründen bat der Vorsitzende des AKs, Uli Poppe, den SprecherInnenkreis im Frühjahr um seinen Rücktritt. Der SprecherInnenkreis wählte daraufhin Gerrit Köhler als neuen Vorsitzenden. Auf den beiden CSDs in unserem Bundesland (Kiel und Lübeck) präsentierten wir uns und unsere Partei mit einem Infostand. Aus Kostengründen, die mit dem Wahlkampf verbunden waren, war es leider nicht möglich, unsere Partei mit einem Truck auf den Paraden zu präsentieren. Dieses hätte mit Sicherheit für ein riesiges Medienecho gesorgt, denn auf keiner anderen Veranstaltung als auf dem CSD ist es einfacher und leichter für eine Partei, so viele Menschen als Wählergruppe zu gewinnen und davon zu überzeugen, dass sie das einzig richtige und ehrliche Angebot für eine durchaus kritisch hinschauende Wählergruppe hat. Auf beiden CSDs war es aber dennoch ein rundum gelungener Auftritt, wie wir aus der Resonanz der Besucher entnehmen konnten. Vielen Dank an dieser Stelle an die Genossinnen und Genossen aus Lübeck für ihre grandiose Unterstützung.

Am 12. August 2012 war es dann endlich soweit: Im Rahmen der Mitgliederversammlung in Neumünster wurde die Arbeitsgemeinschaft der Schwusos gegründet und Gerrit Politz (mittlerweile Gerrit Köhler) zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Als Stellvertreter wurden Markus Grimmenstein aus Leck und René Reincke aus Flensburg gewählt. Der Vorstand wird durch Tabea Gaipf (Passade), Uli Poppe (Kiel) und Maik Köhler (Neumünster) komplettiert.

Gerrit Köhler, Tabea Gaipf und René Reincke nahmen an der Bundeskonferenz der Schwusos (6. bis 7. Oktober 2012) in Leipzig teil. Seitens des Bundesvorstandes wurde der Wunsch geäußert, dass die Schwusos SH in der Zukunft mehr Verantwortung auf Bundesebene übernehmen sollen. Diesem Wunsch werden wir natürlich nachkommen. Unser Ziel wird es sein, Schleswig Holstein als Land zu präsentieren, das sich aktiv für die Belange von Lesben, Schwulen, Trans- und Bisexuellen einsetzt. Eine Veranstaltung, die nicht unerwähnt bleiben darf, ist unser gemeinsames Treffen mit dem AK Soziales der Landtagsfraktion im Landeshaus in Kiel am 23. Oktober 2012. Prof. Dr. MA Klaus Jungmanns vom Universitätsklinikum Schleswig-Holstein, Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie, hielt ein interessantes Impulsreferat und gab darin Einblicke über Zusammenhänge von Diskriminierung

gen und Depressionen bis hin zu Suizidversuchen bzw. Suiziden bei homosexuellen Menschen in Deutschland.

Im Anschluss daran folgte eine ausgiebige Diskussion über mögliche Lösungsansätze in einem bunten Kreis aus Politikern und Vertretern von LGBT-Verbänden. Dieses Fachgespräch soll keine einmalige Sache bleiben, sondern soll vielmehr den Auftakt für weitere Gesprächsrunden dieser Art bilden.

Die AG der Schwusos bedankt sich an dieser Stelle noch mal ausdrücklich bei allen Genossinnen und Genossen, die uns 2012 so tatkräftig unterstützt haben.

Gerrit Köhler, Landesvorsitzender Schwusos Schleswig-Holstein (Foto s.u.)
E-Mail: info-schwusos@spd-net-sh.de, <http://spd-net-sh.de/schwusos/>



Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt

Die AG Migration und Vielfalt wurde am 1. Oktober 2012 in Neumünster gegründet. Bei etwa 70 Genossinnen und Genossen, die aus ganz Schleswig-Holstein angereist waren, zeigte sich hieran das große Interesse, das Integrationspolitik auch in der Partei auslöst. Neben den Landtagsabgeordneten Serpil Midyatlı und Kirsten Eickhoff-Weber war auch Innenminister Andreas Breitner zugegen. Zum Landesvorsitzenden wurde Christopher Schmidt (KV Segeberg) gewählt, zu stellvertretenden Landesvorsitzenden Ingo Röske-Wagner (KV Plön) und Stella Steinmann Di Santo (KV Neumünster), zur Schriftführerin Pinar Yıldız (KV Neumünster). Weiterhin wurden sieben Beisitzerinnen und Beisitzer gewählt: Özlem Ünsal (KV Kiel), Michael Janowski (KV Rendsburg-Eckernförde), Karin Thissen (KV Steinburg), Tanzer Kocapınar (KV Segeberg), Hasan Horata (KV Neumünster), Lisa Yılmaz (KV Kiel) und Filiz Bilgili (KV Kiel).

Nach der konstituierenden Vorstandssitzung am 19. Oktober legten wir auf einer Klausurtagung im November die Arbeitsschwerpunkte für die nächsten sechs Monate fest: In monatlichen Vorstandssitzungen wollen wir uns mit den folgenden Themen beschäftigen: Rassismus (Dezember), Bildung/interkulturelle Öffnung (Januar), Flüchtlingspolitik (Februar), Wahlrecht (März) und Sozialpolitik (April). Auch sind wir froh darüber, Gäste aus Partei und Verwaltung zu unseren Vorstandssitzungen begrüßen zu können, wie Ralf Stegner und Norbert Scharbach (Innenministerium) zur Februarsitzung. Über Serpil Midyatlı, auf deren Arbeit im Arbeitskreis Migration wir inhaltlich aufbauen, halten wir den Kontakt in die Landtagsfraktion. Parallel dazu sind wir dabei, Strukturen für eine nach innen und außen wirkende Öffentlichkeitsarbeit zu schaffen, über E-Mail-Verteiler, Webseite und Facebook-Präsenz.

Unsere Partei sowie die politischen Parlamente repräsentieren die Gesellschaft erst dann, wenn sie mit einem angemessenen Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund besetzt sind. Hier ist die

Realität davon noch weit entfernt: In Räten, Kreistagen und Parlamenten liegt der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund weit unter zehn Prozent. Es zeichnen sich für die im Mai anstehenden Kommunalwahlen einige erfreuliche Fortschritte ab: Migrationspolitische Themen spielen in vielen Kommunalwahlprogrammen eine immer größere Rolle und die Anzahl der Kandidatinnen und Kandidaten mit Migrationshintergrund steigt. Wir haben vor, einige davon auf unserer Webseite vorzustellen.

Wir freuen uns über alle Interessierten, die bei uns mitarbeiten wollen. Auch Kreisverbänden, die Interesse an der Einrichtung einer Kreisarbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt haben, stehen wir gerne zur Seite.

Christopher Schmidt, Landesvorsitzender (Foto)
www.spd-schleswig-holstein.de/ag-muv
E-Mail: ckschmidt@gmail.com
Mobil: 0151-11743230, Twitter: @cksch



Arbeitsgemeinschaft SelbstAktiv - für Menschen mit Behinderungen

Ein Jahr vor dem Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen, im März 2002, wurde in Berlin „SelbstAktiv – das Netzwerk behinderter Menschen in der SPD“ gegründet. Im März 2007 wurde auch in Schleswig-Holstein das Netzwerk SelbstAktiv ins Leben gerufen. Jetzt im Jahre 2012 haben wir uns zu einer Arbeitsgemeinschaft innerhalb der SPD weiterentwickelt. In den vergangenen zwei Jahren haben Gerhard Schmitz (Flensburg) und Rolf Dieter Oster (Niebüll) intensiv in enger Zusammenarbeit mit dem Bundessprecher Karl Finke (Hannover) daraufhin gearbeitet, dass die Statuten (Satzung) der SPD so geändert wurden, dass sich das Netzwerk zur Arbeitsgemeinschaft wandeln konnte.

Gespräche mit den Mitgliedern des SPD-Landesvorstandes und mit Ralf Stegner wurden geführt. Darüber hinaus haben wir uns im Netzwerk mit diversen Beiträgen an Veranstaltungen sowie Texten beteiligt. Besonders schwer war es aber, Genossinnen und Genossen für die Arbeit des Netzwerkes zu gewinnen. Zeitweise standen Gerhard Schmitz und Rolf Dieter Oster kurz davor festzustellen, dass es innerhalb des SPD-Landesverbandes so gut wie unmöglich ist, Genossinnen und Genossen mit Behinderungen zu motivieren sich zu engagieren.

Erst die Beschlüsse von Berlin gaben wieder Mut und Hoffnung, dass es für SelbstAktiv noch eine Überlebenschance gibt. Somit wurde zur Gründungsversammlung am 30. November 2012 nach Husum eingeladen. Der Einladung folgten 15 Genossinnen und Genossen, hinzu kam dass spontan zwei weitere interessierte Gäste ihren Eintritt in die SPD erklärten. Als Versammlungsleiter konnte Rolf Dieter Oster somit Peter Hansen und Benjamin Grunewald in der SPD herzlich willkommen heißen. Aus den nun 17 Genossinnen und Genossen ist es gelungen einen 11-köpfigen Landesvorstand zu wählen. Zum Landesvorsitzenden wurde der Flensburger Gerhard Schmitz gewählt. Ihm stehen Peter Engel aus Kaltenkirchen und Lothar Heinen aus Heiligenhafen als seine Stellvertreter zur Seite. Wolfgang Baasch aus Lübeck unterstützt den Vorstand als Schriftführer.

Die politische Arbeit wurde gleich in der Gründungsversammlung aufgenommen indem die ersten drei Anträge beraten und beschlossen wurden.

Im Antrag 1 ging es darum, dass die AG SelbstAktiv mit angemessenen finanziellen Mitteln ausgestattet wird und eine 12%-Quote bei Wahlen für Menschen mit Behinderungen berücksichtigt werden soll. Der Antrag 2 war dem barrierefreien ÖPNV gewidmet und der Antrag 3 befasste sich mit barrierefreiem Brandschutz. Der Antrag 1 wurde gemäß Beschluss an Ralf Stegner zur Befassung im Landesvorstand in der ersten Landesvorstandssitzung persönlich übergeben.

In seiner zweiten Sitzung am 27. Februar 2013 wurde der Antrag 2 modifiziert und an den Landesparteitag weitergeleitet.

Wir werden zur treibenden Kraft zur Einhaltung und Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und zur Einhaltung der Rechte von Menschen mit Behinderungen in unserem SPD Landesverband werden.



Gerhard Schmitz, Landesvorsitzender
E-Mail: gerhard_schmitz_1959@web.de
Wolfgang Baasch, Schriftführer
E-Mail: W.Baasch@spd.ltsh.de

Arbeitsgemeinschaft SPD 60plus



Im ersten Jahr des Berichtszeitraumes war ein Schwerpunkt des Engagements der AG 60plus die Mitarbeit der Landesvorstandsmitglieder in den Kreisverbänden der AG 60plus, unter anderem bei Veranstaltungen über bezahlbaren Wohnraum, Pflege im Alter oder auch Bezahlbarkeit von Gesundheitsleistungen.

Die Bundeskonferenz, auf der wir uns inhaltlich und personell einbrachten, fand am 31.08./01.09.2011 in Berlin statt. Mit Gesche Peters sind wir erneut im Bundesvorstand vertreten.

Ein Hauptthema auf der Bundeskonferenz war die Neuordnung der Parteiorganisation.

Im Jahr 2011 stand der „Tag der älteren Generation“ unter dem Motto „Gesund und sicher leben“. Auf der Veranstaltung des Landesverbandes „Familiensommer“ 2011 beteiligte sich die AG 60plus aktiv mit einem Stand. Der Hit war das Dosenwerfen.

Im Januar 2012 wurde das langjährige Vorstandsmitglied Detlef von Schlieben (KI), der aus familiären Gründen ausschied, mit Dank verabschiedet.

Im zweiten Jahr des Berichtszeitraumes war der Schwerpunkt unserer Arbeit die tatkräftige Unterstützung bei den unterschiedlichsten Veranstaltungen zur Landtagswahl im Mai 2012 - ob auf Marktständen oder bei der Verteilung von Flyern.

Bei den Koalitionsverhandlungen war die AG 60plus durch Gertrud Ehrenreich für den Bereich „Soziales und Gesundheit“ vertreten.

Am 26. September 2012 fand die ordentliche Landeskonferenz mit Gästen und 106 (möglich 115) Delegierten in Neumünster statt. Das Thema lautete: „Demographischer Wandel – Wir mischen uns ein!“. Andreas Hering, Landesvorsitzender der ASG, hielt ein Referat: „Ist Gesundheit noch bezahlbar?“. Vor den Vorstandswahlen wurden die ausscheidenden Landesvorstands-Mitglieder Gertrud Ehrenreich, Gesche Peters und Bernd Grothkopp mit Dank verabschiedet. Die Vorsitzende Gertrud Ehrenreich stellte sich aus gesundheitlichen Gründen nicht zur Wiederwahl.

Zur neuen Landesvorsitzenden wurde Anke Rönnau (NF) gewählt. Die weiteren acht gleichberechtigten Beisitzerinnen/Beisitzer sind: Aletta Thies (DI), Erika Wallbaum (PI), Hans-Peter Iversen (LAU), Arno Jahner (NMS), Bernhard Fleischer (RD-ECK), Siegfried Reuter (OH), Erika Wolletz (SL-FL), Gerd Brüning (STO). Im Bundesausschuss sind wir mit Anke Rönnau und Erika Wallbaum vertreten.

Anke Rönnau verabschiedete Gertrud Ehrenreich mit großem Dank für ihren langjährigen, unermüdelichen Einsatz in der Gesundheits- und Sozialpolitik in der SPD. Gertrud Ehrenreich war seit 1997 Mitglied des Landesvorstandes der AG 60plus und seit 2006 Vorsitzende.

Der konstruktive Austausch mit dem AK Soziales der Landtagsfraktion fand regelmäßig statt. Im

Altenparlament 2012 wurde Anträgen der AG 60plus zugestimmt, wie zum Beispiel zur Energiekostensenkung, zum Erhalt der Mehrgenerationenhäuser in den Kommunen.

Demographischer Wandel – Wir mischen uns ein!

- Wir werden den anstehenden Kommunal- und Bundestagswahlkampf aktiv begleiten.
- Wir wollen die Vernetzung der 60plus-Vorstände der Nordschiene fortsetzen.
- Wir werden weiter im Landesvorstand AG 60plus aktuelle politische Themen mit Fachleuten erörtern.

Anke Rönnau, Landesvorsitzende (Foto rechts)
E-Mail: anke.roennau@googlemail.com



Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)

Auf unserer Landeskonferenz am 26. März 2011 in Eutin wurden personelle und inhaltliche Weichen für die nächsten zwei Jahre gestellt. Die AfA sprach sich für eine zustimmende und damit zukunftsweisende Begleitung der Fehmarn-Belt-Querung aus. In weiteren Beschlüssen wird die Stadtregionalbahn im Großraum Kiel unterstützt und gesetzliche Initiativen gegen Leiharbeit und prekäre Arbeit gefordert.

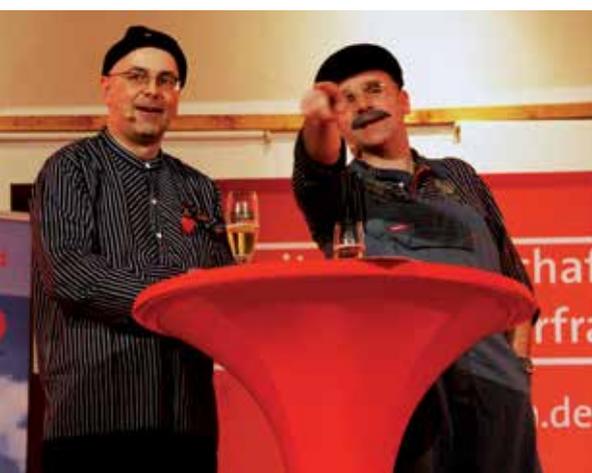
Es fanden in dem Zeitraum 13 Landesvorstandssitzungen statt. Bis auf Nordfriesland haben wir in allen Kreisen Kreisvorstände bzw. aktive AfA-Vertreter als Ansprechpartner und Multiplikatoren. Aktiv eingemischt haben wir uns in die Erarbeitung des Wahlprogramms zur Landtagswahl und waren in der Programmkommission mit unserem Landesvorsitzenden Wolfgang Mädler und dem DGB-Regionvorsitzenden Ralph Müller-Beck auch prominent vertreten.

In den Koalitionsrunden mischte unser Landesvorsitzender aktiv mit und die Inhalte im Programm und Koalitionsvertrag mit Tariftreuegesetz, Mindestlohninitiative, Mitbestimmung ausbauen, Stadtregionalbahn aktiv unterstützen, Gute Arbeit Index in SH umsetzen - um nur einige der wichtigen Themen zu benennen - sprechen für die erfolgreiche Mitarbeit.

Die Landtagswahl in 2012 und die erforderliche Oberbürgermeisterinnen-Wahl in Kiel hat der AfA-Landesverband mit Betriebsterminen, eigenen Veranstaltungen und Anzeigen unterstützt.

Mit den Staatssekretären aus dem Wirtschafts- und Sozialministerium wurden Landesvorstandssitzungen durchgeführt und ein guter Arbeitskontakt hergestellt.

Die AfA-Nord-Regionalkonferenz der fünf Landesverbände stand ganz im Zeichen der Landtagswahl. Sie fand am 31. März 2012 in Bad Oldesloe mit dem Wirtschaftswissenschaftler Rudolf Hickel, dem Spitzenkandidaten Torsten Albig und dem Landesvorsitzenden Ralf Stegner statt. Zum Thema „Mobilität in Norddeutschland“ richtete der Hamburger AfA-Landesverband am 19. November 2011 eine Regionalkonferenz aus, an der wir mit zwölf Teilnehmern teilgenommen haben.



Der 14., 15. und 16. Politische Aschermittwoch waren wieder politische wie karnevalistische Höhepunkte in Zusammenarbeit mit dem SPD-Landesverband und der Kreispartei Dithmarschen.

Sven Zylla und Jörn Thießen haben die Abende professionell moderiert. Andrea Ypsilanti in 2011, Torsten Albig in 2012 und Sönke Rix in 2013 waren die „spitzen Zungen“ des Politischen Aschermittwochs.

Foto: Torsten Albig und „Fischer Kay“ beim pol. Aschermittwoch 2012

Mit zehn Delegierten haben wir uns an der AfA-Bundeskonferenz vom 20.-22. April 2012 in Bonn-Bad Godesberg beteiligt. Im Bundesvorstand sind wir erneut mit Almut Auerbach und im Bundesausschuss mit Wolfgang Mädels vertreten.

Auch in 2011 und 2012 haben wir gemeinsam mit der Landespartei Arbeitnehmer/innen-Empfänger zum 1. Mai veranstaltet. Ab 2013 wird dieser wieder auf Versprechen des Spitzenkandidaten vom Ministerpräsidenten Torsten Albig durchgeführt.

Wolfgang Mädels, Landesvorsitzender
E-Mail: awm.klausdorf@t-online.de
Tel.: 0431 - 799 25 05
www.afa.spd-net-sh.de



Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)

Der Landesvorstand der AfB SH wurde im November 2011 fast vollständig neu gewählt. Nun ist dabei besonders die breite inhaltliche Aufstellung sehr erfreulich von Allgemeinbildenden Schulen (Ulf Daude) über Berufliche Bildung & Übergänge (Karla Schmerfeld und Manfred Marwede), Hochschulen (Benjamin Raschke), Bildung und Bildungsstrukturen in der Kommune (Thomas Bultjer, Wolfgang Kruse), Frühkindliche Bildung (Sabine Devich-Henningsen), Elternarbeit (Thomas Waskow) bis Lehrkräfte(aus)bildung (Tim Papenfuß).

In diesen Bereichen sind wir aktiv durch Veranstaltungen, Beratungen und die Teilnahmen an Diskussionsrunden. Regelmäßig nahmen wir an den Sitzungen des SPD-Landesvorstandes, des AK Bildung der Landtagsfraktion sowie deren Veranstaltungen im Bildungsbereich teil.

Wir haben uns aktiv in der Bundes-AfB engagiert und sind hier mit dem Thema „Gute Ganztagschulen“ aktiv. Zurzeit arbeiten wir an einem regelmäßigen Treffen der AfB in den Nord-Bundesländern zur Bildung einer regelmäßigen Kooperation.

Die AfB SH lädt an jedem zweiten Mittwoch im Monat zu den Treffen des Vorstandes ein. Hier diskutieren wir aktuelle Themen, planen unsere Aktivitäten oder laden ExpertInnen aus dem Bildungsbereich zu Fachgesprächen ein. Diese Treffen finden entweder in der SPD Landesgeschäftsstelle in Kiel oder vor Ort in den Kreisen statt. Diese Treffen sind offen für alle bildungsinteressierten GenossInnen sowie auch interessierte Menschen ohne Parteimitgliedschaft. Wir laden dazu über unseren Email-Verteiler sowie über die Kreisgeschäftsstellen der SPD SH ein.

Bisheriger Höhepunkt war unsere Landeskonzferenz 2012 in Husum zum Thema „Schulpsychologie als Unterstützungssystem für die Schule der Zukunft“. Hier haben wir uns mit Experten über den Stand und den Handlungsbedarf in Schleswig-Holstein beraten lassen sowie Forderungen für die professionelle Weiterentwicklung unserer Schulen entwickelt.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Förderung der Inklusion in Schleswig-Holstein. Neben Diskussionen und Fachgesprächen mit Betroffenen zur Umgestaltung der bisherigen Förderschulen haben wir uns mit den Landeselternbeiräten getroffen, um gemeinsame Wege zur Förderung der Inklusion zu entwickeln und diese zu einer Selbstverständlichkeit zu machen. Dieser Prozess läuft aktuell weiter. Intensiv haben wir uns auch mit der beruflichen Bildung und besonders der Förderung der Regionalen Bildungszentren (RBZ) sowie der Übergangssysteme im Schulsystem bis in die Berufsausbildung sowie Universität beschäftigt.

Besonderen Raum nahmen weiterhin die Diskussionen und Anträge zum Regierungsprogramm für die Landtagswahl 2012 sowie die Koalitionsverhandlungen ein, an denen wir direkt in der Arbeitsgruppe Bildung beteiligt waren.

Zur Vorbereitung der Kommunalwahl 2013 haben wir den SPD-Kreisverbänden Diskussionsabende angeboten, zu denen wir die Genossinnen und Genossen vor Ort gemeinsam einladen, um über „Gute Bildung in der Kommune“ zu sprechen und Inhalte für die Wahlprogramme zu entwickeln.

Die Verankerung der AfB in den Kreisen sowie die direkte Kooperation mit den Parteigliederungen liegen uns weiterhin sehr am Herzen. Durch unsere Aktivitäten konnten wir neue AfB-Kreisverbände bei der Gründung unterstützen sowie Impulse für die Arbeit der bereits aktiven AfBen vor Ort geben. Auch bekommen wir regelmäßig Anstöße und Rückmeldungen aus den Kreis-AfBen, die wir direkt in unsere Arbeit aufnehmen.

Gerne stehen wir auch weiterhin allen Parteigliederungen mit Rat und Tat zur Seite und bedanken uns für die Unterstützung!

Ulf Daude, Landesvorsitzender
E-Mail: daude@gmx.de
www.afb-sh.de



Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD (AGS)



Auf der ordentlichen Landeskonferenz im Herbst 2011 in Elmshorn wurde ein neuer Landesvorstand gewählt. Dem Vorsitzenden Guenther Hansen aus Kiel stehen Peter Gottschalk, Christian Schröder und Dr. Birgit Malecha-Nissen als stellvertretende Vorsitzende zur Seite. Weitere Vorstandsmitglieder sind Dr. Imke Feierabend, Sven Kaerkes (auch AGS-Bundesvorsitzender), Kai-Olaf von Wolff, Gerd Brüning und Markus Sawade.

Im Vordergrund unserer Arbeit standen Gespräche mit Vertretern von Verbänden und Netzwerken, insbesondere IHK und den Handwerkskammern Schleswig-Holstein.

Neben der aktiven Mitarbeit in den Gremien der Bundes-AGS waren die Landtagswahlen mit der Unterstützung von Torsten Albig Schwerpunkte unserer Arbeit. Zum Landesparteitag und zum Bundeskongress hat die AGS zahlreiche Anträge zur Wirtschaftspolitik eingebracht.

Weitere Aktivitäten: Gespräche mit Dr. Ralf Stegner, Wirtschaftsminister Reinhard Meyer und dem wirtschaftspolitischen Sprecher der Landtagsfraktion, Olaf Schulze, in Sachen Wirtschaftspolitik sowie Teilnahmen an den Treffen aller Landes-AGs und am AK Wirtschaft.

In 2013 wird sich der AGS-Landesvorstand neben dem wirtschaftspolitischen Tagesgeschäft schwerpunktmäßig mit den Themen Demographischer Wandel sowie Mittelstandsfinanzierung, Soloselbständige und Netze beschäftigen. In diesem Zusammenhang sind auch diverse Betriebsbesichtigungen und Veranstaltungen vorgesehen, im Mittelpunkt steht da der Mittelstandstag am 5. Juni 2013 in Neumünster.

Im kommenden Bundestagswahlkampf wird die AGS Peer Steinbrück und Birgit Malecha-Nissen ganz besonders unterstützen.

Seit Anfang 2012 ist die neue Webseite der AGS im Internet, über die Interessierte in einen interaktiven Dialog mit dem Vorstand eintreten können.

Ein besonderer Dank gilt Kai-Olaf von Wolff und seinen Mitstreitern für die erfolgreiche Gründung der AGS Elmshorn.

E-Mail: presse@AGS-Schleswig-Holstein.de
www.ag-schleswig-holstein.de

Die letzten beiden Jahre waren für die ASF durch die zunehmend enge Vernetzung mit der Bundesebene und mit den anderen AGs im SPD-Landesverband geprägt – sowie seit Mai 2012 auch mit einer endlich wieder sozialdemokratisch geführten Landesregierung. Daraus ergaben sich vielfältige Anregungen für eine gerechtere Politik vor Ort und für die Gleichstellung zwischen Frauen und Männern.

Insbesondere konnte die ASF folgende Beschlüsse durchsetzen:

1. Der „Reißverschluss“ auf Wahllisten wurde auf dem SPD-Bundesparteitag vom Dezember 2011 angenommen und hat überdies bei Landtags- und bevorstehender Bundestagswahl zu einer eindrucksvollen Zunahme weiblicher Direktkandidaturen geführt. Unser Ziel ist volle Parität von Frauen und Männern in allen Wahlkreisen und auf sämtlichen Listen!
2. „Gender Budgeting“ als Haushaltsprinzip wurde ins SPD-Programm zur Landtagswahl aufgenommen und ist infolgedessen Bestandteil des Koalitionsvertrages – gilt aber folglich auch für Kreise und Kommunen!
3. Die Anti-Diskriminierungsstelle auf Landesebene, zugleich mit der ASF von Jusos und einigen Kreisverbänden gefordert, kam ebenfalls ins Wahlprogramm und konnte am 11. Februar dieses Jahres ihre Arbeit aufnehmen.

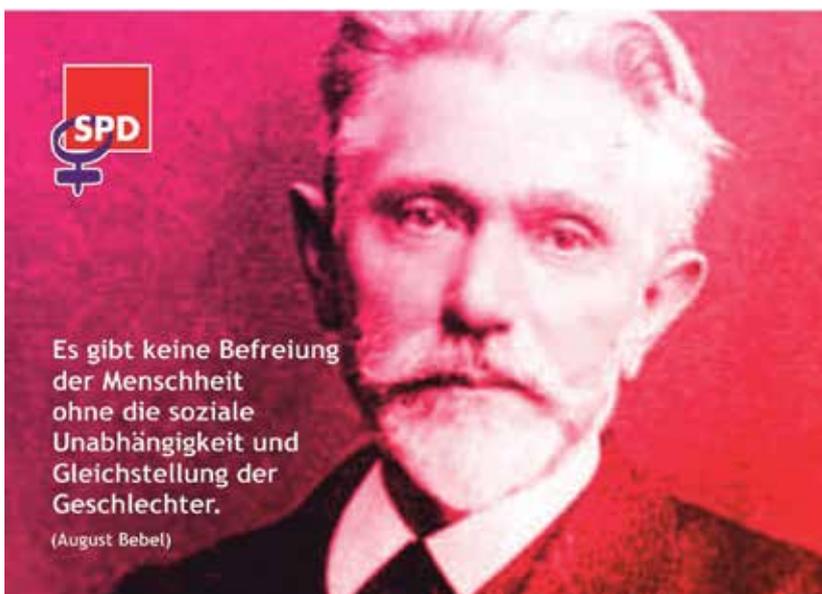
Auf unserer Landeskonferenz 2011 hatten sich den Delegierten vierzehn (!) Direkt- und Listenkandidatinnen zur Landtagswahl vorgestellt. Nicht alle schafften es ins Parlament, aber alle profitierten von der konsequenten Unterstützung der ASF. Dies gilt auch weiterhin und beruht nach unserer Erwartung auf Gegenseitigkeit.

Auf der Landeskonferenz 2012 war Sozialministerin Kristin Alheit bei der ASF zu Gast. Einer offenen und ergiebigen Debatte folgten ambitionierte Beschlüsse: Endlich geht es mit Gleichstellungspolitik, Gewaltschutz und Frauenförderung im Land wieder aufwärts – statt wie unter CDU und FDP stetig bergab!

Als Vorsitzende wurde Cornelia Östreich einstimmig wiedergewählt; Stellvertreterinnen sind Ulrike Opravil und Annette Schlichter-Schenck, Schriftführerin ist Gerlinde Böttcher, Beisitzerinnen sind Viola Blankenhagen, Christiane Buhl, Sabine Gilleßen, Barbara Philipsen und Karin Thissen.

Zur Kommunalwahl 2013 versandte die ASF ein Memorandum an alle SPD-Kreisverbände, um bei der Erstellung eines gleichstellungspolitischen Programmteils „auf der Höhe der Zeit“ behilflich zu sein. Darüber hinaus wird vor Ort erheblicher Einsatz bei Kandidatinnenfindung und Wahlkampf geleistet.

Die ASF ist Mitglied im Landesfrauenrat und steht in ständigem Austausch mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Gleichstellungsbeauftragten, sowie mit Frauenhäusern und –beratungsstellen.



Cornelia Östreich, Landesvorsitzende
E-Mail: c-t.oestreich@t-online.de
<http://www.spd-net-sh.de/asf/>

Bild links:
Postkartenausschnitt aus einer 4er-Postkartenreihe der Landes-ASF zum Bebeljahr und 150-jährigem Jubiläum der SPD in 2013

Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokraten/innen im Gesundheitswesen (ASG)



In der ASG engagieren sich Genossinnen und Genossen aus den Bereichen Medizin, Pflege, Wohlfahrtsverbänden, Krankenhäuser und Krankenversicherungen.

Sie nehmen gesundheitspolitische Aufgaben in der Partei und in der Öffentlichkeit wahr und tragen zur gesundheitspolitischen Meinungsbildung in der SPD und in der Gesellschaft bei.

Die ASG Schleswig-Holstein hat sich in den letzten zwei Jahren mit den vielfältigen Veränderungen des Gesundheitswesens insgesamt und vor allem in Bezug auf die gesundheitliche Versorgung in Schleswig-Holstein beschäftigt. Im Mittelpunkt stand dabei die Verbesserung der Situation in der stationären und ambulanten Versorgung vor allem im Bereich der Pflege.

Darüber hinaus hat sich die ASG Schleswig-Holstein im vorgezogenen Landtagswahlkampf engagiert. Im Mittelpunkt der Aktivitäten der ASG standen zahlreiche Diskussionsveranstaltungen zum Thema Bürgerversicherung in den Kreisverbänden. Die ASG hat auch an der Erstellung des Wahlprogramms zur Landtagswahl 2012 mitgewirkt und sich an der Diskussion zur Einrichtung einer Pflegekammer in Schleswig-Holstein beteiligt.

Unter dem Motto „ASG vor Ort“ wurden Landesvorstandssitzungen bei der Fachhochschule Kiel zum Thema „Akademisierung der Gesundheitsberufe“ und beim Hausarztnetz (HANN) in Norderstedt durchgeführt.

Im Mai 2011 fand in Neumünster gemeinsam mit der stellvertretenden Parteivorsitzenden und Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Manuela Schwesig, sowie der stellvertretenden Vorsitzenden des Pflegerates Schleswig-Holstein, Iris Gebh, eine landesweite Diskussionsveranstaltung zum Thema „Gute Pflege für Schleswig-Holstein“ statt.

An der ordentlichen ASG-Landeskonferenz am 10. November 2012 nahm Staatssekretärin Anette Langner teil. Kernthema war die Vorstellung der aktuellen gesundheitspolitischen Vorhaben der neuen Landesregierung. Im Amt des ASG-Landesvorsitzenden wurde der Neumünsteraner Fraktionsvorsitzende Andreas Hering bestätigt. Zu den beiden Stellvertretern wurden Dr. Karin Thissen aus Itzehoe und Reiner Schramm aus Rendsburg gewählt. Beisitzer im ASG-Landesvorstand sind Klaus Brose, Juliane Dürkop, Dennis Giesfeldt, Sabrina Jacob, Michael Parbs-Dalitz, Michael Saitner, Sarah Stöltzing und Frank Vilsmaier.

Dr. Wolfgang Wodarg und Ingrid Rehwinkel vertreten die ASG Schleswig-Holstein im ASG-Bundesvorstand.

Andreas Hering, ASG-Landesvorsitzender
Telefon: 04321 - 400912
E-Mail: andreas-hering@foni.net
Homepage: www.asg.spd.de

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (AsJ)

Auf der Landeskonferenz der AsJ am 30. November 2011 konstituierte sich ein neuer Vorstand. Als Vorsitzender wurde Christian Feist (KV Kiel) gewählt. Als weitere stellvertretende Vorsitzende wurden gewählt: Yilmaz Algin, Fiete Kalscheuer, Henning Groskreutz, Tobias Köpke, Andy Mitterer, Thomas Rother und Michael Saitner. Henning Groskreutz gehört umzugsbedingt dem Landesverband nicht mehr an, so dass auch sein Vorstandsamt nicht mehr besteht.

Der Landesvorstand trifft sich regelmäßig zu parteiöffentlichen Vorstandssitzungen, an denen auch rege Teilnahmen durch Nichtvorstandsmitglieder zu verzeichnen sind.

Die AsJ wurde aufgefordert, im Rahmen der Beratungen des Entwurfs des Therapieunterbringungsgesetzes im Innen- und Rechtsausschuss des Landtages eine Stellungnahme abzugeben. Dies geschah mit Schreiben vom 4. März 2012 an den Vorsitzenden des Innen- und Rechtsausschusses. Die AsJ wies darauf hin, dass die Übertragung der Durchführung der Therapieunterbringung auf Krankenhäuser, die in privatrechtlicher Trägerschaft sind, verfassungsrechtlich bedenklich erscheint vor dem Hintergrund neuerer Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Zulässigkeit der Durchführung des Maßregelvollzuges in Krankenhäusern in privater Trägerschaft.



Am 18. April 2012 führte die AsJ eine Diskussionsveranstaltung in Lübeck im Hogeus durch mit dem Titel: "Wer schützt die Opfer? Tatvermeidung und Opferschutz". Die Veranstaltung wurde von Christian Feist moderiert. Mit dem Publikum diskutierten nach einem Grußwort von Thomas Rother Uwe Döring, Ulrike Stahlmann-Liebelt, Oberstaatsanwältin aus Flensburg und Prof. Dr. Hartmut Bosinski, Leiter der Sektion für Sexualmedizin des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein. Die Veranstaltung wurde allgemein von den Diskutantinnen und Diskutanten und auch vom Publikum positiv und die Diskussion als befruchtend bewertet.

Für die AsJ wurden Christian Feist und Andy Mitterer bei den Koalitionsverhandlungen in der internen Arbeitsgruppe beratend hinzugezogen.

Geplant sind ein Seminar in der Gustav-Heinemann Bildungsstätte zum Thema „Selbstverwaltung der Justiz“ und eine Podiumsdiskussion zum Thema „Zwangsbehandlung geschlossen untergebrachter psychisch kranker Patienten“.

Die AsJ versteht sich als parteiinternes Expertennetzwerk für die Bereiche Inneres und Justiz, will aber auch als Arbeitsgemeinschaft nach außen treten und rechtspolitische Themen in ein über die Partei hinausgehendes Forum hineinragen. Es sind daher alle interessierten Genossinnen und Genossen eingeladen, sich einzubringen.

Christian Feist, Landesvorsitzender
E-Mail: feistchristian@web.de

Jusos in der SPD



Die Jusos in Schleswig-Holstein haben sich in den beiden letzten Jahren wieder vielfältig in die politische Arbeit der Partei eingebracht und zugleich eigene Akzente als eigenständiger, politischer Jugendverband gesetzt.

So besuchten wir im August 2011 die irische Labour Youth mit einer kleinen Delegation, der Gegenbesuch in Schleswig-Holstein fand im Mai 2012 statt. In 2011 und 2012 fanden wieder unsere Roten Wochenenden statt, bei denen viele Jusos aus dem ganzen Land an verschiedenen Themen unserer Projektgruppen arbeiteten. Während wir uns im Jahr 2011 mit den Themen Ausbildung, „Junge Kreative“, Netzpolitik und Integration beschäftigten, standen 2012 jeweils zwei innenpolitische („Partizipation in unserer Parteiendemokratie“ und „Wirtschaft sozial gestalten“) und zwei außenpolitische Arbeitsbereiche („Europa und Türkei – wie geht es weiter?“ und „Von Skandinavien lernen“) an. Zudem fand das Juso-Sommerncamp 2011 auf Sylt und 2012 am Großen Segeberger See wieder großen Zuspruch. Dort nutzten wir neben der inhaltlichen Arbeit auch die Gelegenheit, in zahlreichen Schulungsangeboten unsere Mitglieder fit im Umgang mit dem politischen Handwerkszeug zu machen.

Seit Jahren pflegen wir gute Kontakte zu unserer dänischen Partnerorganisation sowie zu Juso-Verbänden im baltischen Raum. So konnten wir wieder mehrfach Gäste aus diesen Organisationen willkommen heißen und nahmen selbst an Tagungen im Baltikum teil. Außerdem beschäftigten wir uns im Rahmen der Projektgruppen mit sozial- und arbeitsmarktpolitischen, sowie bildungs- und wirtschaftspolitischen Fragestellungen in Bezug auf den Ostseeraum.

Der Landtagswahlkampf 2012 nahm viel Raum in der Arbeit der Jusos im Land ein. Mit einer eigenen Kampagne zur Bildungspolitik sowie vielen Aktionsideen, die in Form von Wahlkampf-Modulen durch die Juso-Kreisverbände reisten, setzen wir im Wahlkampf viele Akzente.

In die anschließenden Koalitionsverhandlungen brachten wir uns gemeinsam mit der Grünen Jugend und der Jugend im SSW mit einem eigenen Forderungspapier in die Gespräche ein und konnten für uns wichtige Themen wie die Einführung des Wahlalters ab 16 für Landtagswahlen oder der Kennzeichnungspflicht für Polizist_innen und viele weitere durchsetzen. Mit Tobias von Pein, den wir als unseren ‚Jugendspitzenkandidaten‘ unterstützt haben, konnten wir zudem einen aktiven Juso in den Landtag bringen.

Im Winter 2012 starteten wir unsere Minister_innen-Gespräche, bei denen wir mit „unseren“ Minister_innen in lockerer Atmosphäre über ihre Ressorts diskutierten. Auch konnten wir während des Roten Wochenendes in Plön im Oktober 2012 Torsten Albig über die ersten Wochen der Regierungsarbeit befragen.

Mit Bezug zum Parteijubiläum führten wir während unserer Seminarveranstaltungen „Grundwerte-Dialoge“ durch, bei denen wir unsere Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität auf den Prüfstand stellten.

Mit eigenen Projekten zur Asyl- und Integrationspolitik sowie im Kampf gegen Rechts arbeiteten wir in für uns zwei wichtigen Feldern. So besuchten wir unter anderem das Abschiebungsgefängnis in Rendsburg und beteiligten uns an Anti-Nazi-Demos im ganzen Land.

Auf der Landeskonferenz am 2. und 3. März 2013 in Bad Oldesloe wurde der Juso-Landesvorstand neu gewählt. Ihm gehören an: Alexander Wagner (Landesvorsitzender), Felix Deutschmann, Christopher-Daniel Gregorczyk, Gamze Özdemir, Christian Nissen, Sophia Schiebe, Simone Weigel (stellvertretende Landesvorsitzende). Zudem beschloss der Landesverband ein umfangreiches Arbeitsprogramm, in dem die Kommunal- und Bundestagswahlen einen zentralen Stellenwert einnehmen. Inhaltlich arbeitet der Juso-Landesverband im Jahr 2013 in vier Projekten an den Themen Umwelt- und Energiepolitik, organisierte Kriminalität, Demokratisierung der EU und Pflege.

www.jusos-sh.de
kontakt@jusos-sh.de



Arbeitskreis „Digitale Gesellschaft“

Der Arbeitskreis Digitale Gesellschaft (AK) unterstützt die SPD Schleswig-Holstein darin, die Positionierung zu Einzel- und Grundsatzfragen der digitalen Gesellschaft vorzubereiten. Der AK wurde auf Beschluss des Landesparteitags 2010 gegründet.

Mit seinem Grundsatzprogramm hat der AK die Grundwerte der SPD auf die Herausforderungen der digitalen Gesellschaft übertragen. Es zeigt sich, dass sozialdemokratische Netzpolitik ganzheitliche Gesellschaftspolitik sein muss, und keine Klientelpolitik für bloße Teile unserer Gesellschaft werden darf. Das Grundsatzprogramm wurde vom Landesparteirat zustimmend zur Kenntnis genommen und stellt damit die Grundposition der SPD Schleswig-Holstein zu Fragen der digitalen Gesellschaft dar.

Mit der Vorratsdatenspeicherung hat der AK eines der immer wiederkehrenden, brennenden Themen intensiv diskutiert und auch hierfür eine Positionierung der SPD Schleswig-Holstein vorbereitet. Der Antrag des Arbeitskreises strebt eine Abkehr von der bisherigen Praxis der Vorratsdatenspeicherung an. Er zeigt an deren Stelle ein Modell auf, wie eine effektive und mit den Grundrechten vereinbare Strafverfolgung im Internet ausgestaltet werden sollte. Eine personelle Auszehrung bei Wirtschaftsaufsicht, Polizei und Strafverfolgung darf nicht durch Maßnahmen vorbeugender allgemeiner Grundrechtsbeschränkung auch noch strukturell verfestigt werden. Der Antrag wurde vom Landesparteirat übernommen und beschlossen, er wurde sinngemäß Teil des Regierungsprogramms.

Der AK hat eine Positionierung zum „Leistungsschutzrecht für Presseverleger“ erarbeitet und veröffentlicht. Diese wurde von einigen Initiativen, die sich kritisch mit dieser Art von Leistungsschutzrecht auseinandersetzen, positiv aufgenommen. Er kann als Grundlage für eine weitere Diskussion auf Bundesebene dienen.

Der AK hat Ideen in das Wahlprogramm und Hintergrundmaterial sowie Textvorschläge in den Koalitionsvertrag eingebracht.

Aktuell erarbeiten wir ein Konzept zur Umsetzung neuer Formen der öffentlichen Verwaltung. Die Schlagworte „OpenData“, „OpenGovernment“ und „eGovernment“ wollen wir mit sozialdemokratischen Inhalten füllen.

Der AK hat eine eigene digitale Infrastruktur aufgebaut, über die er selbst seine Arbeit erledigt. Alle zwei Monate treffen wir uns. In der Zwischenzeit nutzen wir Mailinglisten, unser Wiki und Etherpads, um Texte wie diesen gemeinsam zu erstellen und zu diskutieren. Wir experimentieren unter anderem mit Video- und Audiokonferenzen und Software zur Diskussion von Anträgen. Diese Infrastruktur wird inzwischen auch über Schleswig-Holstein hinaus genutzt. Bewährtes wollen wir als „digitale Geschäftsstelle“ zusammen mit dem Landesverband den Gliederungen der SPD Schleswig-Holstein zur Verfügung stellen.

Wer sich über den Arbeitskreis Digitale Gesellschaft informieren möchte oder Interesse an einer Mitarbeit hat, findet alle hier erwähnten Informationen unter <https://akdigitalegesellschaft.de>.

Unser Sprecher Sven Thomsen ist unter sven@akdigitalegesellschaft.de zu erreichen.

Arbeitskreis „SPD, Kirchen & Religionsgemeinschaften“

Der SprecherInnenkreis des Arbeitskreises in der Zusammensetzung Dirk Albat, Willi Bargmann, Beate Bäumer, Rolf Fischer, Reinhard Haack, Ulrich Kattau, Waltraud Kortum, Gesa Langfeldt, Sigrid Lescow, Pastor Joachim Liß-Walther, Serpil Midyatli, Gerhard Nowak, Klaus-Dieter Raddatz, Gundula Raupach, Klaus Roettgering, Pastor Oliver Stabenow, OKR. a. D. Kurt Triebel und Karsten Veth wurde auf der Vollversammlung am 29. Oktober 2011 in Einfeld gewählt.

Unser Gedenken gilt in diesem Bericht in besonderer Weise Alfred Schulz, gestorben am 25. Juli 2011. Er hat im Jahre 1976 noch als Landtags-Vizepräsident den Arbeitskreis als „Gesprächskreis SPD/Kirche (Ev.)“ ins Leben gerufen und dem SprecherInnenkreis den Namen gegeben. Bis in das Jahr 2008 war er AK-Sprecher. Er hat die jüdisch-christlichen Wurzeln, auf denen wir auch als SPD stehen, das christlich-jüdische Erbe eingeschlossen, gelebt. Wir danken ihm für die vielen Jahre aktiver, diskussionsfreudiger Zusammenarbeit. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der SprecherInnenkreis hat sich in den vergangenen zwei Jahren regelmäßig getroffen und eine Reihe von Initiativen auf den Weg gebracht. Er hielt zudem kontinuierlich Kontakt zu den Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie zu den SPD-Gremien auf Bundes- und Landesebene. Über den kirchenpolitischen Sprecher Rolf Fischer bestand bis zur erfolgreichen Landtagswahl 2012 Kontakt zur Landtagsfraktion, durch Serpil Midyatli zum Landesvorstand und zum AK Migration. Nachdem Rolf Fischer als Staatssekretär in die Landesregierung eintrat, übernahm Bernd Heinemann als Landtags-Vizepräsident und religionspolitischer Sprecher seine Nachfolge in unserem SprecherInnenkreis. Im Berichtszeitraum fanden fünfzehn Sitzungen des SprecherInnenkreises überwiegend im Haus des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt (KDA) in Kiel statt.

Themen, Schwerpunkte, Politik

1. Seminare: Wir führen zurzeit keine Seminare durch.

2. Sonstige vom AK durchgeführte bzw. begleitete Veranstaltungen:

- 29.08.11: Themenabend: „Religionsunterricht – heute und morgen“.
- 29.10.11: Mitgliederversammlung in der Ev. Luth. Kirchengemeinde in Neumünster-Einfeld mit der Wahl des SprecherInnenkreises.
- 16.01.12: Monika Neht, KDA, referierte zu „Tarife oder der dritte Weg“ – Unterschiede und Gemeinsamkeiten im kirchlichen Arbeitsrecht in den Landeskirchen und bei der Diakonie.
- 11.6.12: Beate Bäumer berichtet vom Katholikentag in Mannheim.
- 24.9.12: Eckehard Raupach stellte den Armuts- und Reichtumsbericht S-H vor, der unter dem Motto „Einen neuen Aufbruch wagen“ stand.
- 01.10.12: Gemeinsame Sitzung mit der AG Migration und Vielfalt in Neumünster.
- 02.11.12: Fachgespräch: „Religionsunterricht - heute und morgen?“ Moderation Rolf Fischer, Nordelbisches Zentrum.

3. Veranstaltungen, an denen Mitglieder des SprecherInnenkreises teilnahmen:

- 08.04.11: „Brauchen wir eine neue Balance von Staat, Kirchen und Religionsgemeinschaften?“ Veranstaltung des AKC im Reichstagsgebäude/Berlin mit der SPD-Bundestagsfraktion.
- Mai 2011: Evangelischer Kirchentag in Dresden.
- 20.03.12: Podiumsdiskussion: „Solidarität - ein demokratischer Eckstein unserer Gesellschaft“ mit Maria Jepsen, Ralf Stegner und Rolf Fischer; Atelierhaus im Ansharpark Kiel.
- 23.03.12: „Gut leben bis zuletzt! Was brauchen wir für ein gutes Miteinander der Generationen?“ Veranstaltung des AKC im Reichstagsgebäude/Berlin mit der SPD-Bundestagsfraktion.
- 12.06.12: 50-jähriges Jubiläum der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Schleswig-Holstein e.V. im Landeshaus.

Wir danken Rolf Fischer für die konstruktive und engagierte Zusammenarbeit. Wir wünschen ihm Freude und Erfolg in seinen neuen Aufgaben und Gottes Segen.

Willi Bargmann und Gundula Raupach, Sprecher/in „SPD, Kirchen & Religionsgemeinschaften“
E-Mail: willi.bargmannmx.de, gundula.raupach@xs2web.de

FOREN

umWeltforum

Das umWeltforum ist nach dem Parteitag in Husum 2011 vom neu gewählten Landesvorstand wieder förmlich eingesetzt worden. Damit genießt es die Rechte nach §10, 2 Organisationsstatut (Antrags- und Rederecht auf Landesparteitagen).

Das umWeltforum organisiert sich in einer „Lenkungsgruppe“, der als Sprecher Stefan Bolln, Sandra Redmann und Olaf Schulze, Eckart Kuhlwein als „Geschäftsführer“ sowie Jürgen Strack als Webmaster angehören. Zu Sitzungen der Lenkungsgruppe werden regelmäßig weitere interessierte Mitglieder des ufo eingeladen. Die Gruppe hat sich im Berichtszeitraum siebenmal getroffen.

Im August 2011 haben wir in Ahrensburg das 15-jährige Bestehen des umWeltforums mit einer Wanderung mit Ralf Stegner und einem kleinen Festakt gefeiert, auf dem wir die Gründungsmitglieder Ulrike Mehl, Wolfgang Vogel, Jürgen Blucha, Marion Wecken, Hans-Jörg Lüth, Hans Ewers, Konrad Nabel, Eckart Kuhlwein und Irene Schöne geehrt haben.

Für das Regierungsprogramm 2012-2017 hat das umWeltforum ein Ergänzungspapier zu den Themen Umwelt- und Naturschutz sowie Ländliche Räume vorgelegt, das in die Koalitionsverhandlungen einbezogen wurde. Vorlage waren unsere Beschlüsse der vergangenen Jahre zum Umwelt- und Naturschutz sowie zur nachhaltigen Entwicklung. Als Grundlage für die Kommunalwahlen 2013 hat das umWeltforum unter der Überschrift „Lebensland Schleswig-Holstein“ eine Reihe von umweltpolitischen Vorschlägen für die Kommunalpolitik erarbeitet und verteilt.

Das umWeltforum hat sich im November 2012 aktiv an einer Veranstaltung der Landtagsfraktion mit Nina Scheer zur Energiepolitik beteiligt, an der auch viele Wissenschaftler teilgenommen haben. Nina Scheer hat für das umWeltforum einen Antrag zum Bundesparteitag erarbeitet – Überschrift „Sicher, sauber, bezahlbar“ und zur Diskussion gestellt. Das umWeltforum hat unter der Regie von Nina Scheer eine Reihe von Veranstaltungen zur kommunalen Energieversorgung mit Stadtwerken organisiert. Die Zusammenarbeit mit der SGK ist bei manchen unserer Initiativen noch verbesserungsfähig.

Das umWeltforum hat eine Initiative gestartet, um unsere Kommunalpolitik noch stärker für das „Bündnis Kommunen für biologische Vielfalt“ zu begeistern. In Schleswig-Holstein gehören Kiel, Lübeck, Rendsburg, Eckernförde, Ratekau und Preetz zu den Gründungsmitgliedern, eine Reihe anderer Kommunen hat die Deklaration unterschrieben. Am 2. März 2013 haben wir zum Thema in Neumünster einen Workshop veranstaltet (Foto).



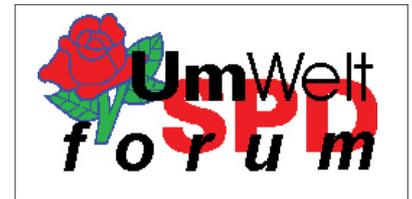
Weitere Themen, an denen das umWeltforum gearbeitet hat: Knickschutz, Glyphosat, Rolle des Kleingartenwesens für die biologische Vielfalt, Fracking (mit einem ufo-Arbeitspapier für die Fraktion und der Frage, ob diese Technik nicht gegen Art. 20 GG verstößt), Ausbau des Stromnetzes und Bürgerbeteiligung.

Friedrich-Carl Wodarz leitet einen Arbeitskreis innerhalb des ufos, der sich schwerpunktmäßig auf Fragen der Landwirtschaft (Ländliche Räume), Verbraucher und Fischerei konzentriert. Der AK trifft sich drei- bis viermal im Jahr, meistens in Neumünster, informiert sich und diskutiert über Themen der o. a. Politikfelder. Gemeinsam ist den Mitgliedern des AK das Interesse an der Thematik, es gehören aber auch ausgewiesene Fachleute wie z.B. praktizierende Landwirte, Landschaftsplaner und

Wissenschaftler dazu. Dabei wird großer Wert auf die Zusammenarbeit mit den Fachpolitikern unserer Partei gelegt, deshalb gibt es enge Kontakte zu Ulrike Rodust, MdEP, und Kirsten Eickhoff-Weber, MdL. Neben dem reinen Informationsaustausch werden auch Stellungnahmen und Positionspapiere, so zum Beispiel zur EU-Fischereipolitik, zur Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik, zur Ökoforschung in Schleswig-Holstein oder zur Schweinswalproblematik erarbeitet.

Eckart Kuhlwein für das umWeltforum
Friedrich-Carl Wodarz für den AK Ländliche Räume im ufo
(E-Mail: af.wodarz@web.de)

umweltforum@spd-sh.de
www.spd-ufo-sh.de



Europaforum

Die Wirtschafts- und Währungskrise hat es deutlich gemacht: Die Europäische Union ist die einzige Chance, das Primat der Politik in der Globalisierung zu bewahren und eine Politik zu verwirklichen, die im Interesse der Menschen ist und unsere natürlichen Lebensgrundlagen bewahrt. Nicht weniger, sondern mehr Europa ist notwendig. An dieser Leitlinie hat sich die Arbeit des Europaforums der SPD SH in den letzten beiden Jahren orientiert:

Willi Piecyk-Preis

Im August 2011 wurde in der Gustav Heinemann-Bildungsstätte in Bad Malente erstmals der von uns initiierte Willi Piecyk-Preis verliehen. Bewerben konnten sich Jugendliche, Schulen, Jugendorganisationen und -vereine, die mit ihren Projekten für die Idee des gemeinsamen europäischen Zusammenwirkens geworben oder diese mit Leben erfüllt haben. Die Jury zeichnete vier Projekte aus, der 1. Preis ging an das Projekt „Blick über den Zaun“, Haus für Jugend und Familie Gemeinde Ahrensbök. Im August dieses Jahres wird der Willi Piecyk-Preis zum zweiten Mal verliehen. Dabei sollen Initiativen oder Personen ausgezeichnet werden, die sich für ein verstärktes europäisches Miteinander und das gegenseitige Verstehen einsetzen.

Ostseezusammenarbeit

Ein weiterer Schwerpunkt war die Diskussion des SPD-Wahlprogramms für die Landtagswahl im Jahr 2012. Wir haben als Europaforum zahlreiche Anträge zu diesem Themenfeld eingebracht, insbesondere zur Wiederbelebung der Ostseezusammenarbeit. Gemeinsam u. a. mit Anette Langner und Franz Thönnies haben wir ein Papier „Für eine neue Architektur der Ostseepolitik“ erarbeitet und im Landtagswahlkampf öffentlich vorgestellt. Aus dem Papier sind Kernpunkte nicht nur in unser Landtagswahlprogramm sondern auch in den Koalitionsvertrag eingeflossen. Leider ist es aber nicht gelungen, einen sozialdemokratischen Europaminister durchzusetzen. Umso wichtiger ist die enge Zusammenarbeit und Vernetzung der „sozialdemokratischen Europa- und Ostseeaktivisten“ im Lande aus Partei, Landtagsfraktion und der Bundestagsfraktion. Dazu haben wir den regelmäßig tagenden Gesprächskreis Ostsee initiiert. Darüber hinaus wurden die Kontakte zur AG Europa /AK Soziales der SPD- Landtagsfraktion fortgesetzt und intensiviert.

In Zukunft wollen wir als Europaforum die direkten Kontakte zu Parteiorganisationen im Ostseeraum (Dänemark, Südschweden) beleben.

Europäische Diskussionen

Im September 2011 hat in Zusammenarbeit mit unserer Europaabgeordneten Ulrike Rodust das Europaseminar in Bad Malente zum Thema „Euphorie – global denken – europäisch handeln“ stattgefunden.

Im Februar 2012 haben wir gemeinsam mit dem Bundestagsabgeordneten Sönke Rix für etwa 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus Partei und Europaunion eine europapolitisch ausgerichtete

Berlinfahrt durchgeführt.

Wir haben das Papier der Parlamentarischen Linken "Vision Europa" im Europaforum und mit Carsten Sieling, MdB, als einem der Autoren diskutiert und unsere Anregungen und Vorschläge dazu der PL zukommen lassen und auf unserer Website zur Diskussion gestellt.

Der Vorstand des Europaforums wurde im Januar 2013 neu gewählt (siehe Foto).

Einstimmig in seinem Amt als Sprecher bestätigt wurde Martin Tretbar-Endres aus Rendsburg. Ihm zur Seite stehen: Jeanette Borntträger (Pinneberg), Gesa Grube (Kiel), Gabriele Heidelmann (Wohltorf, Hzgt. Lauenburg), Enrico Kreft und Gerhard Tartemann (beide Lübeck). In den Vorstand kooptiert wurden Regina Poersch als Sprecherin der AG Europa der SPD-Landtagsfraktion und die Europaabgeordnete Ulrike Rodust.



Wer bei uns mitarbeiten möchte oder Interesse an weiteren Informationen hat:

www.spd-net-sh.de/europaforum oder
E-Mail: martin.tretbar-endres@gmx.de



Forum Familie

Das Forum Familie hat sich im Berichtszeitraum in erster Linie mit der Erarbeitung eines Positionspapiers „Jugend-, Kinder-, und Familienpolitik“ beschäftigt und sich damit an der Debatte um unser Regierungsprogramm und den Koalitionsvertrag beteiligt.

Im März 2012 gab es in Zusammenarbeit mit der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte das Seminar „Wir machen Politik! Seminar für Frauen und Alleinerziehende“ – eine viel beachtete Veranstaltung, die wir auf jeden Fall wiederholen wollen.

Unser Jahreshöhepunkt – der Familiensommer – ist 2012 leider ausgefallen. Die vorgezogene Landtagwahl hat so viele Kräfte gebunden, dass diese Veranstaltung nicht auch noch zu stemmen gewesen wäre.

Ich bedanke mich herzlich bei Gesa Tralau, die trotz mancher gesundheitlicher Rückschläge daran gearbeitet hat, dass die Arbeit in den entscheidenden Momenten fortgesetzt werden konnte. Das Forum Familie stellt sich zurzeit nach zwei schwierigen Jahren neu auf.

Denn wichtig und zentral sind die Themen Familie, Senioren, Frauen und Jugend nach wie vor.

Sönke Rix

www.spd-net-sh.de/forumfamilie



Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik e.V.

40 Jahre SGK in Schleswig-Holstein

Herausragendes Ereignis bei der SGK in Schleswig-Holstein waren die Feierlichkeiten zum 40-jährigen Bestehen. Am 8. September 2012 im Ständesaal des Schleswiger Rathauses konnte unser neuer Ministerpräsident Torsten Albig vor vielen Gästen und Mitgliedern in seinem Vortrag „Ein starkes Land braucht starke Kommunen“ die besondere Verbundenheit und Wertschätzung der neuen Landesregierung gegenüber den Kommunen hervorheben. Im Laufe des Festtages wurden dann der SGK-Vorsitzende Andreas Breitner und sein Stellvertreter Torsten Albig mit regional gefüllten Präsentkörben von allen Mitgliedern des SGK-Landesvorstandes verabschiedet. Zum neuen Vorsitzenden der SGK-Schleswig-Holstein wurde fast einstimmig (eine Gegenstimme) Dr. Andreas Koeppen, Bürgermeister der Stadt Itzehoe, gewählt.

Veränderungen in der Öffentlichkeitsarbeit

Im Berichtszeitraum konnten wieder jährlich vier Ausgaben der Regionalausgabe der DEMO an unsere SGK-Mitglieder verteilt werden. Dies wurde durch Verhandlungen mit dem Vorwärtsverlag und durch die Solidarität der anderen Landes-SGKs finanziell ermöglicht.

Weitere Aktivitäten

Die Landes-SGK hat sich an allen Vorstandssitzungen der Bundes-SGK, den Arbeitskreisen auf Bundesebene sowie den Geschäftsführertagungen beteiligt. Auf den monatlichen Vorstandssitzungen und den Klausurtagungen haben wir uns mit folgenden Themen befasst:

- kommunaler Finanzausgleich
- Änderung der Gemeindeordnung/ Amtsordnung
- Koalitionsvertrag (Schleswig-Holstein-Ampel)
- Kommunalpolitische Leitlinien des SPD-Landesverbandes
- Volksbegehren „Mehr Demokratie“ -Bürgerbegehren und Bürgerentscheid
- Verschuldung der Kommunen
- Schule - Was macht der Bund? Was macht das Land? Was kann die Gemeinde machen?
- Änderung der Gemeindeordnung/ Amtsordnung
- Energiewende in den Kommunen
- Schulkostenbeiträge
- Landtagsstellungen zum Ehrenamt, zur Weiterentwicklung der Kommunalverfassung und zur Stärkung der kommunalen Bürgerbeteiligung

Durch die verbesserte Zusammenarbeit mit der SPD-Landtagsfraktion konnte der Informationsfluss erheblich verbessert werden, besonders MdL Thomas Rother und MdL Dr. Kai Dolgner haben regelmäßig auf den Vorstandssitzungen zur Diskussion zur Verfügung gestanden. Auch Harald Rentsch als ehemaliger Geschäftsführer des Städteverbandes und Mitglied im Vorstand der Bundes-SGK konnte durch seine Beiträge und kommunalrechtlichen Einschätzungen den Diskussionsstand des SGK-Landesvorstandes erheblich verbessern.

Der Erfahrungsaustausch zwischen den hauptamtlichen SPD-Bürgermeistern und -Bürgermeisterinnen findet regelmäßig zweimal im Jahr statt.

Im Juni 2011 hatte die SGK zu einer Fachtagung zur Weiterentwicklung der Kommunalverfassung nach Neumünster eingeladen.

Bürgermeisterwahlen

Thies Thiessen betreibt nach wie vor die Findung und Beratung von Kandidatinnen und Kandidaten für die Bürgermeisterdirektwahlen. Die Ortsvereine und Fraktionen hat er im Berichtszeitraum bei der Kampagnenplanung und Umsetzung der Wahlkampfaktivitäten unterstützt. Besonders erfolgreich und bundesweit beachtet war die Bürgermeisterwahl in Timmendorfer Strand, bei der Hatice

Kara gegen starke konservative Konkurrenz mit fast 63% das Bürgermeisterinnenamt erringen konnte. Die SGK veranstaltet im halbjährigen Rhythmus gemeinsam mit der Firma „Metaplan“ Seminare zum Thema Bürgermeisterwahl.

SGK-Schleswig-Holstein
Vorsitzender Dr. Andreas Koeppen
Geschäftsführer Thies Thiessen und Gerhard Schulz
E-Mail: SGK-Landesverband-SH@spd.de
www.spd-net-sh.de/sgk



Veranstaltung zum Jubiläum 40 Jahre SGK

DIE ARBEIT DER SPD-LANDTAGSFRAKTION

Von Birgit Herdejürgen, parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Landtagsfraktion

Der Berichtszeitraum umfasst die letzten Monate als Oppositionsfraktion, die Vorbereitung auf die vorgezogene Landtagswahl im Mai 2012 und die Konstituierung und Arbeit innerhalb der neuen Koalition mit Bündnis 90/Die Grünen und SSW wieder als regierungstragende Fraktion. Seit dem Urteil des Landesverfassungsgerichts und der Festsetzung des Termins der Landtagswahl hat sich die Fraktion verstärkt darauf konzentriert, sich als Alternative zu Schwarz-Gelb zu profilieren. Die Mitglieder der Fraktion waren ebenfalls in den umfangreichen Beteiligungsverfahren zur Erarbeitung des Wahlprogramms eingebunden. Offenbar konnten wir überzeugend den Politikwechsel für unser Land beschreiben. Das Ergebnis der Landtagswahl und die Wahl von Torsten Albig zum Ministerpräsidenten waren unser aller Erfolg.

Bis zum Mai 2012 führte Ralf Stegner die Fraktion. Dem Geschäftsführenden Vorstand gehörten zudem an: Siegrid Tenor-Alschausky (Stellvertretende Vorsitzende), Peter Eichstädt (Stellvertreter) und Birgit Herdejürgen (Stellvertreterin und Vorsitzende AK Finanzen) sowie Jürgen Weber als Parlamentarischer Geschäftsführer. Kooptiert war die Landtagsvizepräsidentin Gitta Trauernicht. Mit dem Beginn der neuen Legislaturperiode setzt sich der Geschäftsführende Fraktionsvorstand wie folgt zusammen: Ralf Stegner (Vorsitzender), Serpil Midyatli (Stellvertreterin), Martin Habersaat (Stellvertreter und Vorsitzender AK Bildung), Gitta Trauernicht (Stellvertreterin) und Birgit Herdejürgen (Parlamentarische Geschäftsführerin). An den Sitzungen nimmt Bernd Heinemann als Landtagsvizepräsident beratend teil.

Dem Fraktionsvorstand gehören zusätzlich die Vorsitzenden der Facharbeitskreise an: Wolfgang Baasch (Soziales und Europa), Kai Dolgner (Innen und Recht), Sandra Redmann (Umwelt und Energie), Olaf Schulze (Wirtschaft und Verkehr), Lars Winter (Finanzen). Mit Peter Eichstädt (Soziales) und Thomas Rother (Finanzen) stellt die Fraktion zwei Ausschussvorsitzende.

Der folgende Bericht konzentriert sich auf die Arbeit der aktuellen Fraktion, da wir nun die Forderungen und Konzepte, die wir in Oppositionszeiten erarbeitet haben wieder in reale Politik umsetzen können. Dies tut die Fraktion selbstbewusst und kompetent. Wir haben einige neue Mitglieder, die sich schnell und mit hoher Fachlichkeit in die einzelnen Arbeitsfelder eingearbeitet haben und als wichtige Gesprächspartner für Vereine, Verbände und Institutionen inzwischen etabliert sind. Damit ergibt sich für die Fraktion ein guter Mix aus Erfahrung und neuen Impulsen.

Unsere Arbeitsbereiche im einzelnen:

Bildung

Die Bildungspolitik war und ist erklärter Schwerpunkt unserer Arbeit. Wir setzen einerseits auf einen breiten Dialog mit allen Beteiligten, mussten aber auch einige der verqueren Weichenstellungen der Vorgängerregierung zügig wieder zurück stellen. FDP und CDU wollten den Weg zu längerem gemeinsamen Lernen wieder umdrehen und haben damit alle Beteiligten vor Ort, die sich mit engagierter Arbeit auf neue Konzepte binnendifferenzierten Lernens eingelassen haben, vor den Kopf gestoßen.

Wir wollen, dass endlich Ruhe an den Schulen einkehrt und dass die Perspektiven klar erkennbar sind. Die Familien brauchen Verlässlichkeit und Planungssicherheit. In Schleswig-Holstein führen drei Wege zum Abitur: Gymnasien bieten das Abitur in acht Jahren an, Gemeinschaftsschulen in neun Jahren und die beruflichen Schulen. Um nicht zusätzliche Unruhe zu produzieren, sichern wir bestehenden G9-Gymnasien jedoch Bestandsschutz. Damit das Konzept der Binnendifferenzierung umgesetzt werden kann, haben wir die Differenzierungsstunden für Gemeinschaftsschulen wieder heraufgesetzt. An Gemeinschaftsschulen sollen keine abschlussbezogenen Klassen eingerichtet werden dürfen. All dies sind Ergebnisse mehrerer Bildungskonferenzen, die von den Beteiligten mit großer Mehrheit getragen werden.

Mit einem Vorschaltgesetz zum Schulgesetz haben wir verhindert, dass weitere G9- oder GY-Gymnasien genehmigt werden müssen. Darüber hinaus haben wir nun die Einrichtung von Oberstufen an Gemeinschaftsschulen möglich gemacht. Weitere Änderungen werden die Ergebnisse der Diskussionen aufgreifen, darunter: die Schule im Dorf, Übergänge zwischen den Schulen, eine Reform der Lehrerausbildung und Inklusion.

Im Hochschulbereich haben wir zur Verbesserung der Studienbedingungen ein Sondervermögen für die energetische Sanierung von Hochschulbauten mit 40 Mio. Euro eingerichtet. Außerdem haben wir die Schaffung von studentischem Wohnraum mit zusätzlichen 600.000 € für das Studentenwerk eingeleitet.

Soziales

Bildung beginnt natürlich schon viel früher. Daher ist die Ausbau der Kinderbetreuung eines unserer wichtigsten Ziele. Wir haben uns dafür eingesetzt, die Kommunen dabei zu unterstützen. Während Schwarz-Gelb geradewegs auf eine Klage zusteuerte, hat die neue Landesregierung mit den kommunalen Spitzenverbänden eine Einigung erzielt, die Familien hilft und die Kommunen entlastet. Das Land wird ab August 2013 die Mehrkosten für die Betreuung von Kindern zwischen einem und drei Jahren übernehmen. Dies hat die Fraktion mit ihrem Beschluss zum Haushalt vollzogen.

Neben unserem Engagement für mehr Bildungsgerechtigkeit haben wir auch die Entwicklungen im Blick, die durch demografische Veränderungen immer dringender werden. Alle Prognosen sagen, dass die Anzahl der Pflegebedürftigen steigt. Da wir schon jetzt einen Mangel an Pflegekräften haben, müssen wir dringend handeln. Wir wünschen uns eine kostenlose Ausbildung in der Alten- und Krankenpflege, eine Pflegekammer und eine Berufsordnung für Pflegeberufe. Dies arbeiten wir nach und nach ab. Die rechtlichen Voraussetzungen zur Schaffung einer Pflegekammer sind bereits geschlossen.

Für das Ausbildungsjahr 2013 fördern wir 200 zusätzliche Ausbildungsplätze aus Landesmitteln, 2014 sollen 200 weitere dazukommen. Wir werden prüfen, ob wir für die Finanzierung der Ausbildung eine Ausbildungsumlage der Betriebe erhalten. Wir setzen uns dafür ein, dass der Bund dauerhaft das 3. Ausbildungsjahr bei Umschülern zu Pflegefachkräften unterstützt.

Mit dem Entwurf eines Gesetzes zum Mindestlohn, wollen wir die Möglichkeit schaffen, Zuwendungsempfänger des Landes auf bestimmte Standards bei der Entlohnung von Angestellten zu verpflichten.

Weitere Themen, die wir aufgegriffen und auch mit entsprechenden Haushaltsbeschlüssen unterlegt haben sind: die Stärkung des Kinderschutzes, die Förderung der Freiwilligendienste, die Verbesserung der Arbeit der Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen sowie die Anhebung des Landesblindengeldes. Für uns ist Sozialpolitik eben kein Kostenfaktor sondern eine Herzensangelegenheit.



Arbeit, Wirtschaft und Verkehr

Die Fortführung der großen Infrastrukturprojekte Schleswig-Holsteins war uns in den Koalitionsverhandlungen sehr wichtig. Mit den gefundenen Vereinbarungen können die Planungen weitergeführt werden. Nun kommt es darauf an, dass der Bund seiner Pflicht zur Finanzierung von A20, die Hinterlandanbindung der Fehmarn-Belt-Querung und des lange überfälligen Ausbaus im Bereich des Nord-Ostsee-Kanals (NOK) nachkommt.

Der NOK ist nicht nur für Schleswig-Holstein wichtig. Ein Großteil des Umschlages im Hamburger Hafen hängt vom Ausbau und der Sanierung der meistbefahrenen künstlichen Wasserstraße der Welt ab. Trotz vollmundiger Ankündigungen des Bundesverkehrsministers und pressewirksamer Spatenstiche mit dem Ex-Wirtschaftsminister De Jager im Landtagswahlkampf ist bisher nichts passiert. Mit der Anmeldung zum Bundesverkehrswegeplan hat die Landesregierung dem NOK höchste Priorität eingeräumt.

Im Bereich der Fehmarn-Belt-Querung verstehen wir uns weiterhin als „Anwälte der Region“, um zu zufriedenstellenden Lösungen für die Bürgerinnen und Bürger zu kommen.

In der Wirtschaftsförderung ist ein Umsteuerungsprozess angeschoben. Förderung ohne Struktur nach dem Windhundverfahren wird es nicht mehr geben. Wir arbeiten gemeinsam mit dem Ministerium an neuen Strukturen, Kriterien der Vergabe und einem Schwenk von der Subventionierung einzelner Unternehmen zu verstärkter Infrastrukturförderung. Dabei wird die Diskussion in das Jahr 2014 mit der neuen EU-Förderperiode hineinreichen.

Der Schwerpunkt Gute Arbeit begleitet uns schon viele Jahre und nimmt nun endlich Gestalt an. Nach umfangreichen Diskussionen und Anhörungen wird im April ein Tariftreuegesetz verabschiedet, welches für öffentliche Aufträge sicherstellt, dass der Wettbewerb über Qualität und nicht über Lohndumping stattfindet. Auch der kommunale Bereich wird mit dem Gesetz eingebunden. Die Arbeit an einem Mindestlohngesetz haben wir bereits begonnen.

Der Tourismus ist für Schleswig-Holstein ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Wir stehen in Konkurrenz mit anderen norddeutschen Bundesländern. Eine Tourismusoffensive organisiert sich nicht von allein. Für eine landesweit abgestimmte Marketingstrategie spielt die Tourismusagentur Schleswig-Holstein (TASH) eine tragende Rolle. Mit dem Haushalt 2013 wird die TASH wieder auf dem Niveau des vereinbarten Konzeptes gefördert.

Energie, Umwelt und Landwirtschaft

Der Ausbau der erneuerbaren Energien steht für uns ganz oben auf der Agenda. Daher ist erfreulich, dass weitere Windeignungsflächen ausgewiesen werden können. Wir unterstützen die Kommunen bei der konkreten Ausweisung in den Regionalplänen.

Wir halten riskante Technologien, die weiterhin die Nutzung fossiler Energieträger in den Mittelpunkt stellen, für rückwärtsgerichtet und wenig zielführend. Wir lehnen Fracking und CCS-Speicherung ab und haben im Landtag entsprechende Beschlüsse gefasst, die im Bundesrat für entsprechende Mehrheit werben. Die Schwarz-Gelben Pläne sind unsachgemäß und werden von uns daher abgelehnt.

Bildung ist auch im Umweltbereich unser zentrales Anliegen. Deshalb haben wir u.a. die Mittel für das Freiwillige Ökologische Jahr wieder aufgestockt, um in Schleswig-Holstein wieder Vorbild im Bereich des FÖJ zu sein. Die Förderung der Umweltbildung haben wir gestärkt. Sie ist ein wichtiges Instrument, um frühzeitig für Natur und Artenschutz zu sensibilisieren.

Wir setzen uns für eine verantwortungsvolle und nachhaltige Landwirtschaft ein. Wir unterstützen die Ökologisierung der Gemeinsamen Agrarpolitik in der EU und haben die Beibehaltungsförderung im ökologischen Landbau wieder eingeführt.

Finanzen

Auch wir sind selbstverständlich in unserer Arbeit durch den Rahmen beschränkt, den uns die Schuldenbremse lässt. Um die Konsolidierungshilfen des Bundes in Höhe von jährlich 80 Mio. € zu erhalten, müssen wir gegenüber dem Stabilitätsrat dokumentieren, mit welchen konkreten Maßnahmen wir die Haushaltskonsolidierung vorantreiben werden.

Wir haben mit unserem Haushalt 2013 jedoch gezeigt, dass die ungerechten Maßnahmen von CDU und FDP keinesfalls alternativlos waren. Eine nachhaltige Entwicklung im Sinne von Generationengerechtigkeit kann nicht nur die reinen Zahlen, sondern muss immer auch die mittel- und langfristigen Wirkungen im Blick haben, auch unter finanziellen Gesichtspunkten. Die Menschen in Schleswig-Holstein sehen die Notwendigkeit von Kürzungen, um auch den nachfolgenden Generationen Handlungsspielräume zu erhalten. Kürzungen, die für den Landeshaushalt nur marginale Entlastungen bringen aber Strukturen vor Ort zerstören, haben jedoch keinen Sinn.

Wir setzen auf Aufgabenkritik und Veränderungen in Verwaltungsstrukturen, um den notwendigen Personalabbau auch inhaltlich unterlegen zu können. Und natürlich werden auch wir nicht alles auf den Weg bringen können, was wünschenswert wäre. Daher arbeiten wir uns an den Prioritäten ab, die wir sowohl im Wahlprogramm wie auch im Koalitionsvertrag formuliert haben.

Wir haben ein Vorhaben sehr schnell auf den Weg bringen müssen, um Risiken abzuwenden, die uns CDU und FDP hinterlassen haben: die Änderung des Sparkassengesetzes. Nach unserer Auffassung hätte ein Einstieg der Hamburger Sparkasse nach altem Recht eine Gefährdung des bewährten bundesdeutschen 3-Säulen-Modells aus Sparkassen, Genossenschaftsbanken und privaten Geldinstituten bedeutet. Privatisierungen hätten die Gemeinwohlorientierung unserer Sparkassen gefährdet und wurden von uns ausgeschlossen. Diese Einschätzung teilen neben den kommunalen Spitzenverbänden auch der Sparkassen- und Giroverband.

Innen und Recht

Eine Novellierung des kommunalen Finanzausgleiches ist seit Langem überfällig. Dieser Prozess ist jetzt vom Innenminister angeschoben worden. Dabei geht es nicht darum, wie von der Opposition behauptet, Stadt und Land gegeneinander auszuspielen. Es geht vielmehr darum, nicht bestimmte Strukturen, sondern konkrete Aufgaben in den Vordergrund der Betrachtung zu stellen. Wir versprechen uns davon mehr Gerechtigkeit, Transparenz und Effizienz. Kommunen, die als Dienstleister für eine Region bestimmte Angebote vorhalten, müssen dafür die nötige finanzielle Ausstattung erhalten.

Wir haben in der Februarsitzung des Landtages ein Gesetz für mehr Bürgerbeteiligung verabschiedet, in dem die Quoren für die Einleitung eines Bürgerbegehrens gesenkt, die übrigen Zulässigkeitsvoraussetzungen vereinfacht und der Anwendungsbereich kommunaler Bürgerbeteiligung erweitert wurde. In dieser Änderung wird auch der § 47f zur Kinder- und Jugendbeteiligung wieder auf den Stand vor Schwarz-Gelb gebracht.

Ein Gesetzentwurf zum Mitbestimmungsgesetz, das die Verschlechterungen der Vorgängerregierung wieder rückgängig macht, ist im Verfahren.

Europa und Minderheiten

Nach Jahren der Blockade durch die CDU ist es endlich gelungen, die Sinti und Roma gleichberechtigt mit den anderen Minderheiten unter den Schutz der Landesverfassung zu stellen. Eine Fraktionsveranstaltung aus diesem Anlass hat beeindruckende Einblicke in den Alltag der in Schleswig-Holstein lebenden Sinti und Roma gegeben.

In der Minderheitenpolitik haben wir den Dialog neu eröffnet und Kürzungen zurückgenommen. Wir wollen zurück zu einer überparteilichen Minderheitenpolitik, die wieder durch Renate Schnack als bewährte Minderheitenbeauftragte unterstützt wird.

Wir führen als Fraktion die Veranstaltungsreihe „europa-akzente“ weiter. Mit Regina Poersch sind wir in Brüssel im Ausschuss der Regionen vertreten und an der Ostseeparlamentarierkonferenz und dem Parlamentsforum Südliche Ostsee beteiligt. Darüber können wir unsere Themen, wie beispielsweise die Ostseepolitik und die Nordseekooperation sowie die besondere Bedeutung der unterschiedlichen Facetten der Meerespolitik für Schleswig-Holstein befördern.

Dieser Bericht erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Wir haben in den vergangenen Monaten eine Reihe von Initiativen auf den Weg gebracht, die hier nicht explizit aufgeführt sind. Informationen zu den einzelnen Arbeitskreisen finden sich auf unserer Internetseite. Als regelmäßiger gegenseitiger Austausch hat sich unsere „Kommunale Runde“ bewährt, zu der wir weiterhin einladen werden. Sprecht uns an, wenn bestimmte Themen aus eurer Sicht behandelt werden sollen. Wir freuen uns auf die Diskussionen.

SPD-Landtagsfraktion
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel
Telefon: 0431-988-1312
Telefax: 0431-988-1313
E-Mail: info@spd.ltsh.de



Festveranstaltung der Landtagsfraktion zur Aufnahme der Sinti und Roma in die Landesverfassung



Fraktion vor Ort im Westklinikum Heide

DIE ARBEIT DER LANDESGRUPPE DER SPD-BUNDESTAGSABGEORDNETEN

Seit der Bundestagswahl 2009 ist die SPD Schleswig-Holstein nur noch mit sechs Abgeordneten im Bundestag vertreten. Damit alle Kreis- und Ortsverbände einen SPD-Bundestagsabgeordneten als Ansprechpartner haben, betreuen die Landesgruppenmitglieder zusätzlich zu ihren eigenen Wahlkreisen die vakanten Regionen.

Bei der Wahl des Vorstands im November 2011 wurden alle Abgeordneten in ihren bisherigen Ämtern bestätigt: Ernst Dieter Rossmann als Sprecher, Gabriele Hiller-Ohm als Stellvertreterin und Sönke Rix als Kassenwart.

Initiativen in der Opposition:

Ein wichtiges Instrument der Oppositionsarbeit sind die Fragen an die Bundesregierung, mit denen Abgeordnete mündlich oder schriftlich den Ministerien auf den Zahn fühlen können. Gemeinsam haben sich die sechs Abgeordneten der Landesgruppe Schleswig-Holstein in der SPD-Bundestagsfraktion dieses Instruments vor allem bedient, um den Fortgang wichtiger Verkehrsprojekte in Schleswig-Holstein zu hinterfragen. Zweimal war die unklare Finanzierung der geplanten Elbquerung im Zuge der A20 im Jahr 2012 Anlass einer konzertierten Frage-Aktion. Ein weiterer ausführlicher Fragenkatalog konfrontierte die Bundesregierung im Jahr 2011 mit dem skandalösen baulichen Zustand des Nord-Ostsee-Kanals und seiner Schleusen, die bei der Beantwortung ihre Untätigkeit in punkto Verbesserung der Situation nur schlecht kaschieren konnte. Drei Fraktion-vor-Ort-Veranstaltungen – in Brunsbüttel, in Rendsburg und in Kiel – hat die Landesgruppe im Zuge der Kampagne „SOS für den Nord-Ostsee-Kanal – Der Norden steht auf!“ in der zweiten Jahreshälfte 2011 auf die Beine gestellt und dabei hochrangige Vertreter von Reedereien, Logistikunternehmen, Hafenwirtschaft, Lotsenbruderschaften und Gewerkschaften für das gemeinsame Anliegen an einen Tisch gebracht. Die Landesgruppe bleibt dran an dem Thema: Ein weiterer Fragenkatalog in Form einer sogenannten Kleinen Anfrage zu den wichtigen großen Verkehrsprojekten in Schleswig-Holstein befindet sich zum Zeitpunkt der Berichtsabgabe (Ende Februar 2013) in Vorbereitung.

Weitere Schwerpunktthemen und Anlass für gemeinsame Initiativen der sechs SPD-Bundestagsabgeordneten aus Schleswig-Holstein während des Berichtszeitraums waren die mangelnde finanzielle Unterstützung der Minderheiten durch die Bundesregierung sowie die Energiepolitik, die bei vielen Frühstücksrunden mit Experten aus Fraktion und von Verbänden im Mittelpunkt stand.

Netzwerkpflege und Öffentlichkeitsarbeit:

Zu den Gesprächspartnern, die traditionell einmal im Jahr mit den Mitgliedern der Landesgruppe in Berlin zusammentreffen, gehören u.a. Gewerkschaftsvertreter, die Leitung der Arbeitsagentur Regionaldirektion Nord, Vertreter des Handwerks Schleswig-Holstein, der Vorstand der Deutsche Bahn AG und die Korrespondenten der Medien aus Norddeutschland. Auch der Bevollmächtigte der Stadt Hamburg beim Bund, Wolfgang Schmidt, war innerhalb des Berichtszeitraums zweimal zu einem Gespräch bei der Landesgruppe zu Gast.

Der sehr gute Kontakt zur Landespartei und Landtagsfraktion ist gewährleistet durch regelmäßige Besuche des Landes- und Fraktionsvorsitzenden Ralf Stegner bei der Landesgruppe in Berlin sowie des Landesgruppensprechers Ernst Dieter Rossmann bei der Landtagsfraktion und beim Landesparteirat in Kiel. Die Landesgruppe freut sich außerdem, seit der Regierungsübernahme der rot-grünen Küstenkoalition im vergangenen Jahr nun auch regelmäßig den Chef der Staatskanzlei und Bevollmächtigten des Landes Schleswig-Holstein beim Bund, Stefan Studt, bei ihrem Arbeitsfrühstück am Donnerstagmorgen in Sitzungswochen begrüßen zu können.

Um über bundespolitische Themen in den Wahlkreisen und Betreuungswahlkreisen zu informieren und diskutieren, bieten die Mitglieder der Landesgruppe jährlich rund 30 Fraktion-vor-Ort-Veranstaltungen zu aktuellen Themen an. Vierteljährlich veröffentlicht die Landesgruppe ihren Infobrief „Bundestag direkt“, der per E-Mail an die Mitglieder der SPD Schleswig-Holstein und weitere Interessenten versandt wird.

Die Referentin der Landesgruppe **Nadine Brockmann** ist erreichbar unter:
Tel.: 030/227-75318 und E-Mail: sh-lg.spd@bundestag.de

Die schleswig-holsteinische Landesgruppe v.l.n.r.:

Hans-Peter Bartels, Sönke Rix, Gabriele Hiller-Ohm, Ernst Dieter Rossmann, Bettina Hagedorn, Franz Thönnies



EINZELBERICHTE DER SPD-BUNDESTAGSABGEORDNETEN

DR. HANS-PETER BARTELS



Die zwei Jahre, über die hier Bericht zu erstatten ist, waren in Berlin geprägt durch das überaus vorsichtige Dahinstolpern der schwarz-gelben Koalition, deren Minister (und Bundespräsidenten) allerdings in beunruhigender Anzahl zurücktraten, und durch die europäische Schuldenkrise (Fiskalpakt, ESM, Griechenland, Spanien).

In meinem Arbeitsbereich Verteidigungspolitik ging und geht es weiterhin um die ziemlich schräg angelaufene Bundeswehrreform der Unionsminister Guttenberg/ deMaizière. Das ursprüngliche Ziel, damit Haushaltsmittel einzusparen, wurde inzwischen klammheimlich aufgegeben. Die überstürzte Aussetzung der Wehrpflicht, der ideologische Personalabbau im Zivilbereich und schwer nachvollziehbare Standortentscheidungen – von denen

Schleswig-Holstein überproportional stark betroffen ist – machen der Bundeswehr gegenwärtig mehr zu schaffen, als dass sie die Arbeit erleichtern würden. Viele Soldatinnen, Soldaten und Zivilbeschäftigte haben bis heute keine Sicherheit über ihre berufliche Zukunft. Wir setzen uns für eine intelligente Nachsteuerung der Reform ein.

Rüstungsexportbestrebungen Richtung Saudi-Arabien tritt die SPD entgegen. Darüber hinaus wollen wir mehr Transparenz über getroffene Exportgenehmigungen des Bundessicherheitsrats.

Der Kundus-Untersuchungsausschuss ging nach zwei Jahren mit teils wertvollen, teils zähen Zeugenbefragungen und breitem Aktenstudium unspektakulär zu Ende (beide Minister – Jung und Guttenberg – waren da schon zurückgetreten). Er stellt erstmals die Vorgänge in jenen Tagen um den 3./4. September 2009 öffentlich dar und zieht Konsequenzen für militärische Führung, Kommunikation und politische Leitung. Das Ergebnis lautet klar: Der Bombenabwurf war ein verhängnisvoller Fehler. Auch wenn es mühsam ist: Wir müssen uns im Bundestag diese Arbeit machen, weil die Bundeswehr aus gutem Grund eine „Parlamentsarmee“ sein soll.

Zu den Bundeswehreinsetzungen auf dem Balkan (Bosnien-Herzegowina: ausgelaufen, Kosovo: relativ

stabil), in Afghanistan (Reduzierung), im Sudan, vor der libanesischen Küste (Auftrag so gut wie erledigt, aber Präsenz gerade jetzt ganz nützlich), vor der Piratenküste Somalias (extremer Rückgang von Überfällen 2012) und im Mittelmeer (NATO-Bündnisfall Antiterror-Mission seit 2001, wir halten das inzwischen für überflüssig) kommt nun eine Verstärkung der Luftverteidigung unseres türkischen NATO-Partners an der Grenze zu Syrien (gegen eine mögliche Bedrohung durch Raketen mit C-Waffen) und der Unterstützungseinsatz in Mali, wo Deutschland und die EU den regionalen Akteuren – malische Armee und ECOWAS-Truppe unter UN-Mandat – helfen, das Land zu stabilisieren.

Auf Auslandsdienstreise war ich im Berichtszeitraum in Paris, Afghanistan, Neapel, Stavanger, Warschau, Indien und Zypern. Außerdem wieder in München bei den Sicherheitskonferenzen 2011 und 2012. Darüber hinaus habe ich im Inland viele Truppenteile und Bundeswehr- oder NATO-Dienststellen besucht.

Sehr freundlich aufgenommen wurde mein aktuelles sicherheitspolitisches Sachbuch „Wir sind die Guten“ (Vorwärts-Buchverlag, 160 Seiten, 10 Euro), das der SPD-Parteivorsitzende Sigmar Gabriel in Berlin vorstellte.

Der zweite Schwerpunkt meiner Arbeit in Berlin ist das Thema Demokratie, wozu es eine querschnittliche Fraktionsarbeitsgruppe gibt, die ich leite. Dort bereiten wir (nach dem entsprechenden Beschluss des Parteitags) nun eine konkrete Gesetzesinitiative zur Einführung von Volksentscheiden auf Bundesebene vor.

Zur fraktionsübergreifenden Einigung auf ein verfassungsgemäßes Bundestagswahlrecht gab es eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe, in der ich mitgewirkt habe. Im Ergebnis werden künftig Überhangmandate ein Wahlergebnis nicht mehr verzerren können, sondern vollständig ausgeglichen. Würde im konkreten Ergebnis 2013 das Parlament dadurch deutlich größer, könnte es noch einmal zu einer Wahlkreisreform kommen.

Weiter arbeite ich mit in der Netzwerk-Gruppe in der SPD-Fraktion, bin Mitherausgeber der Zeitschrift Berliner Republik, Mitglied in der Grundwertekommission des Parteivorstandes und in der SPD-„Küstengang“ (die wieder Anlass hat, sich mit höchstproblematischen CDU/CSU/FDP-Plänen zur Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung auseinanderzusetzen).

Weiterer Buchtipp: Das vorwärts-Liederbuch, herausgegeben von Klaus Wettig, Dennis Mitterer, mir u.a., 200 Seiten, 12,50 €.

Tel.: 030/227-77638, Fax: 030/227-76052

E-Mail: hans-peter.bartels@bundestag.de

Tel.: 0431/85331, Fax: 0431/8999900

www.hans-peter-bartels.de

BETTINA HAGEDORN



Seit 2002 vertrete ich im Bundestag den Wahlkreis 9 zwischen Fehmarn und Reinfeld und „betreue“ zusätzlich – trotz der großen Entfernung – seit 2009 gemeinsam mit Ernst-Dieter Rossmann den Kreis Dithmarschen. Seit 2009 gehöre ich dem SPD-Fraktionsvorstand an und bin seit 2005 stellv. Sprecherin der AG Kommunalpolitik und dort zuständig für den ländlichen Raum – das passt: denn von 1983 bis 2003 habe ich am Bungsberg aktiv Kommunalpolitik gemacht, war sechs Jahre ehrenamtliche Bürgermeisterin und Amtsvorsteherin.

Mein Motto ist und bleibt: „Stark im Handeln – nah bei den Menschen.“

In Berlin arbeite ich seit über 10 Jahren im Haushalts- und Rechnungsprüfungsausschuss. Seit 2009 bin ich nicht nur die stellvertretende Sprecherin

im Haushaltsausschuss für die SPD-Bundestagsfraktion, sondern vor allem als Hauptberichterstat-

terin für das Arbeits- und Sozialministerium verantwortlich für ca. 40 Prozent des gesamten Bundesetats. Das ist deshalb eine besonders spannende Aufgabe, weil ich damit für die Finanzierung der Bundesagentur für Arbeit, der JobCenter, der Sozial- und Rentenpolitik zuständig bin – also dem zentralen Konfliktfeld zwischen Regierung und Opposition, weil Schwarz-Gelb hier allein zu Lasten der aktiven Arbeitsmarktpolitik von 2011 bis 2016 sage und schreibe 36,5 Mrd. € im Bundeshaushalt und Finanzplan gekürzt hat. Folge: 17.000 Mitarbeiter bei der Bundesagentur für Arbeit und in den JobCentern sollen deshalb bis 2015 „abgebaut“ werden!

Aber mit leerem Budget und ohne engagierte Mitarbeiter kann der Kampf gegen die Langzeitarbeitslosigkeit und den Fachkräftemangel nicht gelingen. Diese katastrophale schwarz-gelbe Kahl-schlagpolitik geht zu Lasten derer, die sich am wenigsten wehren können: Langzeitarbeitslose, Alleinerziehende mit ihren Kindern, junge Menschen ohne ausreichende Qualifizierung, Ältere mit gesundheitlichen Handicaps und Menschen mit Behinderung oder Migrationshintergrund. Thema Rente: Ministerin von der Leyen thematisierte 2012 medienwirksam die „Altersarmut“, gab aber keine seriösen Antworten zu ihrer Bekämpfung. Sowohl ihre Vorschläge zur „Zuschussrente“ wie zur „Leistungsrente“ entpuppten sich als reine „Shownummer“, die im Koalitions-Hick-Hack rückstandslos begraben wurde. Stattdessen plünderte das Duo Merkel/Schäuble im Bundeshaushalt milliardenschwer sämtliche Sozialkassen zu Lasten nachhaltiger Zukunftsvorsorge. Eine solide, sozial verantwortliche Politik geht anders!

Als Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion im Rechnungsprüfungsausschuss und Hauptberichter-statterin für das Verkehrsressort kämpfe ich seit Jahren für eine starke Wasser- und Schifffahrtsver-waltung (WSV) in Schleswig- Holstein und für eine Gesamtfinanzierung für den Nord-Ostsee-Kanal als wichtigste Verkehrsader des Nordens – 1,2 Mrd. € brauchen wir allein dafür bis 2020! Auch die Hinterlandanbindung der Fehmarn-Belt-Querung, die ich gemeinsam mit dem Bundesrechnungshof als Schleswig-Holsteinerin an der Seite betroffener Kommunen, Anwohner und Bürgerinitiativen kritisch begleite, behält mein „Herzblut“.

Wahlkreisbüro: Tel: 04521 - 71611, bettina.hagedorn@wk.bundestag.de

Bundestag: Tel: 030 - 227- 73832, bettina.hagedorn@bundestag.de; www.bettina-hagedorn.de

GABRIELE HILLER-OHM



Ich vertrete als direkt gewählte Abgeordnete seit 2002 die Hansestadt Lübeck und 27 Gemeinden in den Ämtern Berkenthin und Sandesneben. Zudem betreue ich den Kreis Herzogtum Lauenburg. In dieser Wahlperiode habe ich bereits 25 Fraktion-vor-Ort-Veranstaltungen – gerade auch im Landtagswahlkampf 2012 – durchgeführt, 55 Bundestagsreden gehalten, an 90 Anträgen und Gesetzentwürfen sowie 60 Anfragen der Fraktion mitgearbeitet, 150 Fragen an die Bundesregierung gestellt sowie 420 Pressemitteilungen veröffentlicht.

Für mehr soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit mache ich mich weiterhin insbesondere im Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales stark.

Federführend habe ich für die SPD-Fraktion beispielsweise einen Antrag für eine Reform des Asylbewerberleistungsgesetzes erarbeitet und bereite aktuell eine Initiative zum Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder und Jugendliche vor. Um gleiche Chancen für Männer und Frauen zu garantieren, habe ich zwei Gesetzentwürfe zur Durchsetzung von Entgeltgleichheit sowie für mehr Frauen in Führungspositionen mit auf den Weg gebracht. Zudem setze ich mich in der Projektgruppe des SPD-Parteivorstands für eine Reform der Minijobs ein. Mit dem DGB Nord habe ich für die Landesgruppe das gemeinsame Positionspapier „Missbrauch der Leiharbeit verhindern!“ erstellt. Zusammen mit Betroffenen habe ich in einer Arbeitsgruppe Anträge zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention erarbeitet. Auch die soziale Verantwortung von Unternehmen liegt mir am Herzen: Hier habe ich für die Fraktion einen Antrag in den Bundestag gebracht, der mehr Transparenz der sozialen und ökologischen Produktionsbedingungen einfordert. Sehr wichtig war unser Einsatz, dass der Bund für die Grundsicherung im Alter aufkommt – das entlastet die Kommunen in Schleswig-Holstein bereits

dieses Jahr um etwa 150 Millionen Euro und ab 2014 um mindestens 200 Millionen Euro jährlich.

Als stellvertretende tourismuspolitische Sprecherin meiner Fraktion habe ich Initiativen zur Förderung des barrierefreien Tourismus und Kinder- und Jugendreisen auf den Weg gebracht. Ich setze mich zudem für bessere Arbeits- und Ausbildungsbedingungen im Gastgewerbe ein. Das ist gerade für Schleswig-Holstein als Tourismusland wichtig.

Im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz bin ich stellvertretendes Mitglied. Innerhalb der Fraktion gehöre ich der Parlamentarischen Linken als Mitglied des erweiterten Vorstandes sowie den Arbeitsgruppen Verteilungsgerechtigkeit als stellvertretende Sprecherin, Gleichstellung, Kommunalpolitik und der Küstengang an. Ich bin stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein und Mitglied der deutsch-nordischen Parlamentariergruppe des Bundestages.

Tel.: 030/227-73514, Fax: 030/227-76514, E-Mail: gabriele.hiller-ohm@bundestag.de
Tel. 0451/3846895, Fax: 0451/3846896, E-Mail: gabriele.hiller-ohm@wk.bundestag.de
www.hiller-ohm.de | www.facebook.com/GabiHillerOhm | www.twitter.com/GabiHillerOhm

SÖNKE RIX



Ich bin Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und stellvertretender familienpolitischer Sprecher mit den Schwerpunkten Jugend- und Seniorenpolitik. Im Innenausschuss bin ich stellvertretendes Mitglied.

Daneben engagiere ich mich in der „Parlamentarischen Linken“, im Vorstand der Landesgruppe Schleswig-Holstein und im Vorstand der „Denkfabrik in der SPD-Bundestagsfraktion“.

Zudem hat mich die SPD-Bundestagsfraktion als Mitglied in die Gremien für Minderheiten des Bundestages und des Landtages in Schleswig-Holstein entsandt.

Als Obmann im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement versuche ich, dabei mitzuhelfen, die Rahmenbedingungen für ehrenamtlich Engagierte zu verbessern.

Viel Zeit nimmt seit Frühjahr 2012 die Arbeit im „2. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu den Tattormorden des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)“ ein. Der Ausschuss tagt in jeder Sitzungswoche und hat sich zum Ziel gesetzt, die Vorgänge und vor allem die Versäumnisse rund um die Verbrechen der rechtsextremen Zwickauer Terrorzelle lückenlos aufzuklären.

Ferner bin ich seit 2009 Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Strategien gegen Rechtsextremismus“ der SPD-Bundestagsfraktion. Um die rechtsextremen Einstellungen in der Gesellschaft zu bekämpfen, wollen wir insbesondere die 2001 von der SPD begründeten Programme gegen Rechtsextremismus dauerhaft und verlässlich unterstützen. Ohne die Opferberatungen, die Mobilien Beratungsteams und die vielen Initiativen vor Ort stünde der Kampf gegen Rechtsextremismus in vielen Regionen auf verlorenem Posten.

Blicke ich auf „meine“ Themen, muss ich feststellen, dass die letzten drei Jahre keine guten Jahre waren: Zwar waren die Aussetzung der Wehrpflicht und die damit einhergehende Aussetzung des Zivildienstes der richtige Weg und wurden von mir als Jugendpolitiker begrüßt, jedoch war die Einführung des Bundesfreiwilligendienstes als Ersatz für den Zivildienst ein „Schnellschuss“, der mit vielen handwerklichen Fehlern einherging.

Statt auf das Betreuungsgeld setzen wir Sozialdemokraten auf den Ausbau der Kita-Plätze. Das heißt nicht, dass wir die Betreuung und frühkindliche Erziehung in der Kita für besser oder schlechter halten als in der Familie. Jedoch sind viele Paare auf Kitas angewiesen. Denn die meisten Eltern – und zwar Mütter und Väter gleichermaßen – stellen sich die Frage: Wie können wir unseren Kindern ein gutes Aufwachsen ermöglichen und gleichzeitig dafür sorgen, dass wir beruflich auf der Höhe bleiben und finanziell über die Runden kommen?

Wir wollen eine gerechte Familienförderpolitik. Dazu gehört eine Reform des Ehegattensplittings, wie auch die Einführung eines reformierten Kindergelds. Unsere Planungen sehen vor, dass niemand weniger Kindergeld bekommt als heute – die, die es besonders brauchen, aber häufig mehr.

Nicht nur zu diesen Themen habe ich in den vergangenen Jahren gearbeitet. Eine Übersicht zu Positionspapieren und Initiativen und ausführliche Rechenschaftsberichte sind zu finden auf meiner Homepage www.soenke-rix.de.

Wahlkreisbüro: Tel: 04331-86 85 765, soenke.rix@wk.bundestag.de

Bundestag: Tel: 030-227-77270, soenke.rix@bundestag.de

DR. ERNST DIETER ROSSMANN



Seit 1998 vertrete ich den Wahlkreis 7 (Kreis Pinneberg) im Bundestag und seit 3,5 Jahren betreue ich den Wahlkreis 3 (Steinburg/Dithmarschen) dazu. Meine Aufgaben in Berlin konzentrieren sich auch in den letzten zwei Jahren auf meine Arbeit als Sprecher der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung und die Mitgliedschaft im Fraktionsvorstand, als Sprecher der Parlamentarischen Linken in der SPD-Fraktion und als Vorsitzender der SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein.

Zwei erfüllende Ehrenämter sind der Vorsitz beim Deutschen Volkshochschulverband und im SPD-Ortsverein Elmshorn.

Und grundsätzlich mitwirken darf ich in der SPD-Grundwertekommission.

Die Vielfalt an Aufgaben hat ihren besonderen Reiz – in der Freiheit des Parlamentarismus, mit einer klaren Verankerung im linken Flügel der SPD – undogmatisch, zukunftsorientiert, links und frei.

Mein Fachgebiet der Bildungs- und Forschungspolitik fordert kritisch-präzise Oppositionsarbeit und eigene sozialdemokratische Ideen. Einige Stichworte hierzu: Strukturreform des BAföG, gute Lehre an den Hochschulen, Modernisierung der Lehrerbildung, Hochschulpakt für mehr Studienplätze, mehr Schulsozialarbeit, Recht auf Ausbildung und Weiterbildung, Ausbau der EU-Bildungsprogramme, Bund-Länder-Zusammenarbeit in der Bildungsförderung. Wir kritisieren hier massiv die Engstirnigkeit und die fehlende Orientierung von Schwarz-Gelb auf Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit.

Ganz besondere Themen für mich waren die Bekämpfung des Analphabetismus und die Förderung der Grundbildung (7,5 Millionen funktionale Analphabeten in Deutschland und 200.000 davon in Schleswig-Holstein sind viel zu viel) sowie der Masterplan für eine gute Ganztagschule für alle, ein Projekt, das ich leiten darf und das eines der acht Schwerpunktprojekte der SPD-Bundestagsfraktion für Deutschland 2020 ist.

Für Schleswig-Holstein ging es mir im Forschungsausschuss und als stellv. Mitglied im Verkehrsausschuss insbesondere um die Modernisierung der Forschungsschiffe, die Stärkung der Meeres- und der Umweltforschung, die Vollendung des XFEL-Röntgenlasers in Schenefeld beim DESY, die norddeutsche Forschungskoooperation, den Nordostseekanal, die Verbesserung der überregionalen Verkehrswege und die Interessen der Hochseeinsel Helgoland.

Die Mitwirkung in der Küstengang ist dabei selbstverständlich und im jetzt sozialdemokratisch geprägten Norden der 5 roten Küstenländer eine große Freude und schöne Aufgabe.

Tel.: 030/227-73447, Fax: 030/227-76318

E-Mail: ernst-dieter.rossmann@bundestag.de

Tel.: 04101/200639, Fax: 04101/553665

E-Mail: ernst-dieter.rossmann@wk.bundestag.de

www.ernst-dieter-rossmann.de

FRANZ THÖNNES



Seit 1994 vertrete ich im Bundestag den Wahlkreis Segeberg – Stormarn-Mitte und betreue auch den nicht durch die SPD besetzten Stormarner Teil des Wahlkreises 10, die Segeberger Teile der Wahlkreise 3 und 6 sowie die Stadt Neumünster.

Ein Schwerpunkt in der Region waren die von mir initiierten Projekte „Arbeit für Alleinerziehende – Kinderbetreuung organisieren“. Die gebildeten „Runden Tische“ haben inzwischen in Stormarn zu einer „Stiftung Beruf und Familie“ und in Segeberg zur Vorbereitung einer solchen geführt. Sie sorgen für bessere Kinderbetreuung in Rand-, Ferien- oder Notfallzeiten. Die Existenz von zwei Mehrgenerationshäusern konnte gesichert werden und ein drittes kam hinzu.

Mit den stellv. Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion sowie Aydan Özoğuz und Franz Müntefering wurden „Fraktion vor Ort-Veranstaltungen“ zum Thema: „Wie wollen wir morgen leben und arbeiten“ durchgeführt. Praktika in Unternehmen, Betriebsbesuche und öffentliche Bürgerdialoge ergänzten die Aktivitäten.

Auf SPD-Landesebene bin ich Mitglied des Gewerkschaftsrates, unterstütze die Parteikontakte in den Ostseeraum und war an den Koalitionsverhandlungen für die rot-grün-blaue Landesregierung beteiligt.

Im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages bin ich für die SPD-Fraktion Berichterstatter für Nordeuropa, die Ostsee, die Arktis, Russland und die GUS-Staaten. Als Mentor für das „Egon-Bahr-Fellowship-Programm“ der FES unterstütze ich den Austausch von jungen russischen und deutschen Politikern. Ebenso arbeite ich an deutsch-russischen Projekten zur gewalt- und xenophobiefreien Fußball-WM 2018, zur nachhaltigen Stadtverwaltung und zu barrierefreien Städten. Auch leite ich im Parlament eine fraktionsübergreifende Arbeitsgruppe zur Visa-Liberalisierung. Die Förderung des internationalen Austausches ist ein wichtiger Baustein für Völkerverständigung und Friedenssicherung.

Als Delegationsleiter des Bundestages in der Ostseeparlamentarierkonferenz bin ich auch Mitglied in dessen Ständigen Ausschuss. Ebenso bin ich Vorsitzender der Deutsch-Nordischen Parlamentariergruppe. Des Weiteren arbeite ich mit dem DGB-Nord-Vorsitzenden Uwe Polkaehn im Lenkungsausschuss des Baltic Sea Labour Forum, einer grenzüberschreitenden Plattform von Sozialpartnern und Politik im Ostseeraum. Ziele sind faire Arbeitsbedingungen und soziale Sicherheit in grenzüberschreitenden Arbeitsmärkten sowie Mobilität.

Innerhalb der SPD-Fraktion bin ich in der SPD-Küstengang und in der AWO-Parlamentariergruppe aktiv. Außerdem bin ich Mitglied der Tarifgemeinschaft sowie der Konfliktkommission.

Bundestag

Tel.: 030/227-7 11 28, Fax: 030/227-7 68 28

E-Mail: franz.thoennes@bundestag.de

Bürgerbüro

Tel.: 04551/96 83 83, Fax: 04551 / 96 73 38

www.thoennes.de

<http://www.facebook.com/franzthoennes>

WAS GENAU MACHT EIGENTLICH... DIE SPD-GESCHICHTSWERKSTATT?



Die SPD Schleswig-Holstein hat eine äußerst spannende Geschichte. Sie umfasst nicht nur viele inspirierende Projekte, sondern sie bedeutet auch hoch emotionale Momente – Denken wir nur an die Aufbruchsstimmung von 1988, als wir die CDU nach 38 Jahren Regierungszeit endlich ablösten. Dabei sind es zu allen Zeiten die vielen, vielen Menschen gewesen, welche die Partei auf allen Ebenen und in allen Gliederungen trugen und tragen.

Die Geschichte der Partei ist ihre ganz eigene Geschichte - wir wollen sie sichern.

Wir sind eine Volks- und Mitgliederpartei. Und so wollen wir unsere Geschichte auch gemeinsam mit allen, die interessiert sind, in einer Geschichtswerkstatt schreiben:

Mit Unterstützung von professionellen Historikern erforschen wir von der Basis eigenständig vor Ort unsere eigene Geschichte. Wir „graben wo wir stehen“ und arbeiten mit Medien und Methoden, die wir spannend finden. Zum Beispiel können Zeitzeugen in Videos befragt, Zeitungen im Archiv analysiert oder aber Stadtrundgänge zur Geschichte der Partei vor Ort geplant werden. Alle Generationen, Neumitglieder und alte Genossen tauschen sich aus, kommen miteinander ins Gespräch, lernen nicht nur die Partei, sondern auch sich gegenseitig kennen.

Die Geschichtswerkstatt in der SPD Schleswig-Holstein hat sich als Ziel gesetzt, die Geschichte dieses außergewöhnlichen Landesverbandes zusammen zu tragen. Es geht dabei nicht nur um die „große Geschichte“ der Landesvorsitzenden und der Bundestagsabgeordneten. Es geht vor allem auch um die Geschichten aus den Ortsvereinen und um die Weitergabe politischer Erfahrung.

KANN ICH DA MITMACHEN?

Einfach melden bei Amin Hamadmad:

E-Mail: amin.hamadmad@me.com

Homepage: www.spd-geschichtswerkstatt.de

DIE ARBEIT IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

von Ulrike Rodust, MdEP

Das Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages im Dezember 2009 hat erheblichen Einfluss auf unsere tägliche parlamentarische Arbeit, denn das Europäische Parlament ist nun in fast allen Politikbereichen gleichberechtigter Partner im Gesetzgebungsprozess neben dem Ministerrat. Leider ist diese Erkenntnis - besonders in den Politikbereichen Landwirtschaft und Fischerei, die vorher ausschließlich durch den Rat bestimmt wurden - noch nicht im Ministerrat angekommen, so scheint es mir. Erschwerend kommt hinzu, dass wir es im Ministerrat und im Parlament mit einer konservativen Mehrheit zu tun haben. Von unserer Seite wünsche ich mir, dass wir dem Rat noch selbstbewusster die Zähne zeigen, unser deutscher Parlamentspräsident Martin Schulz ist auf einem guten Weg, das Parlament in allen Bereichen immer wieder ins Spiel zu bringen.

Da im kommenden Jahr wieder Europawahlen anstehen, bitte ich euch schon heute, dass wir alle uns mit vereinten Kräften anstrengen, die Gewichtung im Europäischen Parlament zu unseren Gunsten zu ändern, damit wir ein sozialeres, gerechteres Europa und weniger eine rein an Wettbewerbsinteressen orientierte EU bekommen.

Beispiele für das Verfolgen des Dogmas Wettbewerb als die reine Lehre finden wir in Europa viele. Jüngstes Beispiel: die EU-Konzessionsrichtlinie, die den Schutz der kommunalen Wasserversorgung aufweicht. Wir Sozialdemokraten werden dies nicht mitmachen und gegen die Richtlinie stimmen, wenn die öffentlichen Güter nicht herausgenommen werden.

Ich weiß, die EU, Brüssel, das Europäische Parlament ist für viele weit weg, das bekomme ich immer wieder zu hören. Wer aber einmal Brüssel oder Straßburg besucht hat, ist begeistert: dort arbeiten Menschen mit viel Überzeugung an der europäischen Idee. Jährlich kann ich 110 Menschen von dieser Idee überzeugen indem ich sie mit nach Straßburg und Brüssel nehme. Am liebsten würde ich alle mitnehmen und ihnen „mein“ Europa zeigen, das ist leider aus finanziellen Gründen nicht möglich. Wer nicht an einer bezuschussten Fahrt teilnehmen kann, ist dennoch herzlich willkommen – zahlreiche Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner nehmen auch dieses Angebot für einen Besuch und ein Gespräch wahr.

Im letzten Jahr ist es mir zudem im Rahmen einer Veranstaltung zur ländlichen Entwicklung in Schleswig-Holstein gelungen, Akteure aus meinem Wahlkreis mit Entscheidern der EU-Ebene zusammen zubringen. Die Vorstellung der Projekte der 21 Aktivregionen aus Schleswig-Holstein ist in Brüssel sehr positiv aufgenommen worden und es wird nun geprüft, ob die Ausstellung auch in anderen Regionen Europas gezeigt werden kann.

Europa in der Krise

Wir erleben eine schwierige Zeit und dabei geht es nicht nur um die Euro- oder Finanzkrise. Die Krise hat wichtige für die EU existenzielle Fragen aufgeworfen. Deshalb gehören für mich Finanzkrise, soziale Krise und europäische Krise untrennbar zusammen. Neben der Rettung der von der Krise erfassten Staaten geht es auch um das Verhältnis zwischen Politik und Finanzmärkten sowie die demokratische Verfasstheit der europäischen Institutionen.

Die Krise manifestiert sich für mich in der momentan stattfindenden Diskussion um den EU-Haushalt. Beim Mittelfristigen Finanzrahmen hat sich der Rat auf einen Kompromiss geeinigt, der vorsieht 960 Milliarden Euro in den Jahren 2014 bis 2020 auszugeben. Die Mitgliedstaaten zahlen im gleichen Zeitraum aber nur 908 Milliarden Euro an Brüssel. Die Forderungen des Parlaments lagen indes bei 1.044 Milliarden Euro.



Besuch am Nord-Ost-Kanal

Angesichts der Herausforderungen in der EU, wie eine unerträglich hohe Jugendarbeitslosigkeit von z.B. 60 Prozent in Spanien, ist der Ansatz falsch, am EU-Haushalt zu sparen.

Er ist eines der größten Investitionsinstrumente in Europa. Der EU-Haushalt ist kein Geld für Brüssel, sondern Geld für die Menschen in Europa. Dieses Geld brauchen wir, um angesichts der Krise in Wachstum und Jobs zu investieren. Deshalb ist die Bereitschaft im Europäischen Parlament hoch, ein Veto gegen die Beschlüsse des Rates einzulegen.

Ausschussarbeit

Ich habe das große Glück, Mitglied in zwei Ausschüssen zu sein, die momentan dabei sind, zwei große Politikbereiche zu reformieren: im Fischereiausschuss befassen wir uns mit der Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) und im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Räume mit der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP).

Als Koordinatorin (Sprecherin) der Sozialdemokratischen und Sozialistischen Fraktion (S&D-Fraktion) für die Fischereipolitik habe ich mir im vergangenen Jahr nach zähem Ringen die Berichterstattung für die Grundverordnung der GFP sichern können. Ich bin stolz darauf, was ich erreicht habe: in der Februarsitzung hat sich das Parlament mit deutlicher Mehrheit für ein Ende der Überfischung und die gestaffelte Einführung eines Rückwurfverbots von Beifang ausgesprochen.

In Zukunft wird unsere Fischerei nachhaltig sein! Wenn wir unsere Positionen in den anstehenden Trilog-Verhandlungen zwischen Parlament, Rat und Kommission durchsetzen können, wird erstmalig die Abkehr von der bisherigen Fischereipolitik möglich. Bislang sind die hehren Ziele immer wieder am Quotengeschacher der europäischen Fischereiminister hinter verschlossenen Türen gescheitert, ein meiner Meinung nach zutiefst undemokratischer Vorgang.

Bei der GAP-Reform sieht es leider etwas anders aus. Das Herzstück des Reformvorhabens sind die Vorschläge zur Ökologisierung der Direktzahlungen. Das heißt, dass die Direktzahlungen zukünftig an die Einhaltung von Ökologierungsmaßnahmen geknüpft werden sollen. Nach der Kommission soll es ab 2014 nur noch 70 % der Direktzahlungen ohne Auflagen geben. Die verbleibenden 30 % werden nur ausbezahlt, wenn der Landwirt bestimmte umweltschonende Auflagen erfüllt. Leider hat in der entscheidenden Agrarausschusssitzung eine Mehrheit gegen eine stärkere ökologische Ausrichtung der zukünftigen EU-Agrarpolitik gestimmt. Wir brauchen aber im 21. Jahrhundert einen grundlegenden Systemwechsel in der EU-Agrarpolitik zu mehr Nachhaltigkeit, für mehr Klimaschutz und den Erhalt der Biodiversität. Deshalb konnte ich in den Ausschussabstimmungen auch nicht für die Agrarreform stimmen. Für die Plenarabstimmung im März habe ich zahlreiche Änderungsanträge eingebracht, in der Hoffnung, die Reform doch noch auf den richtigen Weg zu bringen.

Meine Arbeitsfelder in Brüssel sind auch wichtig in Schleswig-Holstein. Im November 2012 habe ich u.a. zu einer Podiumsdiskussion „Die Zukunft des ländlichen Raums in Schleswig-Holstein nach 2014“ ins Kieler Landeshaus eingeladen, die sehr gut besucht war. Im August 2012 fand eine Diskussion zur Lebensmittelverschwendung statt. Die Wertschätzung von Lebensmitteln ist mir ein großes Anliegen. Woher kommt unsere Nahrung, wie wurde sie produziert und was können die Verbraucher/innen tun, um wertschätzend mit unseren Nahrungsmitteln umzugehen? Regelmäßig diskutiere ich mit den Fachpolitiker/innen im Landtag, Bundestag und in den Gremien der Partei, aber auch in den Kreisen und vielen Schulen, weil ich mich als Bindeglied zwischen Europa, Schleswig-Holstein und der SPD verstehe. Auf vertrauensvoller Basis arbeite ich auch mit den vielen Fachverbänden aus den Bereichen Umweltschutz, Landwirtschaft und Fischerei in Schleswig-Holstein zusammen.

Ein ausgesprochenes Highlight war im Berichtszeitraum, dass ich „Schüler Helfen Leben“ für den Europäischen Bürgerpreis vorgeschlagen habe und den Preis selber im März 2012 in Berlin an die Organisation überreichen konnte:



Europabüro Ulrike Rodust
Kleiner Kuhberg 28-30
24103 Kiel
Tel. 0431 – 90 60 6-22, Fax 0431 – 90 60 6-41
info@ulrike-rodust.eu
www.ulrike-rodust.eu

DRÄGER
WULLENWEVER
PRINT+MEDIA



Nachhaltig

bedeutet nicht nur

ökologisch handeln,

es bedeutet auch

soziale Verantwortung

übernehmen!



Das Zeichen für verantwortungsvolle
Waldwirtschaft



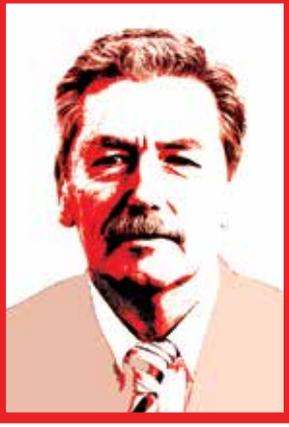
ClimatePartner^o
wir drucken klimaneutral

23556 Lübeck · Grapengießerstraße 30

Telefon 04 51 / 8 79 88 - 0 · Fax 04 51 / 8 79 88 - 34 / 66 / 44

E-Mail: info@draeger-wullenwever.de · www.draeger-wullenwever.de





WILLI PIECYK PREIS

AUSSCHREIBUNG WILLI PIECYK PREIS 2013

ERSTMALIGE VERLEIHUNG 2011

Von 1992 bis zu seinem Tod 2008 hat sich der schleswig-holsteinische SPD-Europaabgeordnete Willi Piecyk für eine soziale und ökologische Politik in Europa eingesetzt. Um sein politisches Wirken zu würdigen, hat die SPD Schleswig-Holstein 2011 gemeinsam mit dem SPD EuropaForum erstmals den Willi Piecyk Preis vergeben, der alle zwei Jahre verliehen wird.

In unterschiedlichen Themenbereichen soll damit ein besonderes Engagement für Europa gewürdigt und an Willi Piecyks Wirken erinnert werden. 2011 richtete sich die Ausschreibung an Jugendliche, Jugendorganisation und -vereine, die in Schleswig-Holstein mit Projekten im schulischen oder außerschulischen Umfeld dazu beigetragen haben, die Idee des gemeinsamen europäischen Zusammenwirkens mit Leben zu füllen.

AUSSCHREIBUNG 2013

2013 ist das „Europäische Jahr der Bürgerinnen und Bürger“. Deshalb werden in diesem Jahr Vereine und Verbände, Organisationen, Schulen, Kommunen oder Personen zur Teilnahme aufgefordert, die sich für das Kennenlernen der Menschen, die Begegnung oder Vernetzung in Europa einsetzen und sich für das gegenseitige Verstehen engagieren. Dies können gemeinsame grenzüberschreitende Projekte, der gegenseitige Austausch, die gemeinsame Diskussion über eine europäische Zukunft oder Aktionen in sozialen Medien sein.

PREISGELD

Das Preisgeld in Höhe von insgesamt 1.000 Euro kann an einzelne oder mehrere Personen bzw. Gruppen oder Institutionen für ihre weiteren Aktivitäten vergeben werden. Es können für die weitere Arbeit am Thema/Projekt bis zu drei Preise verliehen werden.

JURY

Über die Preisverleihung entscheidet eine unabhängige Jury. Ihr gehören an:
Dr. Tordis Batscheider (Bürgermeisterin der Europastadt Neustadt), Uwe Döring (Europa-Union SH), Bettina Hagedorn (MdB), Bente Piecyk, Uwe Polkaehn (Vorsitzender DGB Nord), Ulrike Rodust (MdEP), Martin Tretbar-Endres (Europaforum)

PREISVERLEIHUNG

Die Preisverleihung findet am 11. August 2013 um 11.00 Uhr in der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte in Bad Malente statt. Die Preisträger und alle Bewerber/innen werden rechtzeitig benachrichtigt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

BEWERBUNGSDetails

Inhalt: Projektbeschreibung, Besonderer Beitrag des Projekts für das europäische Zusammenwirken, öffentlich zugängliche Berichte über das Projekt (Zeitungs- oder Internetartikel), wenn vorhanden illustrierende Fotos, Beteiligte und eine/n verantwortliche/n Ansprechpartner/in mit allen Kontaktdaten.

Bewerbungen können bis zum 15. Juni 2013 eingereicht werden beim

SPD Landesverband Schleswig-Holstein, Nina Thielscher:

Kleiner Kuhberg 28-30, 24103 Kiel, Tel.: 0431 - 90 60 6 - 28, Fax: 0431 - 90 60 6 - 21

E-Mail: nina.thielscher@spd.de, www.spd-sh.de